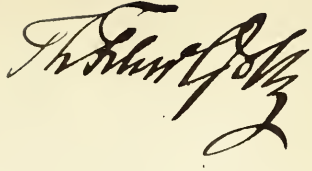
Die Agrarkrisis

Besteht eine solche, und worin besteht sie?

Von

Carl Jentsch

Leipzig
Fr. Wilh. Grunow
1899



Die Agrarkrisis

Ec.H
J547a

Die Agrarkrisis

Besteht eine solche, und worin besteht sie?

Von

Carl Jentsch

88110
2/1/08

Leipzig
Fr. Wilh. Grunow
1899

Vorwort

Einen Mitarbeiter der Grenzboten, der die agrarische Agitation besonders deswegen bedauert, weil er sie für sehr staatsgefährlich hält, hat das Erscheinen des Agrarischen Handbuchs veranlaßt, mich zur Abfassung dieses Schriftchens aufzufordern. Für die Unterstützung, die er mir durch Lieferung von Material gewährt hat, spreche ich ihm hierdurch meinen herzlichen Dank aus, und ebenso danke ich den Herren Landwirten, die mir freundliche Auskunft gegeben haben. Das erste Kapitel der Schrift ist in Nr. 47, 48 und 49 der vorjährigen Grenzboten veröffentlicht worden. Sachkundige werden bemerken, daß meine Auffassung im großen und ganzen mit der so angesehener Fachautoritäten wie Conrad, von der Goltz, Buchenberger übereinstimmt, nur daß von diesen die Umstände, die ich für den Kern der Agrarfrage halte, nicht deutlich und kräftig genug hervorgehoben werden. Gegen das letzte Kapitel werden Leser von der Richtung Lujo Brentanos lebhaft protestieren.

Erst als der Satz schon vollendet war, fielen mir zwei Sachen in die Hände, die ich wenigstens erwähnen muß. Die eine ist ein Aufsatz: „Getreidepreise und Produktionskosten“ von Rudolf Meyer in Nr. 9, 11 und 12 der Neuen deutschen Rundschau. Er ent-

hält, wie alle Arbeiten Meyers, viel wertvolles Material; jedoch ist vielleicht eben die Überfülle von Material, die Meyer in seinem Leben schon gesammelt hat, schuld daran, daß er sich nicht zur Klarheit durchringt; in den Folgerungen kommt er meiner Auffassung oft sehr nahe; aber wie sehr er an Unklarheit leidet, das geht schon daraus hervor, daß er eine Zeit lang den Bimetallisten geglaubt hat und noch heute nicht recht weiß, was er von der Sache halten soll.

Das andre sind die Verhandlungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise auf der am 27. September 1898 in München abgehaltnen Versammlung. Der erste Gegenstand der Tagesordnung war: „Wie können die Arbeitsnachweise dazu beitragen, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu erhalten und zuzuführen?“ Was diesen Verhandlungen ein gewisses Gewicht verleiht, ist der Umstand, daß Vertreter aller Berufsstände daran teilgenommen haben, vom Minister bis zum Arbeiter, die praktischen Landwirte nicht zu vergessen. Die Debatte und die Vorträge über jene Frage bestätigen nun durchaus die Darstellung der Verhältnisse der Landarbeiter, die man in der vorliegenden Schrift finden wird. Nur drei Äußerungen sollen hier angeführt werden. Der Bürgermeister Thoma aus Freiburg i. B. hob hervor, daß die Landflucht unter dem weiblichen Geschlecht noch weit mehr grassiere als unter dem männlichen. „Wir können eher zehn männliche Arbeiter in der Landwirtschaft unterbringen als auch nur eine Magd, trotzdem die Mägde auf dem Lande mehr Lohn bekommen als die Dienstmädchen in der Stadt.“ E. Dominé, Mitglied der Aufsichtskommission des städtischen Arbeitsnach-

weises zu Frankfurt a. M., meinte, wenn die Landwirte nun einmal erklärten, weder höhere Löhne zahlen, noch gleichmäßig das ganze Jahr hindurch Arbeit gewähren zu können, so werde sich wenig thun lassen; man könne doch den Leuten nicht zumuten, rein bloß aus Nächstenliebe, aus Liebe zu den notleidenden Landwirten, sich bei diesen zu verdingen. Habe doch Herr Thoma mitgeteilt, daß in Baden die Bauern ihre eignen Söhne und Töchter in die Stadt schafften, weil sie da das ganze Jahr hindurch Arbeit fänden; sollten etwa die Leute der sechs bis acht Wochen wegen, die sie auf dem Lande Arbeit finden, das ganze Jahr dort bleiben? Professor Dr. Poeschel berichtete über die Sachsenstiftung, die den nach erfüllter Dienstpflicht zur Reserve entlassenen Mannschaften Stellen vermittelt und auch durch Belehrung darauf hinwirkt, daß die vom Lande stammenden Burschen aufs Land zurückkehren. Belehrung durch militärische Vorgesetzte hatten auch andre Redner empfohlen. Darauf antwortete der Schreiner Raith, bei solchen Belehrungen könne es sich leicht ereignen, daß der Belehrte den belehrenden Unteroffizier frage: Warum sind denn Sie nicht auf dem Lande geblieben? Raith bemerkte auch, er sei selbst vom Lande; er und seine Brüder würden gern dort und bei der Landwirtschaft geblieben sein, aber man habe da eben zu wenig Aussicht auf eine Existenz. Baron Cetto, der als Vertreter des deutschen Landwirtschaftsrats erschienen war, nahm auch diese Gelegenheit wahr, seine bei verschiednen andern Gelegenheiten öffentlich abgegebne Erklärung zu wiederholen: „Es ist gesagt worden, die landwirtschaftliche Industrie sei im Auf-

schwung begriffen, die Landwirtschaft selbst aber im Niedergang: das kann ich nicht unwidersprochen lassen. Alle landwirtschaftlichen Ausstellungen zeigen, daß von einem Niedergang der Landwirtschaft keine Rede sein kann, daß im Gegenteil gerade die deutsche Landwirtschaft unter schwierigen Verhältnissen Leistungen vollbringt, wie kaum in einem andern Lande. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir uns nicht gegenüber der Industrie in einer ungünstigern Lage befinden und nicht mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben."

Zum Schluß noch eine Bemerkung! Mein Freund P. bekämpft öfter, jetzt eben wiederum in Nr. 3 S. 170 der Grenzboten 1899, die Theorie vom innern Markte. Mich trifft seine Polemik nicht, wie man auf S. 162 dieser Schrift sieht; daß das deutsche Volk auf den Export von Gewerbeerzeugnissen angewiesen ist, wenn sein Staat auf die heutigen Grenzen beschränkt bleibt, habe ich immer gesagt. Wie viel und was für Kriegsschiffe in diesem Falle nötig sind, das weiß ich nicht, und in den Streit über Dinge, von denen ich nichts verstehe, mische ich mich nicht ein. Ob ich mich aber über diese Entwicklung freuen oder betrüben will, das ist meine Sache und geht keinen andern was an. At haec etiam servis semper libera fuerunt: timerent, gauderent, dolerent suo potius quam alterius arbitrio, schreibt Matius an Cicero, der es ihm übel nahm, daß er über den Tod Cäsars trauerte.

Neiße, Januar 1899

Carl Jentsch

1

Hundert Jahre Landwirtschaft in Deutschland*)

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts war man über die alte Dreifelderwirtschaft noch nicht hinausgekommen. Zwar fehlte es auch in der vorhergehenden Zeit nicht an hellen Köpfen, die allerlei

*) Für diesen Rückblick sind außer allgemein zugänglichen agrarwissenschaftlichen Werken benutzt worden: Erinnerungen aus dem Leben des General-Feldmarschalls von Boyen, herausgegeben von Friedrich Nippold, Leipzig, S. Hirzel, 1889; Der bisherige Güterhandel und seine traurigen Folgen, Dresden, Walthersche Hofbuchhandlung, 1810; Die Mittel zur Erhaltung der Grundbesitzer, zur Rettung des Kapitalvermögens des Staats und ihrer Gläubiger von E. von Bülow auf Cummerow, Berlin, Sozietätsbuchhandlung, 1814; Über das Entstehen und die dringend notwendige Abhilfe derjenigen Not, welche jetzt alle Landwirte drückt, und über die Pflegung des Kredits aller Gewerbe, in besondrer Hinsicht auf den preußischen Staat, von C. L. E. v. Knobloch, Berlin, Enslin, 1830; Geschichte der deutschen Landwirtschaft in Verbindung mit der allgemeinen Geschichte von 1770 bis 1850 von Christian Eduard Langethal (in Raumers Historischem Taschenbuch, 4. Jahrgang, 4. Folge, 1863); Die Fortschritte der deutchen Landwirtschaft vom letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts an bis auf unsre Zeit von J. G. Elsner, Stuttgart, J. G. Cotta, 1866; Die Agrarkrisis in Preußen während der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts von Arnold Ucke, Halle a. S., Ehrhardt Karras, 1887. — Die

Entdeckungen machten,*) aber diese blieben, in Deutschland wenigstens, unbenutzt. Das Haupthindernis des Fortschritts lag in der Agrarverfassung. Der Streubesitz machte den Flurzwang notwendig, und dieser erlaubte dem intelligenten und rührigen Landwirt nicht, über die herkömmliche, von der ganzen Gemeinde beobachtete Bestellungsart hinauszugehen. Der Gutsherr hatte das Recht, nach der Ernte sein Vieh auf die Brache der Bauern zu treiben, weshalb diese nicht mit Stoppelfrüchten besät oder bepflanzt werden durfte (Triftservitut), und da Stallfütterung im Sommer unbekannt war, unterlagen die Wiesen dem Hutservitut, was eine ordentliche Wiesenkultur unmöglich machte. Dazu kam noch, daß beim Mangel eines organisierten Getreidegroßhandels und guter Verkehrsanstalten der Antrieb zur Mehrproduktion fehlte; es war daher noch beinahe wie im Mittelalter: nach guten Ernten erstickte man im Überfluß, nach schlechten brach eine Hungersnot aus. (In Ungarn hat dieser Zustand noch bis in die sechziger Jahre fortgedauert. Der schroffe Klimawechsel, erzählt Roscher, brachte es dort mit sich, daß man z. B. auf einem Banater Gute im Jahre 1863 auf das Joch $^3/_4$ Metzen, 1864 aber 20 Metzen erntete, und der schlechten Wege wegen war weder Zufuhr noch Absatz

Kenntnis dieser Quellen verdanke ich einem Mitarbeiter der Grenzboten, der sie, mit Ausnahme einer, im 3. Bande des Jahrgangs 1896 der Grenzboten Seite 49 zu einem andern Zweck und daher in andrer Weise benutzt hat.

*) Becher erfand 1682 die Kunst, aus Kartoffeln Spiritus zu brennen, Marggraf entdeckte 1747 den Zucker in den Runkelrüben; 1665 wurde von Locatelli die Sämaschine, 1670 von Ambott die Dreschmaschine erfunden; Christian Wolf fand im Anfang des achtzehnten Jahrhunderts, daß der Ertrag des Getreides vermehrt werde, wenn die Stöcke mit Erde behäufelt würden, worauf in England von 1731 ab die Drillkultur begründet wurde. Langethal, S. 300.

im erforderlichen Umfange möglich. Um dieselbe Zeit hat der Mangel an Verkehrswegen auch in Ostpreußen noch eine Hungersnot erzeugt, die allerdings durch Regierungsfürsorge und Privathilfe so rasch und gründlich überwunden wurde, daß einem Knecht aus Ostpreußen, der in Pommern diente, seine Eltern schrieben: Komm nur rasch nach Hause und hilf uns essen, so lange die Hungersnot dauert. Wenn vor acht Jahren Rußland bei einer Hungersnot noch Getreide ausführen konnte, bis es verboten wurde, so bekundete sich darin schon das Überwiegen der heutigen Weltwirtschaft über die Staatswirtschaft.) Versuchen, das hergebrachte Wirtschaftssystem zu verlassen, wurde der vermeintlich wissenschaftliche Satz entgegen gehalten, daß der Boden seine periodische Ruhe haben müsse, wenn er nicht erschöpft werden solle. Man wußte noch nicht, daß der Fruchtboden kein reines Naturgeschenk, sondern zum Teil ein Erzeugnis menschlicher Arbeit und Kunst ist, und man beachtete nicht die Erfahrung, die in der Nähe größerer Städte schon damals mit der freien Wirtschaft gemacht worden war, bei der der Boden Jahr für Jahr tragen muß und nicht einmal eine durch die Ackerbauchemie vorgeschriebne Fruchtfolge beobachtet wird. Wo die Bauern noch unfrei und zu Fronden verpflichtet waren, konnte selbstverständlich von wirtschaftlichen Verbesserungen auf Bauergütern noch keine Rede sein. Auch der Zehnten war kein geringes Hemmnis. Mit dessen Erhebung für große Herrschaften waren, wie Elsner schreibt, viele Vexationen verbunden. Es dauerte oft wochenlang, ehe der mit der Einsammlung beauftragte Beamte fertig wurde; so lange mußten die Garben auf dem Felde stehen bleiben, und bei schlechtem Wetter verfaulten sie. Wer das erlebt hat, ruft Elsner — er hat die angeführte Schrift in seinem achtzigsten Lebensjahre verfaßt —, der hat noch das

grausige Bild davon in der Erinnerung; die Jugend, die es nicht gesehen hat, wird es bei der Beschreibung kaum für möglich halten, daß unter solchen Umständen überhaupt gewirtschaftet werden konnte. Er beschreibt das Aussehen der damaligen Dörfer: ein Drittel des Ackers Brache und kahl, die Häuser und Wirtschaftsgebäude verfallne Holzbaracken, mit Stroh gedeckt, von den Obstbäumen, die heute die Gehöfte mit ihrem grünen Prachtmantel einhüllen, keine Spur, die ganze Landschaft kahl und öde, grau und schwarzbraun, während sie heute grün mit eingestreutem weiß und rot erscheint.

Das in der schlechten Agrarverfassung bestehende Hindernis wurde am frühesten dort gehoben, wo die Leibeigenschaft am härtesten drückte, und die Landwirtschaft am weitesten zurück war, in Österreich. Die von Maria Theresia und Joseph II. durchgeführte Befreiung eines Teils des Bauernstandes verschaffte dem technischen Fortschritt Eingang, und bald sah man dort einen kräftigen und wohlhabenden Bauernstand erblühen. Als politische Frucht dieser Reformen ergab sich in den Napoleonischen Kriegen die Bereitwilligkeit der Bauern, für Kaiser und Reich die Waffen zu ergreifen. Ja, die Rüstungen zu dem Feldzuge von 1809 waren sogar auf den Volkskrieg berechnet, aber, schreibt Boyen II 367, „im Laufe des Feldzugs hatte man dies vergessen und glaubte nach dem Verlust von ein paar Schlachten, die doch eigentlich nur das Linienmilitär und die schnell eingeschulte Landwehr geschlagen hatte, alles verloren. Nur selten entwickelt sich in den absoluten Regierungen die zu einem Volkskriege nötige geistige Kraft; sie beben im letzten Augenblicke vor der Ausführung eines solchen Entschlusses, und das kann uns nicht wundern, wenn man bedenkt, was für verweichlichte, schlaffe Naturen der größte Teil der fürstlichen Ratgeber sind."

Am Rhein gingen die Reformen aus dem Volke hervor. Aufgeklärte Kameralisten hatten erkannt, daß mit Verbesserungen im einzelnen wenig ausgerichtet werde, solange die unzweckmäßige Agrarverfassung bestehen bleibe; landwirtschaftliche Vereine verbreiteten diese Erkenntnis, und ein solcher Verein, der zu Kaiserslautern, wandte sich im Jahre 1770 an die Fürsten des Rheinlandes mit der Bitte, das Hut- und Triftservitut aufzuheben. Diese Bitte wurde gewährt; man bestellte fortan die Brache mit Klee, Kartoffeln, Runkelrüben, führte die Stallfütterung ein und gelangte allmählich durch ein gemischtes System hindurch zur Fruchtwechselwirtschaft. Schon 1779 konnte Schlözer schreiben: Das Rheinland ist wie ein Garten so schön. Am Rhein lernte der koburgische Hofrat Schubart, den Kaiser Joseph II. unter dem Namen Schubart von Kleefeld in den Adelsstand erhob, die neuen Methoden kennen, vervollkommnete sie weiter und machte sein Gut Würchwitz bei Zeitz zu einer Musterwirtschaft, von wo aus sich die verbesserte Anbauart über Thüringen, Sachsen, Böhmen und Mähren verbreitete. Schubart beseitigte das Vorurteil, daß der Klee den Boden aussauge, und zeigte, wie man mit dem Anbau von Kartoffeln, Runkelrüben und Raps einen schönen Ertrag erzielen könne. Was die Viehzucht anlangt, so wurde anfänglich nur das Pferd berücksichtigt. Als mit zunehmender Industrie die Wollerzeugung lohnend wurde, verlegte man sich auf die Veredlung des Schafes; dann erst beachtete man das Rindvieh, während das Schwein noch lange vernachlässigt wurde. Die Landwirtschaft kam, wie einige Jahrzehnte früher in England, als Liebhaberei der Vornehmen in Mode; reiche Leute, die bis dahin ihre Landgüter verpachtet hatten, fingen an selbst zu wirtschaften. Am Rhein blühte der Getreidehandel, weil das durch die Re-

volution verwüstete und durch Kriege der Bebauer beraubte Frankreich der Weizeneinfuhr bedurfte. Das ermutigte die Landwirte zur Produktionssteigerung, und diese beförderte das Wachstum der Bevölkerung, das wiederum zu stärkerer Produktion spornte. In der Markgrafschaft Baden stieg trotz fortwährender Kriegsunruhen die Einwohnerzahl von 160614 im Jahre 1786 auf 196200 im Jahre 1799 und 235000 im Jahre 1805. In der Lausitz, die vom Kriege noch nicht berührt worden war, stagnierte die Bevölkerung bis 1798, wo die neue Bodenkultur eingeführt wurde; von da ab stieg sie rasch; in sechs Jahren von 308341 auf 345184 Seelen. In Frankreich war das Bauernelend die Hauptursache der Revolution gewesen, und eine Hungersnot hatte den Anstoß zu ihrem Ausbruch gegeben. In Deutschland wuchs mit dem zunehmenden Wohlstand der Bauernschaft die Zufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen. Man war hier also nicht dazu versucht, die Revolution nachzuahmen, dafür ließ man sich die Vorteile, die sie brachte, gern gefallen; außer der lohnenden Weizenausfuhr, zu der sie verhalf, bot sie auch eine Fülle geistiger Anregungen, und dem lebhaften Gedankenfluß, den sie in Bewegung setzte, war es mit zu verdanken, daß die Lehren des Reformators Thaer auf so fruchtbaren Boden fielen, daß er eine große Anzahl geistvoller und eifriger Schüler fand, und daß die landwirtschaftlichen Schulen aufblühten, deren erste Thaer am 1. November 1807 zu Möglin im Regierungsbezirk Potsdam unter dem Donner der Kanonen eröffnete. Von nun an, bemerkt Langethal, wollte wenigstens jeder Landwirt ein „rationeller" sein, denn Thaer hatte es soweit gebracht, daß man sich schämte, sich grundsätzlich zur bloßen Empirie zu bekennen.

Preußen, das den Reformator der Landwirtschaft berufen hatte, war mit seinen östlichen Provinzen am

längsten im Mittelalter stecken geblieben, während die westlichen schon einen freien Bauernstand hatten und sich dem Fortschritt der rheinischen Landschaften anschlossen. Dafür überholte es dann mit seiner großen Gesetzgebung von 1807 bis 1811 und der daraus hervorgehenden Blüte der Landwirtschaft sehr rasch alle andern deutschen Staaten. Die ostpreußischen Rittergutsbesitzer waren scharfblickend genug, die Vorteile zu erkennen, die sich in den ihnen auferlegten scheinbaren Opfern bargen, und hatten genug Patriotismus, sich das, was ihnen die Neuerung an vorübergehenden wirklichen Opfern auflegte, ohne Murren gefallen zu lassen. Boyen schlägt dabei die Wirksamkeit der ausgezeichneten Männer, besonders Kants, sehr hoch an, die von der Königsberger Universität aus gute volkswirtschaftliche und staatsrechtliche Kenntnisse und gesunde moralische Grundsätze unter der Jugend der höhern Stände Preußens verbreitet hätten. Die schlesischen Herren fügten sich nicht so leicht und erschwerten die Ausführung der Reform. Die Stände zweier mittelmärkischer Kreise aber, des Lebusischen und des Beeskow-Storkowischen, richteten eine Adresse an den König, von der Boyen II 90 sagt, sie sei mit großer Arglist abgefaßt und darauf berechnet gewesen, den König wankend zu machen und den Staatskanzler Hardenberg zu stürzen; zu dem letzten Zweck seien die gröbsten Verleumdungen und die unschicklichsten Äußerungen nicht gespart worden. Ihre Beschwerden hätten ja manches Wahre enthalten, z. B. daß laut alter Rezesse der König nicht das Recht habe, ihre Privilegien ohne ihre Einwilligung anzutasten. Man müsse aber bedenken, „daß mit den damaligen Provinzialständen über die Bedürfnisse des Staats zu unterhandeln rein unmöglich war, und daß man von diesen bloß aus dem Adel und einigen zünftigen Bürgern zusammengesetzten Ständen nie-

mals die Befreiung der Bauern noch die Freiheit der Gewerbe würde haben erhalten können." In dieser Adresse, berichtet Boyen weiter, „wurde Österreich als das schönste Beispiel, wegen seiner Anhänglichkeit an die alten Einrichtungen und Formen, hoch gepriesen (man brachte hierbei wahrscheinlich im stillen Joseph II. ein pereat), die Aufhebung der adlichen Exemtionen als der Vorbote einer unausbleiblich hereinbrechenden Revolution angekündigt, denn nur durch den Adel würde das sonst trotzige und aufrührerische Volk im Zaume gehalten, und endlich nach einer Menge der beleidigendsten Ausfälle gegen die Regierung und den Staatskanzler (wobei der König eigentlich als ein willenloses Schattenbild erschien) gegen alle Veränderung der Gesetzgebung protestiert, bis der König mit den alten Ständen einen Vertrag abschließen würde. Noch am Schlusse wurde die Prophezeiung des unvermeidlichen Unglücks wiederholt und dann, um das Ganze in Rücksicht auf den König zu versüßen, hinzugefügt: daß, wenn in der Stunde der Gefahr alles den König verlassen würde, dann würden die alten Stände ihm zur Seite treten, mit ihm kämpfen und fallen." Sonderbar mute es an, daß auch zwei Bürgerliche „diese aus krassen Adelsvorurteilen entsprungne Schrift" mit unterzeichnet hätten, und daß unter dem pathetischen Schluß auch der Name des hochbetagten Grafen Fink von Finkenstein und der Hofdame Fräulein von Viereck gestanden habe; durch diese zwei wenigstens würde in einem Kampf auf Leben und Tod die preußische Streitkraft nicht besonders verstärkt worden sein. Mit dieser Adresse könnten sich höchstens solche einverstanden erklären, die ihre Privatrechte über die Erhaltung des Staats stellten, und die sich einbildeten, es sei möglich, einen Staat in allem Wechsel der Zeiten zu regieren, ohne alte Vorrechte anzutasten.

Noch ehe die Früchte dieser Reform in den altpreußischen Provinzen reifen konnten, waren die Landgüter ein Gegenstand lebhafter Spekulation geworden. Trotz aller Hemmnisse war doch die bessere Bewirtschaftung schon vor der Reform bis nach Ostpreußen vorgedrungen, und die Kornausfuhr nach England brachte ansehnlichen Gewinn. Im Westen erhöhte die Weizenausfuhr nach Frankreich die Rentabilität, und da die immerwährenden Kriege die Staatspapiere mit Entwertung bedrohten, so strebten vorsichtige Kapitalisten darnach, ihr Vermögen in der unzerstörbarsten aller Kapitalformen, in Grund und Boden anzulegen. Nach Langethal haben sich besonders viele in Mecklenburg und Schwedisch-Pommern angekauft, wo sich manche Gutsbesitzer durch schablonenhafte Anwendung der für jene Gegend nicht passenden Würchwitzer Wirtschaftsart Mißernten zugezogen hatten, die sie nötigten, ihre Güter zu verkaufen. Dazu kam dann noch eine bedeutende Steigerung der Getreidepreise in den ersten Jahren des neunzehnten Jahrhunderts. Während sich in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts, von Teuerungsjahren abgesehen, der Weizenpreis um drei Thaler, der Roggenpreis um zwei Thaler für den Scheffel bewegt hatte, stiegen in Sachsen die Preise dieser beiden wichtigsten Getreidesorten im Herbst 1802 auf sechs Thaler und vier Thaler acht Silbergroschen, und im Frühjahr 1805 sogar auf neun Thaler und neun Thaler zwölf Silbergroschen; im Herbst stieg der Weizen noch weiter auf zehn Thaler, während die für die Volksernährung in Deutschland wichtigste Getreideart wenigstens auf sieben Thaler acht Silbergroschen zurückging (nach einer dem anonymen Buch über den Güterhandel beigegebnen Tabelle). Natürlich belebte diese Preissteigerung die Güterspekulation noch mehr, und die Güterpreise stiegen auf das doppelte, zum Teil auf

das vier- und sechsfache.*) Die Steigerung der Getreidepreise erklärt sich hinlänglich aus der Verwüstung mehrerer europäischer Länder durch den Krieg, der die Zahl der Bebauer verminderte, während in den gerade von fremden Heeren heimgesuchten Ländern, und zu diesen gehörte ja unser damals unglückliches Vaterland, die Zahl einer Sorte von Konsumenten stieg, die sich nicht immer mit dem Verzehren begnügte, sondern mitunter auch Vorräte zerstörte. Wie jede starke Preiserhöhung durch Spekulation endete auch diese mit einem Krach.

Oder sagen wir lieber, da die Katastrophentheorie überall, auch bei den Sozialdemokraten, aus der Mode kommt und der Lyellschen Umbildungstheorie Platz macht, sie lief in eine langjährige Krisis aus, die bald hier bald dort zu kleinern oder größern Katastrophen führte. Nach Langethal wäre eine solche in Mecklenburg und Vorpommern ausgebrochen, weil 1806, beim Einbruch der Napoleonischen Armee in Norddeutschland, die hochgestiegnen Preise der Landgüter „zu kaum erhörter Tiefe" hinabsanken und „in ihrem Sturz den Wohlstand vieler Familien begruben." Aber was dem einen sin Uhl, ist dem andern sin Nachtigall. „Das ist die Zeit, wo mancher wenig bemittelte Mann sich Güter erwarb, dessen Söhne und Enkel, im Wohlstand lebend, sich Verdienste um die Landwirtschaft erworben haben." In Ostpreußen hat Boyen den Verlauf der Krisis beobachtet. Im Jahre 1790 stand er als neunzehnjähriger Leutnant in Königsberg, wo er unter anderm auch Universitätsvorlesungen bei Kant und

*) Das wurde wenigstens behauptet; Beweise für eine so hohe Steigerung haben wir nicht gefunden. Unter den bei Ucke angeführten Fällen weist folgender die höchste Steigerung auf. Das Gut Falkenwalde in der Neumark wurde 1731 auf 28600 Thaler geschätzt, 1774 zu 45973 Thalern vererbt, 1803 um 137500 Thaler verkauft.

vier andern Professoren besuchte. Um die Fortschritte der verbündeten Österreicher und Russen in der Türkei zu hemmen, machte Preußen mobil und zog seine Truppen teils in Schlesien, teils in Ostpreußen zusammen. Königsberg sei daher, schreibt Boyen I 18, in jenem Winter sehr belebt gewesen; die Mobilmachung und ein lebhafter Getreidehandel hätten Geld unter die Leute gebracht, früher unbekannte Genüsse hätten das Leben erheitert, aber auch verteuert, und das kostspieligere Leben habe zusammen mit andern Ursachen die Gutsbesitzer in Schulden gestürzt. Auch das nicht lange vorher (für Ostpreußen durch das Reglement vom 16. Februar 1788) ins Leben getretne landschaftliche Kreditsystem habe dazu beigetragen, „den bisherigen Zustand der Provinz, wenn auch im ersten Augenblick noch nicht bemerkbar, zu untergraben." Die Maßregel sei nämlich unglücklicherweise in eine Zeit gefallen, wo der Handel ins Ausland hohe Getreidepreise brachte. Der dadurch ungewöhnlich gesteigerte Reinertrag der Güter sei nun den Taxen zu Grunde gelegt worden, Gutsbesitzer, die ihren Grundbesitz bisher 20000 Thaler wert gehalten hätten, hätten nun auf einmal erfahren, daß er 40000 Thaler wert sei, und hätten sich dadurch verleiten lassen, ihn weit über den wahren Wert mit Schulden zu belasten. Der Krieg von 1806, erzählt er dann weiter auf Seite 285, habe die Täuschung zerstört; das Getreide*) und die Grundstücke hätten auf einmal an Wert verloren, und so seien denn die Rittergutsbesitzer, die das Mehreinkommen der guten Jahre auf städtisches Wohlleben

*) Die Getreidepreise blieben, in Sachsen wenigstens nach der erwähnten Tabelle, vorläufig noch ziemlich hoch; aber daß in Preußen die französische Okkupation den Güterpreis stürzen mußte, daß namentlich, solange sie dauerte, kein Mensch Lust haben konnte, ein Landgut zu kaufen, das liegt auf der Hand.

statt auf Schuldenbezahlen verwandt hätten, plötzlich zu hart bedrängten Pächtern ihrer Gläubiger hinabgesunken. Er bemerkt noch: „Diesem ungünstigen Verhältnis schreibe ich es auch zu, daß sich mehrere der Gutsbesitzer nicht so selbständig gegen die Franzosen benahmen," als man es sonst wohl von ihnen hätte erwarten können; ein durch Schulden niedergedrückter Mann ducke sich eben. Freilich habe auch die anerzogne Gewohnheit konventioneller Höflichkeit und das Gouvernantenwesen die unwürdige Haltung vieler Vornehmen mitverschuldet. „Der Bauernstand, der im Verhältnis weniger verschuldet als der Adel, in seinen Sitten weniger befangen ist, spricht sich daher in der Regel bei feindlichen Invasionen kräftiger aus. Seit dieser Zeit und diesen Erfahrungen habe ich daher auch ein immer zunehmendes Mißtrauen sowohl gegen die landschaftlichen Kreditsysteme als die ungemessene Ausdehnung des Hypothekenwesens in meiner Brust getragen. Das wohlverstandne Interesse des Staates verlangt ebenso in moralischer als staatswirtschaftlicher Hinsicht, soviel als möglich nur unverschuldete Grundeigentümer zu haben, und wenn er daher Kreditanstalten toleriert oder Schuldverhältnisse durch das Ansehen der Gerichte sanktionieren läßt, so kann er dies nur, indem er zugleich eine jährliche Tilgung zur Pflicht macht, die eigentlich mit der Größe der Schuld zunehmen sollte; wer verschuldet ist, muß sparen, nicht schwelgen." Das letzte läßt sich freilich nicht bestreiten, aber mit seiner Auffassung der Hypothekarverschuldung im allgemeinen begeht der wackere Mann einen Irrtum, der als solcher allerdings erst in der Mitte unsers Jahrhunderts, nachdem die Bevölkerung bedeutend gestiegen war, klar erkannt werden konnte. Die hypothekarische Verschuldung entsteht nämlich im allgemeinen nicht durch verschwenderische Lebensweise, sondern durch Erbteilung und durch Gutskauf mit einem den Wert

nicht erreichenden Kapital. Die erste Art der Verschuldung könnte bei steter Volksvermehrung in einem schon angefüllten Lande nur durch fideikommissarische Bindung des Grundbesitzes vermieden werden, die, weil der Grundbesitz immer und unter allen Umständen der weit überwiegende Bestandteil des Volksvermögens bleibt, den ganzen überzähligen Nachwuchs zu ewiger Armut verurteilen und das Nationalvermögen in den Händen verhältnismäßig weniger festlegen würde. Dieser Zustand bleibt auch dann unnatürlich und gefährlich, wenn, wie in England, ein Teil der des Grundbesitzes Beraubten durch Industrie, Handel und Geldspekulation zu Wohlstand und sogar zu Reichtum gelangt. Bei uns, wo soviel tausend Gewerbtreibende und Rentner durch Hypotheken am Grundbesitz teil haben, ist das Nationalvermögen viel gleichmäßiger und gesünder verteilt und vor der Entwertung besser geschützt. Wollte man aber die zweite Art der Verschuldung verbieten, so würde man nicht allein sehr vielen tüchtigen Leuten den Weg zum Wohlstande versperren, sondern auch den Volkswohlstand schädigen. Denn gerade die Landwirte, die mit einem den Wert nicht ganz deckenden Kapital ein Landgut kaufen, pflegen die intelligentesten und rührigsten zu sein und nicht allein sich selbst zu behaupten, sondern auch die Landwirtschaft ein Stück vorwärts zu bringen. Überhaupt aber hieße es die Landwirtschaft zum Stillstand und sogar zum Rückschritt verurteilen, wenn man die hypothekarische Verschuldung verbieten wollte. Staatswirtschaftlich betrachtet sind die Inhaber der Produktionsmittel unabsetzbare Beamte. Da nun die tüchtigsten dieser Beamten ihren Besitz auch in schweren Zeiten zu behaupten vermögen, die liederlichen, faulen und dummen aber ihn selbst in günstigen Zeiten durch Schuldenmachen und Versäumnis der Zinsenzahlung einbüßen, so ist bei einer Volkswirtschaft mit Privat-

eigentum an den Produktionsmitteln die Erlaubnis zum Schuldenmachen das einzige Mittel, unfähige volkswirtschaftliche Beamte durch fähige zu ersetzen und die Staatswirtschaft in gutem Gange zu erhalten. Das gilt von der Landwirtschaft nicht weniger als von Handel und Gewerbe; bei diesen beiden Zweigen der Volkswirtschaft ist es noch niemand eingefallen, die Produktionsmittel, also die Werkstätten, Fabriken und Geldkapitalien, einer beschränkten Anzahl von Familien fideikommissarisch zu sichern.

Deshalb ist auch das Vorurteil des Feldmarschalls gegen die Kreditanstalten unbegründet, deren Unentbehrlichkeit und Nützlichkeit heute allgemein anerkannt wird. Haben die Landschaften seiner Zeit den Fehler begangen, die Güter zu hoch zu schätzen, so dient ihnen ihre damals noch unzulängliche Erfahrung zur Entschuldigung. Vielleicht sind ihre Taxen an sich auch gar nicht zu hoch gewesen, denn daß die Okkupation und Aussaugung des Landes durch die Franzosen den Preis der Landgüter weit unter den wirklichen Wert hinabdrücken und den Besitzern das Zinsenzahlen unmöglich machen würde, konnten die Verwaltungen doch nicht voraussehen. Boyen hatte von seinem kleinen väterlichen Erbteil noch einen Tausendthaler-Pfandbrief übrig, den er 1809 versilbern mußte, weil er, mit achthundert Thalern Gehalt, ein vermögensloses Mädchen heiratete; er bekam 280 Thaler dafür; so etwas wird unsern heutigen Landschaften nicht mehr begegnen. Beachtung verdient jedoch Boyens Ansicht (I 303), daß es ein Fehler gewesen sei, den zahlungsunfähigen Gutsbesitzern einen Indult zu bewilligen, denn dadurch sei auf einmal aller Kredit gelähmt worden; „wer noch Geld hatte, verschloß es in seinem Koffer oder suchte es im Ausland unterzubringen.“ Die Regierung hatte diese Maßregel ergriffen, weil sie fürchtete, stürmische Hypotheken-

kündigungen würden eine große Anzahl von Landgütern in den Konkurs stürzen. Boyen hält jedoch diese Befürchtung für unbegründet; hätten doch die Gläubiger selbst ein Interesse daran gehabt, die Verschleuderung der Güter und den Ausfall ihrer Forderungen durch übereilte Subhastation zu verhüten; die meisten von ihnen würden zur Rettung ihrer Schuldner selbst die Hand geboten haben. Noch eine zweite Äußerung, die nicht zu dem Krisenthema gehört, aber doch die Agrarpolitik im allgemeinen angeht, wollen wir anführen, weil sie von einem preußischen Feldmarschall stammt, der zwar weder Ar noch Halm besaß, aber immerhin als Mitarbeiter und Mitstreiter von Stein und Scharnhorst, als ein Mann von genialem Überblick über das Ganze und von scharfer Beobachtungsgabe für das Einzelne auf Beachtung Anspruch hat. Das nach dem Regulierungsedikt vom 14. September 1811 erlassene Gesetz zur Beförderung der Landeskultur, das die Gemeinheitsteilung ankündigte und das Zerschlagen und Zusammenlegen der Güter dem freien Verkehr anheimstellte, sei im allgemeinen zu billigen gewesen, nur gegen den letzten Punkt, schreibt er II 97, „muß ich mich individuell nach meiner geschichtlichen Erfahrung erklären. Das Zerschlagen zu großer Güter kann der Staat nicht allein erlauben, sondern er muß es auch befördern; gerade auf verkleinerten Flächen kann der wohlhabende Gutsbesitzer mehr als auf großen leisten, das zeigt das Beispiel von Belgien; das Zusammenlegen kleiner Ackernahrungen aber muß der Staat nach meiner Ansicht durch Gesetze verhindern; das Geld hat sonst im Laufe der Zeit zu großes Übergewicht, es kauft so wie in Irland und Italien alle kleinen Landbesitzer aus und verwandelt sie in elende Pächter."

Rudolf Meyer hat in seinem Buche „Hundert

Jahre konservativer Politik und Litteratur" eine Anzahl Bruchstücke aus seltnen ältern Büchern und Schriften zusammengestellt, von denen mehrere über die landwirtschaftliche Krisis am Anfang unsers Jahrhunderts Licht verbreiten. Wir führen vorläufig nur zwei davon an. In Stargard ist 1798 ein anonymes Buch erschienen: Versuch über das Steigen der Preise von allen Grundstücken, besonders der Landgüter in Hinterpommern. Der Verfasser ist Optimist. Er glaubt nicht an die Warnungen derer, die diese Steigerung nur für vorübergehend halten und einen Krach prophezeien. Die gegenwärtige Preissteigerung sei ebenso natürlich und wohlbegründet, wie die Entwertung des Grund und Bodens nach dem dreißigjährigen Kriege. Damals seien die Länder entvölkert gewesen, es habe nicht bloß an Menschen, sondern auch an Vieh gefehlt, und die Gebäude seien teils zerstört, teils verfallen gewesen. Nach einiger Erholung habe der siebenjährige Krieg den Nordosten Deutschlands aufs neue verwüstet. Häufige Konkurse und Unordnung im Hypothekenwesen hätten den Kredit der Grundbesitzer geschmälert; der Zinsfuß habe 5 bis 6 Prozent betragen. Die Lage des Gutsbesitzers sei so kläglich gewesen, daß ihn schon eine Kündigung, ein Brand über den Haufen werfen konnte. Gutsbesitzersöhne seien froh gewesen, wenn sie mit Geld abgefunden werden konnten und das väterliche Gut nicht zu übernehmen brauchten. Und der Ruf Hinterpommerns sei sogar noch schlechter gewesen als seine wirkliche Lage, sodaß kein Auswärtiger daran habe denken können, sich dort anzukaufen; wo habe da der Wert der Grundstücke herkommen sollen? Von Verbesserungen habe unter diesen Umständen nicht die Rede sein können. Dann aber habe der König in der Zeit von 1763 bis 1789 den Gutsbesitzern bedeutende Unterstützungen gezahlt: das landschaftliche

Kreditsystem sei eingerichtet, das Hypotheken- und Konkurswesen geordnet worden, sodaß die Gläubiger sicher gestellt wurden; der Zwang zur Feuerversicherung, dem die bepfandbrieften Güter unterlagen, habe sowohl die Gutsbesitzer als die Hypothekeninhaber geschützt, und so sei der Gutsbesitzer in Stand gesetzt worden, Verbesserungen vorzunehmen. Die Sicherung der Hypothekenkapitalien habe den Zinsfuß auf $4^1/_6$ Prozent ermäßigt, und dieser Vorteil bedeute für sich allein schon eine Steigerung des Gutswerts. Denn es wird allgemein angenommen, daß die Verzinsung eines vom Käufer in Grundbesitz angelegten Kapitals dem Zins für die Hypothekenkapitalien gleich sei. Wirft daher ein Gut 1200 Thaler Reinertrag ab, so beträgt sein Kaufpreis beim fünfprozentigen Zinsfuß $20 \times 1200 = 24000$, beim vierprozentigen $25 \times 1200 = 30000$ Thaler. Wenn nun ein Landgut beim sechsprozentigen 20000 Thaler galt, so müsse es, meint der Verfasser, jetzt, bei $4^1/_6$ Prozent, 29160 Thaler*) gelten, wenn auch mit dem Gute selbst gar keine Veränderung vorgegangen wäre. In Wirklichkeit seien aber mit den meisten Gütern sehr erfreuliche Veränderungen vorgegangen. Tabak, „Erdtoffeln," Flachs würden in größerm Umfange als früher gebaut und mit Gewinn abgesetzt, die Bienenzucht und der Obstbau würden mit Eifer betrieben. Es seien unter anderm verkauft worden: im Jahre 1790 aus Stettin für 62000, in Schlawe für 70000, in Stargard für 80000 Thaler Leinwand; seewärts ausgeführt worden seien im Jahre 1793 für 30000 Thaler Honig, im Jahre 1794 8153 Tonnen Obst und 9938 Zentner Tabak; lauter Produkte, die früher für die Landwirtschaft gar nicht in Betracht gekommen seien. Von den Haupterzeugnissen aber habe sich der Ertrag bedeutend

*) Ich bekomme nur 28800 heraus.

vermehrt. Vor zehn Jahren sei ein Gut zu 507 Thalern verpachtet gewesen und um 10500 Thaler verkauft worden. Damals habe der Einschnitt 900 Stiegen Wintergetreide und 90 Fuder Heu ergeben; im Jahre 1797 aber habe man 2700 Stiegen Wintergetreide und 250 Fuder Heu geerntet: da sei es doch ungefähr dreimal soviel wert, und man dürfe sich daher nicht wundern, daß bei der letzten Verpachtung 1900 Thaler erzielt worden seien. Die Erhöhung des Pachtzinses über die Ertragsteigerung hinaus rechtfertige sich dadurch, daß früher der Verpächter schlechte Gebäude bekommen und das lebende und tote Inventar habe mitbringen müssen, während er jetzt gute, mit vollständigem Inventar ausgestattete Gebäude vorfinde. Außer den erwähnten seien noch zwei andre Hindernisse der Verbesserung weggefallen. Früher hätten die wenigsten Gutsbesitzer ihre Güter selbst bewirtschaftet; sie hätten sie meistens auf drei Jahre verpachtet gehabt, und bei so kurzfristigen Pachten hätten keine Verbesserungen vorgenommen werden können; jetzt würden sie entweder vom Besitzer bewirtschaftet oder auf mindestens sechs, zum Teil auf neun bis fünfzehn Jahre verpachtet. Und früher seien die Rittergüter als Lehngüter gebunden gewesen; jetzt sei die Hälfte davon in Allodialgüter verwandelt: der Eigentümer könne damit frei schalten; habe er Kinder, so sei er sicher, daß diesen die vorgenommnen Verbesserungen zu gute kämen; daß aber die Güter jetzt im freien Handel von einem an den andern übergehen dürften, sei deswegen ein Vorteil, weil die neuen Besitzer oft neue Ideen mitbrächten und anwendeten. Schließlich trügen natürlich auch die jetzigen guten Preise für Getreide, Vieh, Butter, Wolle und Leder zur Steigerung des Güterpreises bei, doch nicht in dem Grade, wie die vorher angeführten Ursachen. Nach alledem sei diese Preissteigerung weder als vor-

übergehend noch als ein Unglück anzusehen. Die gute Lage der Landwirtschaft werde schon durch die Verminderung der früher so häufigen Konkurse und der landschaftlichen Sequestrationen bewiesen; im Jahre 1787 hätten sich 25 pommersche Rittergüter, 1795 nur noch 5 in Sequestration befunden.

Nachdem die Katastrophe eingetreten war, überwog natürlich die pessimistische Auffassung. L. Avenarius schrieb 1827 „über den Verkauf zahlreicher adlicher Güter in der Provinz Preußen" unter anderm folgendes. „Der blühende Getreidehandel in den Ostseehäfen vom Jahre 1790 an bis 1806, der gleichzeitig starke Absatz von Branntwein und Fleisch, vornehmlich nach England, Holland und Schweden, mußte der Landwirtschaft jener Küstenländer einen überaus mächtigen Impuls geben. Die damaligen ziemlich anhaltend guten Getreidepreise mußten den Preis der Güter außerordentlich steigern und ihren Besitz sehr einladend machen, um so mehr, als die Erzielung des Getreides wegen der zu den Gütern gehörigen großen Scharwerke oder Frondienste verhältnismäßig sehr geringe Kulturkosten erforderte." Dazu sei die Erleichterung des Güterkaufs durch die Landschaften gekommen; die glückliche Konjunktur, an deren Bestand jedermann glaubte, habe Landgüter als einen sehr begehrenswerten Besitz erscheinen lassen, die Konkurrenz darum habe auch bei den Abschätzungsbehörden eine übertriebne Meinung von ihrem Wert erzeugt, die sich in den Taxen ausgedrückt habe, und diese wiederum hätten zum Schuldenmachen eingeladen; außer dem landschaftlichen sei auch der unter solchen Umständen natürlich hohe Personalkredit gehörig ausgenutzt worden. Von vielen seien die guten Einkünfte zur Errichtung nicht bloß guter, sondern auch übertrieben luxuriöser Gebäude verwandt worden. Ob unter diesen überaus günstigen Umständen, so schließt Ave-

narius die Schilderung dieser Periode, „viele von diesen Gutsbesitzern große Veranlassung haben mochten, sich mit Eifer dem Betriebe der Landwirtschaft zu widmen, in einer zweckmäßigen und richtigen Verwaltung ihrer Besitzungen ihre Ehre und ihr Vergnügen zu finden, ob sie nicht lieber hauptsächlich für Genüsse lebten und sich einem, in ihrer damaligen, scheinbar sehr vorteilhaften Lage verzeihlichen, ihre wahren Vermögensumstände aber übersteigenden Aufwande hingaben, das wollen wir nicht untersuchen. Unter diesen glücklichen Verhältnissen lebten die Gutsbesitzer Preußens bis zum Jahre 1807 froh und vergnügt, und ihre Gastfreiheit sowie ihre angenehme Lebensweise war allgemein bekannt." Da habe in diesem Unglücksjahre die „im Herst 1806 bei Jena angezündete Kriegsflamme" auch die Provinz Preußen erreicht und ihren Wohlstand vernichtet.

Ein neuerer Fachmann, der aber die Quellen studiert hat, A. Ucke, scheint ähnlich wie Boyen zu glauben, daß die Pfandbriefinstitute mehr geschadet als genutzt hätten. In seiner Schrift über die Agrarkrisis heißt es: „In vielen Gegenden war vor hundert Jahren die Gelegenheit, Geld auf Güter zu leihen, gering, und auch die zum Verkauf angebotnen Güter waren an Zahl nicht groß. Der allgemein vermehrte Wohlstand zeitigte keine Neigung zum Schuldenmachen, und der Verkauf von Gütern war beschränkt erstens dadurch, daß die Güter Lehen waren, wie in vielen Teilen Sachsens, und daß der Ankauf von Gütern nur Personen adlichen Standes erlaubt war, wie in Preußen. Doch der in Mecklenburg, Holstein und andern Küstenländern Deutschlands blühende Güterhandel griff auch bald in Preußen um sich." Der Besitzer von Fonds habe auch vor Errichtung der Landschaften leicht Geld auf Kredit bekommen, nur der Zahlungsunfähige nicht. Da nun aber durch

die Errichtung der Landschaften der kapitallose Gutsbesitzer in den Stand gesetzt worden sei, die Hälfte seines Grundbesitzes in Geldkapital zu verwandeln, so habe er dieses dazu benutzt, neuen Grundbesitz zu kaufen, diesen wieder verpfandbrieft, mit den Pfandbriefen weitere Grundstücke gekauft u. s. f.. Die so entstandne Konkurrenz habe die Güterpreise enorm gesteigert und es dahin gebracht, „daß die meisten Gutsbesitzer nicht Ökonomie, sondern Güterhandel als die Hauptquelle ihres Erwerbs ansahen.“ Das viele Geld habe zu einem luxuriösen Leben verleitet, und dadurch seien viele Gutsbesitzer schon vor 1806 in eine so mißliche Lage geraten, daß sich voraussehen ließ, sie würden eine ungünstige Konjunktur nicht überstehen können.

Die Katastrophe brach aber nicht etwa sofort nach Jena herein. Noch im Jahre 1810 wurde sie, und zwar ohne Rücksicht auf den preußischen Krieg und für ganz Deutschland, von den Vorsichtigen immer noch erst prophezeit. Zu ihnen gehört der ungenannte Verfasser des in mehreren Beziehungen merkwürdigen Buches: Der Güterhandel und seine traurigen Folgen. Der Mann ist, wie man aus einigen Stellen schließen muß, ein sächsischer Landwirt, in seinem Fach zwar nur Empiriker, aber von guter allgemeiner, namentlich volkswirtschaftlicher Bildung, und zwar erscheint er als ultrakonservativer Pessimist malthusischer Richtung. Was von den Fortschritten der Landwirtschaft, von der Erschließung überseeischer Länder, von den unermeßlichen Schätzen, die im Boden schlummern und durch rationellen Anbau gehoben werden könnten, was davon verkündigt wird, das hält er alles für Fieberträume oder Schwindel. Stark bevölkerte und auf den Erwerb in einer mit Maschinen betriebnen Industrie angewiesene Länder seien elend. Schlechter Boden könne nicht verbessert werden, oder wenn er verbessert

werde, so verzehrten die Kosten den Mehrertrag. Sich erinnernd, daß in der Nähe großer Städte in der That Sand in gute Gartenerde verwandelt wird, meint er, das geschehe doch nur sehr allmählich im Laufe langer Zeiträume durch die Ansammlung von Menschen und Vieh, nicht gewaltsam und künstlich durch die Mittel, mit denen es die rationellen Landwirte erzwingen wollten. Damit hat er wohl im allgemeinen recht, er unterschätzt aber die Häufigkeit und Wichtigkeit dieser Art von Bodenverbesserung und die Macht des Menschen, sie künstlich zu beschleunigen. Auch denkt er nur immer an die Verbesserung durch natürlichen Dünger, da seine Zeit von dem Werte der anorganischen Bodenbestandteile noch keine Kenntnis hatte — wenigstens keine theoretische; durch Erfahrung war man in England schon früh aufs Mergeln verfallen — und wußte nicht, daß die Pflanze ihre organischen Bestandteile zum Teil aus der Luft beziehen kann. Daß der Ertrag nicht allein durch Urbarmachung von Neuland, sondern auch durch bessere Kultur vermehrt worden sei, glaubt er nicht; er sucht die Unmöglichkeit in einer langen Abhandlung zu beweisen, die übrigens der darin vorkommenden landwirtschafts- und forsttechnischen Einzelheiten wegen sehr interessant ist: wäre wirklich, meint er dann, der Ertrag vermehrt worden, so müßte man doch überall neue Scheuern zur Bergung des Mehrertrags entstehen sehen. Zeitgenossen hätten ihn durch Thatsachen belehren können, wie die oben aus der Schrift des pommerschen Anonymus angeführte. Wir fügen noch eine aus Langethal bei, die freilich erst einige Jahrzehnte später — die genaue Zeitangabe fehlt — festgestellt worden ist. Die Flur Else im Koburgischen lieferte 1784 nur 135 Fuder Heu und 20 Fuder Klee, jetzt (wahrscheinlich um 1850) liefert sie 450 Fuder Heu, 600 Fuder Klee und 360 Fuder Rüben. Vor

1784 ernährte sie 170 Rinder und 146 Schafe, jetzt 372 Rinder und 213 Schafe; 1784 erntete man 1813 Simri Getreide, jetzt erntet man 5175 Simri und 5270 Sack Kartoffeln. Der Sachse will es nicht glauben, daß rationelle Landwirte das sechste Korn ernteten, er ernte immer noch das vierte; mir teilt ein Rittergutspächter mit, daß er 1866 das achte, 1898 das zehnte Korn geerntet habe. Daß aber diese Steigerung des Reinertrags nicht etwa durch die Mehrkosten aufgewogen wird, beweist die Steigerung der Pachtzinsen, die in unserm Jahrhundert bis in die letzten Jahrzehnte hinein gedauert hat, und die ohne Steigerung des Reinertrags nicht möglich gewesen wäre. Daß der Rohertrag nur sehr allmählich gesteigert werden kann, wenn der Reinertrag nicht durch die Kosten verloren gehen soll, und daß die Steigerung ihre — allerdings theoretisch nicht zu ermittelnde — Grenze hat, versteht sich von selbst, und da bei günstiger Konjunktur von den Sanguinikern beides übersehen zu werden pflegt, so kann es ihnen nicht schaden, wenn Pessimisten ihren hochgespannten Erwartungen einen Dämpfer aufsetzen. Es scheinen damals Anschläge vorgekommen zu sein, die an die Rechnung von Lafontaines Luftschlösser bauendem Milchmädchen erinnern. So wurden die 60 Gänse eines Gutes auf 9000 Thaler geschätzt. Man rechnete nämlich: jede Gans kann jeden Sommer 12 Gänslein ausbrüten, jede junge Gans kann um 12 Groschen verkauft werden. Jede Gans bringt demnach jährlich 6 Thaler, stellt also beim vierprozentigen Zinsfuß ein Kapital von 150 Thalern dar; folglich sind die 60 Gänse 9000 Thaler wert; der ganze Hühnerhof wurde nach dieser famosen Methode auf 20 000 Thaler geschätzt. Da haben wir zugleich ein ergötzliches Beispiel davon, was unkritische Köpfe für Unheil anrichten, wenn sie die Praxis nach allgemeinen Sätzen regeln, die,

wie der Satz von der Ermittlung des Kapitalwerts durch Multiplikation des Ertrags nach dem Zinsfuß, an sich ganz richtig sein können, die sie aber nur mechanisch und daher falsch anzuwenden vermögen.

Der Verfasser begeht jedoch selbst diesen Fehler, indem er meint, wenn der Kulturfortschritt den Bodenertrag vermehrt hätte, so müßten die Getreidepreise nicht gestiegen, sondern gefallen sein. Daß Ertragvermehrung den Preis erniedrigt, soweit ihr nicht der Bevölkerungszuwachs das Gleichgewicht hält, ist an sich richtig; er vergißt aber, daß die Verwüstungen, die damals der Krieg anrichtete, der Steigerung des Ertrags entgegenwirkten, und daß durch den bessern Anbau Mißernten nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Einen andern Grund der Preissteigerung giebt er selbst an: die Geldvermehrung. Sein allgemeiner Satz ist sehr beherzigenswert: er hält ihn der Behauptung entgegen, daß hohe Getreidepreise die Bodenkultur förderten. Auch das ist richtig, und solche periodisch eintretende Förderung mag für die Allgemeinheit sehr nützlich sein, aber die Landwirte sollten nicht übersehen, daß jede Steigerung der Preise ihrer Produkte, *wenn* sie die Bodenkultur fördert, sehr bald sich selbst aufhebt; denn in dem Grade, wie die Produktenmenge steigt, sinkt natürlich der Preis. Vollkommen richtig ist ferner die Bemerkung des Anonymus, daß eine Preissteigerung dem Produzenten einer gewissen Klasse nur nütze, wenn sie auf seine Ware beschränkt bleibe, weil eine gleichmäßige Steigerung *aller* Preise den Vorteil, den der Verkäufer hat, durch den Nachteil aufwiege, den er als Käufer erleidet. Nun sei aber ein einseitiges Steigen der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf die Dauer nicht zu ertragen, da dadurch die übrigen Stände in Not gerieten; deshalb habe ein *dauernd* hoher Lebensmittelpreis die Verteuerung der Gewerbeerzeugnisse und die Erhöhung der Be-

amtengehälter zur Voraussetzung, dadurch aber würden dem Staate allerlei Unbequemlichkeiten bereitet. Dieser dürfe — es ist ein Landwirt, der das sagt — die einseitige Erhöhung der Getreidepreise um so weniger dulden, als dadurch den gewerblichen Arbeitern und den Beamten der Lebensunterhalt gekürzt oder gar geraubt werde, während es sich für die Gutsbesitzer nur um das höhere oder mindre Maß des Komforts und des Luxus handle. Das Endergebnis seiner Untersuchungen ist: die Steigerung der Getreidepreise und das Herabgehen des Zinsfußes würden zusammen, da man die Notstandspreise einzelner Jahre der Berechnung nicht zu Grunde legen darf, höchstens eine Erhöhung des Güterpreises auf das Doppelte rechtfertigen. Auch das ist noch zu hoch gegriffen, da die hohen Getreidepreise zum Teil auf Vermehrung der Umlaufsmittel und auf andern vorübergehenden Ursachen beruhen. Die Erhöhung der Güterpreise auf das Vier- bis Sechsfache ist daher ungerechtfertigt und vom Übel. Sie wird bewirkt einerseits durch den Schwindel der Spekulanten, die beim Güterschacher gute Geschäfte machen, andrerseits durch die Meinung der Beschwindelten, es gebe keine sichrere Kapitalanlage, als die in Grundbesitz. Gerade für sie wird sich diese Meinung als Täuschung erweisen, da sie beim Zusammenbruch ihr ganzes Vermögen verlieren werden. Den Überschuldeten ist nicht zu helfen; der Staat muß sie preisgeben; nur durch die Wiederkehr angemessener Güterpreise kann die Landwirtschaft gesunden; der jetzige häufige Besitzwechsel, der durch die zu befürchtenden Konkurse noch vermehrt werden wird, setzt die Landgüter der Gefahr der Devastierung aus.

War die Lage der deutschen Grundbesitzer in der Zeit von 1806 bis 1813 wegen der hohen Kaufpreise, zu denen sie übernommen hatten, gefährlich, so trat bei den preußischen noch die Schädigung und Kredit-

erschütterung durch den Krieg und die Umwälzung durch die Bauernbefreiung hinzu, die, mochte sie auch noch so großen Segen in ihrem Schoße tragen, vorläufig doch die Besitzverhältnisse und die Höhe des Einkommens unsicher machte. In diesem Zustande ward man in den großen Befreiungskrieg fortgerissen, der neue Opfer forderte und die Katastrophe näher zu rücken schien. Da gab 1814 E. von Bülow auf Kummerow, ein sehr rühriger und einflußreicher Agrarpolitiker, dessen Taxmethoden 33 Jahre später Rodbertus einer sehr gründlichen Kritik unterzogen hat, seine Schrift über die Mittel zur Erhaltung der Grundbesitzer heraus, die er dem Staatskanzler Fürsten Hardenberg widmete. Er bezeichnet darin die Niederlage von Jena als ein Glück, weil bei dem frühern bequemen Leben die Kräfte des Bodens unentwickelt und die durch Zunft- und andern Zwang gefesselten Menschenkräfte unangewandt geblieben seien. Habe die Welt schon über die Kriegsleistungen des geschwächten und verkleinerten Preußens, eines durch Boden und Klima wenig begünstigten Landes, gestaunt, so werde sie bald noch mehr staunen darüber, wie rasch es sich von seinen Leiden erholen und zu wirtschaftlicher Blüte gelangen werde. Dazu sei nun aber außer den schon durchgeführten Reformen zunächst notwendig, daß die Gutsbesitzer von ihrer Schuldenlast befreit würden, daß der große Grundbesitz erhalten, der kleine vermehrt werde. Zur Entschädigung der Gutsbesitzer für die von ihnen geleisteten Lieferungen an die Armee sei der Staat verpflichtet. Bülow schlägt nun folgende Art der Entschädigung vor. Alle Schulden sollen in Pfandbriefschulden verwandelt werden; die Pfandbriefe können bei einer Kasse versilbert werden, deren Fonds teils aus Zinsenabzügen zu speisen ist, die sich die Gläubiger eine Reihe von Jahren hindurch gefallen lassen sollen, teils aus der

Kriegsentschädigung, die der Staat zu zahlen habe. Die Entschädigungssumme soll fünfzig Millionen Thaler betragen. Da aber die Staatskassen erschöpft sind, sollen den Provinzen Domänen und Forsten im Werte von fünfzig Millionen überwiesen werden, die sie verkaufen können; auf dem verkauften Domänenlande würden neue Bauergüter gegründet werden können. Ein Teil des Fonds sei zur Amortisierung dieser neuen Pfandbriefschulden zu verwenden. Dieses Verfahren werde für die Kapitalisten ebenso vorteilhaft sein wie für den Staat, denn beim gegenwärtigen Zustande befänden sie sich in nicht minder übler Lage wie die Grundbesitzer, da sie weder Zinsen bekämen noch ihre Kapitalien aus dem gefährdeten Grundbesitz herauszuziehen vermöchten. Übrigens sei ein großer Teil der Schulden nur eine Scheinschuld, indem Pommern z. B. keineswegs auswärtigen Kapitalisten verschuldet sei, sondern vielfach nur A dem B, B dem C, C dem A, sodaß die Schuld bloß durch Einrichtung einer Liquidationsanstalt, ohne Hilfe fremder Kapitalien, getilgt werden könne. Durch die vorgeschlagnen Einrichtungen werde man über den toten Punkt hinwegkommen, der die Entwicklung der Kräfte des Landes zur Zeit noch aufhalte, und neben den fröhlich gedeihenden alten Gütern zahlreiche neue Bauergüter schaffen; die Bauergüter seien in dieses Kreditsystem mit einzufügen. Auch für eine zweckmäßige Ausführung der eingeleiteten Ablösung werden Vorschläge gemacht.

Interessant ist, wie deutlich Bülow schon die später von Rodbertus vollends enthüllte Wahrheit erkennt, daß das, was man gewöhnlich Kapital nennt, der Kapitalbesitz, nicht ein Ding ist, sondern ein Gefüge von Rechtsverhältnissen und Staatseinrichtungen, das, je nachdem es geschickt oder ungeschickt gehandhabt wird, die Arbeitskraft des Volkes ent-

weder fesselt oder entbindet, die Schaffung von Gütern entweder hemmt oder fördert. Was aber seine Forderungen und Vorschläge anlangt, so mögen des Staatsrechts Kundigere entscheiden, wie weit die ersten berechtigt und die zweiten zulässig waren. Theodor von Schön und der Graf Alexander zu Dohna-Schlobitten haben in ihrem Briefwechsel*) ein vernichtendes Urteil darüber gefällt. Bülows Schrift, schreibt Dohna unter anderm, finde den höchsten Beifall „bei der unendlich zahlreichen und über alles mächtigen Klasse von Bankrotteurs und Glücksuchern; erstere wollen urplötzlich aller ihrer Schulden quitt und los sein; letztere hoffen bei Ausführung des Bülowschen Gewebes, wie solches auch nicht fehlen kann, sich artig zu bereichern." Die gerechten Entschädigungsansprüche der Gutsbesitzer sind, soweit es die Mittel des Staates erlaubten, im Laufe der Zeit auf andre Weise befriedigt worden, und Staatsmänner wie der um Handel und Gewerbe hochverdiente Staatsrat Kunth klagten sogar, daß ihnen viele Millionen als Geschenk zugeflossen seien (Brief Kunths vom 22. August 1826 an den Freiherrn vom Stein in der Biographie Kunths von Friedrich und Paul Goldschmidt). Über die Zinsenindulte, die den Gutsbesitzern vom Jahre 1806 an wiederholt gewährt wurden, haben Kunth und Theodor von Schön noch schärfer geurteilt als Boyen.**) Der Vorschlag

*) Aus den Papieren des Ministers Theodor von Schön VI S. 307 und 316.

**) Am 12. Dezember 1813 schrieb Kunth an Wilhelm von Humboldt (a. a. O. S. 86): „Ich bin seit einigen Tagen sehr betrübt über ein Gerücht von neuem Indult ohne Maß. Wie ist dies möglich unter dem gerechtesten aller Könige, in dieser Zeit, da der Hirtenjunge nicht weniger gethan hat als der Standesherr — wie eine Maßregel möglich, die nur den liederlichen, betrügerischen Schuldnern hilft, allen andern Gutsbesitzern aber den größten

Bülows muß schon darum ungerecht genannt werden, weil darin kein Unterschied gemacht wird zwischen den aus der Kriegslast entsprungnen und den vor dem Kriege leichtsinnigerweise gemachten Schulden. Besonders ist es als ein Glück anzusehen, daß sich die Regierung nicht dazu hat verlocken oder drängen lassen, die Domänen zu verschleudern, die auch heute noch ein außerordentlich wertvoller Staatsbesitz sind. Vielleicht darum nicht, weil, wie Ucke nachweist, die Zahl der Überschuldeten gar nicht so groß war, wie die Klagen der Moralprediger einerseits und das Geschrei der Notleidenden andrerseits glauben machte.

Der 1810 und 1814 vorausgesagte Zusammenbruch trat, wie gesagt, noch nicht ein; vorläufig waren die Armen übler dran als die Rittergutsbesitzer, denn das durch den Krieg verwüstete Land wurde von

Schaden thut, weil sie mit dem Rechte zugleich allen Kredit vernichtet. Wer schützt denn mich, dessen Kriegsausgaben seit März nach mäßiger Berechnung 1508 Thaler betragen!" (Er hatte fast 200 Mann Einquartierung zu verpflegen gehabt und am Kurse der Tresorscheine verloren, in denen sein 300 Thaler betragender Gehalt ausgezahlt wurde.) Und Schön schreibt an Hardenberg am 24. März 1822 (Aus den Papieren des Ministers Theodor von Schön I S. 206), mit Gewaltmitteln dürfe man der Krisis nicht abzuhelfen versuchen wollen. „Die bisher angewandten Mittel dieser Art, als Indult, Zahlung in Papieren, die unter pari stehen, haben schon den Kredit jedes Landeigentümers dermaßen erschüttert, daß selbst der Wohlhabende, der von allen diesen köstlichen Operationen keinen Gebrauch machte, den Verdacht der Nichterfüllung seines Wortes gegen sich hat. Die wenigen Unrettbaren, deren Ausfall keine allgemeine Wichtigkeit gehabt hätte, sind auf Kosten von neun Zehnteln aller Landeigentümer, die sich sehr gut erhalten hätten, im Besitz erhalten, und der Wohlhabende ist schon in der Lage, daß er beim geringsten Unglücksfalle, des allgemeinen Mißtrauens wegen, nur noch Personalkredit hat. Kämen nun neue Gewaltschritte dazu, so würde dadurch nur die drohende Umkehrung des Besitzstandes befördert werden."

Teuerung heimgesucht; über eine Million Soldaten hatte es zu ernähren gehabt, die Hände zur Bebauung des Ackers hatten gefehlt, Freund und Feind hatten viele Vorräte zerstört, und so herrschte denn von 1813 bis 1815 schrecklicher Mangel. Das erste Friedensjahr brachte eine Mißernte, und die Not stieg noch höher als im Teuerungsjahre 1805. Ostpreußen hatte nach Ucke im Jahre 1807 22 Prozent der Pferde und 27 Prozent des Rindviehs, 1813 40 Prozent der Pferde und 30 Prozent der Rinder verloren. Zu einer dem Mangel angemessenen Höhe, schreibt Knobloch, sei der Getreidepreis deswegen nicht gestiegen, weil, in Ostpreußen wenigstens, die Leute so verarmt gewesen seien, daß sie überhaupt kein Brot hätten kaufen können; sie hätten sich von Wurzeln, Kräutern, Beeren und Pilzen ernährt, monatelang kein Fleisch und kein Brot, höchstens ein wenig Milch genossen. Sie hätten ganz elend ausgesehen, und ihre Haut sei mit schwarzen Flecken bedeckt gewesen. Mit Jubel, schreibt Langethal, begrüßte die Bevölkerung die ersten Erntewagen des Jahres 1817, die einen reichen Erntesegen einleiteten und eine bessere Zeit ankündigten. In der That gingen mit diesem Jahre der arbeitenden Bevölkerung glückliche Zeiten auf. Meine Mutter hat mir oft erzählt, daß ihr Vater, der ein armer Mann war, seinen fünf leiblichen Kindern und den beiden angenommnen Waislein zu sagen gepflegt habe: Eßt, Kinder, eßt, das Brot ist wohlfeil!

Aber den größern Gutsbesitzern wurde diese Wohlfeilheit, die bis in die dreißiger Jahre fortdauerte, verhängnisvoll. Der Doppelzentner Roggen hatte trotz der guten Ernte von 1817 in der Zeit von 1816 bis 1820 im Durchschnitt noch 15,18 Mark gekostet, der Durchschnittspreis für 1821 bis 1830 war 12,68, der für 1831 bis 1840 nur noch 10 Mark. Diese Zahlen giebt das Handwörterbuch der Staatswissen-

schaften an; Einzelberichte, z. B. die Marktberichte im Jahrgang 1826 der Schlesischen Provinzialblätter, enthalten weit niedrigere Zahlen. In den zwanziger Jahren, schreibt Elsner, galt der preußische Scheffel Weizen (85 bis 86 Pfund) 20 Silbergroschen (der Doppelzentner also 4,70 Mark), der Scheffel Roggen 15 Silbergroschen (der Doppelzentner also 3,53 Mark), Gerste 12, Hafer 9 Silbergroschen. „Wer nun auf seinem Gute 20000 Thaler mit 5 Prozent zu verzinsen hatte, der bedurfte dazu 1500 Scheffel Weizen oder 2000 Scheffel Roggen oder 2400 Scheffel Gerste. War dann der Kaufpreis eines solchen Gutes 40000 Thaler, so war an Verzinsung dieses Kapitals nicht zu denken; es mußten schon sehr gute Ernten gemacht werden, um nur die 20000 Thaler Hypotheken zu verzinsen." Die guten Ernten würden für sich allein den Preis noch nicht so tief gedrückt haben, wenn nicht die Ausfuhr aufgehört hätte. Die nach England wurde zuerst durch die Kontinentalsperre abgeschnitten und dann durch hohe Kornzölle erschwert und durch die Ausdehnung des Weizenbaues in England, wozu die hohen Preise verlockten, auf einige Zeit sogar überflüssig gemacht; die nach Frankreich hörte auf, da Frankreich in ruhigen Zeiten das für seine Bevölkerung notwendige Brotkorn selbst zu erzeugen vermag; auch die spanische und die schwedische Kundschaft fiel aus. Reiche Ernten — die von 1823 wird überschwenglich genannt — bescherten Überfluß, die Exporthäuser wurden bei vollen Speichern bankrott, der Landmann jammerte, die Getreidespekulation habe aufgehört, und mit Hunderten von Scheffeln Korn auf dem Boden wisse er nicht, woher er dreißig Thaler für dringende Ausgaben nehmen solle. (Ucke, S. 33.) So kam es denn zu vielen Subhastationen, und mancher verkaufte — zum Glück für seine Nachfolger — voreilig aus freier Hand, der, wenn er ausgehalten hätte,

den Segen der auf die schlechte folgenden guten Zeit selbst hätte einheimsen können. Avenarius schreibt 1827, viele Gläubiger hätten in der Hoffnung auf bessere Zeiten ihren Schuldnern jahrelang Frist gegeben, aber das sei eben doch nur ein Aufschub gewesen und habe den schließlichen Zusammenbruch nicht aufhalten können. „Zwar hat auch hier die Gnade des Königs geholfen, soweit dies nur möglich war, denn mehrere haben ansehnliche Summen zur Unterstützung und Aushilfe erhalten; manche Familie ist dadurch gerettet worden, aber allen konnte nicht geholfen werden: viele mußten dem Drange einer schweren, unglücklichen Zeit unterliegen und ihre Güter verlassen." Nach Ucke wurden in Ostpreußen in der Zeit von 1823 bis 1828 nicht weniger als 28 Rittergüter subhastiert, 98 Güter wurden in den Jahren 1826 bis 1829 mit einem durch die Staatskasse gedeckten Ausfall der Landschaft von 698000 Thalern verkauft; in Pommern waren 1825 112 Güter unter Sequestration.*) Ucke bemerkt noch, daß der

*) Schön erzählt von seiner eignen Thätigkeit für die gefährdeten Grundbesitzer a. a. O. III S. 77 ff. Staatswirtschaftlich, das giebt er zu, sei es zwar gleichgiltig, ob A oder B das Gut besitze, im Gegenteil könne es vorteilhaft sein, wenn ein verarmter Gutsbesitzer genötigt sei, sein Gut an einen andern abzutreten, der über Betriebskapital verfügt; „aber politisch ist eine solche plötzliche Umkehrung des Grundeigentums bedenklich, wenn der alte Stamm mit eben wohlverdienten Lorbeeren dasteht, und die neuen Ankömmlinge aus andern Ländern und Provinzen, also ohne Beziehung auf Vaterland und öffentliches Leben, den Stamm der Nation bilden sollen. Bis zum Jahre 1824 [in diesem Jahre wurde Schön, der bis dahin Oberpräsident von Westpreußen gewesen war, zum Oberpräsidenten beider Preußen ernannt und nach Königsberg versetzt] hatte man in einzelnen Fällen geflickt und geholfen, aber dies konnte seiner Natur nach wenig Erfolg haben. Es kam darauf an, das Übel an der Quelle zu läutern [so!] und ihm

unmäßig hinaufgeschraubte Preis der Landgüter bei ungünstiger Konjunktur habe fallen müssen, sei ja

---

dadurch eine Grenze zu setzen. Ich legte dazu einen Plan vor, nach welchem 1. niemand etwas geschenkt werden solle. 2. Wo Erhaltung im Besitz nicht möglich war, und keine politische Rücksicht vorwaltete, wurde den Verunglückten ihr Lebensunterhalt gesichert. 3. Die Kreditinstitute, die, selbst in der größten Verlegenheit wegen Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten, den Verkauf der verschuldeten Güter veranlassen mußten, wurden in Absicht der Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten sichergestellt, sodaß sie nicht mehr Hauptbeförderungsmittel der Umkehrung des Grundeigentums waren. 4. Durch Beförderung der feinen Schafzucht wurde dem Lande eine neue Erwerbsquelle zugewiesen. — Zur Ausführung meines Plans forderte ich einen Kredit von drei Millionen Thalern und gänzliche Unabhängigkeit von jeder Verwaltungsbehörde, sodaß ich zwar meine Jahresrechnungen von der obersten Rechnungsbehörde revidieren ließ, aber in der Operation nur allein das Wort des Königs mir Regel sein konnte. Meine Vorschläge wurden genehmigt, ich trat mit mehr als achthundert Gutsbesitzern in Verhandlung, und ungeachtet Mißernten die Sache aufhielten, ist sie mehr geglückt, als ich irgend erwartet hatte. Dies war einer von den Gegenständen, welche nur von einer Person mit der ausgedehntesten Vollmacht geführt werden können. Friedrich II. handelte bei seinen großen Meliorationen in Pommern und in Westpreußen so durch Brenkenhoff, wie mir dies Vertrauen in verschiednen Fällen zu teil geworden ist. Für solche Fälle ist der Oberpräsident vorzugsweise da." In den Briefen der ostpreußischen Herren wird viel darüber geklagt, daß die Provinz Ostpreußen zu Gunsten einiger märkschen und schlesischen Kreise übervorteilt und bedrückt werde. Für die Reformgesetze waren diese Herren im Anfange, opponierten aber heftig dem weitern Fortgange; sie bekämpften, vom Geiste Kants und Adam Smiths beseelt, die „schimpfliche Sklaverei" der Erbunterthänigkeit, aber sie hielten es für selbstverständlich, daß der ganze Grund und Boden des Dorfes Eigentum des Gutsherrn sei, dessen Ermessen es anheimgestellt bleiben müsse, ob er das ganze Land für sich einziehn, oder die Bauern als Zeitpächter darauf lassen, oder die Bauernhöfe in Kätnerstellen zerschlagen wolle. Den Bauern die Freiheit, uns das Land, war ihre Losung.

selbstverständlich gewesen; auch im Königreich Sachsen sei an die Regierung wiederholt über das Fallen der Güterpreise berichtet, jedoch hinzugefügt worden, daß das nur die großen Güter treffe, die kleinen behielten ihren Wert; denn weil ihre Besitzer meistens nicht mehr Getreide bauten, als sie für ihren Haushalt brauchten, so hänge ihr Wert nicht vom Getreidepreise ab. Schlimmer dagegen stand es um die Bauern in Litauen; dort sollen nach Ucke — die Angabe klingt kaum glaublich — von den 1500 bis 1600 Bauerngütern bis zum Jahre 1822 1000 wegen Steuerrückständen subhastiert, um ein Lumpengeld losgeschlagen und die alten Besitzer als Bettler ins Elend gestoßen worden sein; dann erst habe die Regierung Steuernachlässe bewilligt.

Die Krisis war keine „Not der Landwirtschaft," da, wie wir gesehen haben, die Bauern*) davon nicht betroffen wurden, sondern nur eine Not vieler Rittergutsbesitzer. Natürlich wurden außer dem Bülowschen noch andre Rettungsvorschläge produziert, wenn auch nicht in solchen Massen wie in unsrer heutigen schreibwütigen Zeit. E. v. Knobloch schlägt 1830 in der genannten Broschüre eine „Gutserhaltungsanstalt" mit einem „Erhaltungsrat" vor. Da dieser Vorschlag nicht der Geschichte der Ereignisse, sondern nur der Geschichte der Projekte angehört, so interessieren die

Knapp hat diese Politik der Ostpreußen, die man aus den Schönschen Papieren herauslesen kann, im Zusammenhange dargestellt; sie wirft einen kleinen Schatten auf den sonst so hell strahlenden Ruhm der ostpreußischen Stände.

*) Die erwähnten unglücklichen Litauer wurden nicht erst durch eine Preiskrisis ruiniert, sondern durch den Zwang zu Geldleistungen an den Staat, während einerseits die Naturalwirtschaft, in der sie bis dahin gelebt hatten, ihnen gar kein Geld zuführen konnte, andrerseits der Krieg ihnen alles Geldwerte, namentlich das Vieh, geraubt hatte.

Einzelheiten heute nicht mehr. Dagegen wollen wir aus seiner Darstellung der Ursachen der Krisis, die im allgemeinen mit den schon angeführten Darstellungen übereinstimmt, zwei Punkte herausheben. „Mehreren Gutsbesitzern gelang es, bei bewirkten Verkäufen zur Erhöhung des Kredits der verkauften Güter, in unendlicher [soll wohl heißen unredlicher] Vorspiegelung beträchtlich größere Kaufsummen im Kaufkontrakt angegeben zu erhalten, und sie benutzten demnächst diejenigen Gelder, die sie mittelst des zu hoch gestandnen Kredits sehr bald dargeliehen erhalten hatten, dazu, sich in Gegenden, wo die Güter noch für geringe Preise zu haben waren, andre Güter zu erwerben; ja es gelang sogar vielen, durch landschaftliche Kreditanstalten auf den in solchen wohlfeilen Gegenden erkauften Gütern mehr noch angeliehen zu erhalten, als sie Kaufgeld dafür in Wahrheit gegeben hatten; und die Täuschung, die dieser Verkehr mit Landgütern erzeugte, war so groß und allgemein, daß nicht bloß die Kapitalisten bei den Darlehnsgewährungen, sondern auch die zu großem Grundbesitz gelangten Spekulanten sich in betreff des so ganz eigentlich nur herausgerechneten Vermögens für völlig geborgen hielten, indem sie bei aller Höhe der Getreidepreise deren allmähliches Steigen, als im fortwährenden Sinken des Geldwerts gegründet, für völlig gesichert ansahen." Der andre Zug, den er dem schon entworfnen Bilde beifügt, ist folgender. Vor 1806 habe es sowohl an Aktien wie an Staatsschuldscheinen gefehlt; deshalb seien die Rentner und die bei der guten preußischen Finanzwirtschaft reich gewordnen Stiftungs-, Pensions- und Versicherungskassen genötigt gewesen, ihr Geld in Hypotheken und Pfandbriefen anzulegen; der Kredit sei also den Gutsbesitzern förmlich aufgedrängt worden. Nach 1815 dagegen habe es infolge der gemachten Kriegsschulden (und

der Neugründung von Aktiengesellschaften, die er zu erwähnen vergißt) nicht an Anlagepapieren gefehlt, und so hätten die Kapitalisten und die öffentlichen Kassen ihr Geld aus den Landgütern herausgezogen. Die intensive Wirtschaft, wird außerdem noch bemerkt, auf die sich viele Gutsbesitzer eingelassen hätten, rentiere nur bei guten Preisen; nun könnten sie zur extensiven nicht mehr zurück, und ebensowenig, da nun einmal der standard of life gestiegen sei, zur alten einfachen Lebensweise. Den Segen der großen Reformgesetzgebung für das Ganze erkennt er an; den meisten Rittergutsbesitzern aber habe die Umwälzung vorläufig mehr Schaden zugefügt als Vorteil gebracht. Unter anderm führt er an, daß die Freizügigkeit den Gütern die Arbeiter entziehe. Er gesteht zu, daß die Rittergüter selbst schuld seien an der Menschenarmut Ostelbiens, indem sie nicht allein durch viele Freiheitsbeschränkungen die Ansässigmachung erschwert, sondern auch durch den Gesindezwang die rechtzeitige Verehelichung der jungen Leute verhindert hätten. Aber nachdem einmal dieser unglückliche Zustand geschaffen war, habe die auf einmal gewährte Freizügigkeit diese Gegenden vollends entvölkern und die Ablösung der Roboten die Rittergüter der Arbeiter berauben müssen. In der Nähe von Berlin freilich seien die Frondienste der Bauern nicht mehr viel wert gewesen, und man möge dort froh sein, daß man sich diese Art Arbeiter vom Halse schaffen könne. Denn dort sei der Bauer von der Stadt aus klug gemacht geworden, und seine sogenannte Arbeit sei nur noch Zeitverderb gewesen; habe er z. B. auf einem zweispännigen Wagen Dünger fahren sollen, so habe er nicht mehr darauf geladen, als ein einzelner Mann auf einem Schiebkarren fortbringt. In der Stadt habe er nicht bloß bei Winkelratgebern und Aufwieglern, sondern sogar bei Gericht Hilfe gefunden, „weil die größte An-

zahl der Richter mit der Landwirtschaft und der Dreihärigkeit, Harthörigkeit und Dickfelligkeit der Bauern zu unbekannt waren." In den entlegnen Gegenden aber seien die Leute noch willig gewesen und hätten daher die Roboten noch ihren Wert gehabt.

Ein Herr von der Marwitz, den Meyer anführt — wohl derselbe, der wegen des von Boyen so scharf kritisierten Protestes gegen die Bauernbefreiung ein paar Wochen auf Festung mußte —, ist ein wahrer Unglücksrabe. Er sieht in seinen Abhandlungen und Denkschriften von 1811, 1812, 1823 und 1836 nicht allein die Edelleute, sondern auch die Bauern zu Grunde gehen. Wie der Handwerksmeister, und nicht der Geselle, der eigentliche Produzent der Gewerbeerzeugnisse sei, so sei auch der Gutsbesitzer, dem das Land gehöre, und nicht der Bauer, sein Knecht, durch den er das Land beackern lasse, der Getreideproduzent. So wenig die Gesellen und Ladendiener einen besondern Stand ausmachen könnten, so wenig könnten es die Bauern. Stünde dieser richtige märkische Junker aus dem Grabe auf, so würde er zu seinem Erstaunen hören, wie heute die Bauern geradeso sprechen — mit Beziehung auf ihre Knechte. Daß sich die Bauern damals schon Knechte und Mägde hielten, findet er höchst anstößig. Solange sie zu Hofe gingen, hätten sie solche ja gebraucht für den Dienst des gnädigen Herrn. Jetzt, da dieser Dienst aufgehört habe, hätten sie das Gesinde abschaffen müssen. Statt dessen hätten sie es behalten. Das schicke der Bauer nun aufs Feld, er selber aber sitze in guter Ruh vor seiner Hausthür oder im Wirtshaus bei der Branntweinflasche, und während er sonst um 3 Uhr morgens zu arbeiten angefangen habe, werde es jetzt in seinem Hause kaum um 6 Uhr lebendig. Eine der Bemerkungen dieses Urfeudalen ist unbestritten richtig. Bei

der Ablösung habe es geheißen: Wer da hat, dem wird noch mehr gegeben, wer wenig hat, dem wird auch das Wenige vollends genommen. Dem vermögenden Rittergutsbesitzer habe das Bauernland, das er erhalten habe, Gewinn gebracht, weil er Vorwerke anlegen und Arbeiter bezahlen konnte; dem unvermögenden war es nur eine Last. Ebenso habe die Ablösung dem größern Bauer genützt, den kleinen Kossäten dagegen, der mit seinem Stückchen Land die nackte Freiheit erkaufen mußte, zum Proletarier gemacht. Und der verarmende Bauer habe jetzt statt des Grundherrn, der ihn in der Not unterstützen mußte, den unerbittlichen Gläubiger, der ihn von der Scholle treibt, während früher die Bauerngüter weder subhastiert noch verschuldet werden konnten.

Solchem Gejammer über das Unglück Einzelner, die der Pessimist für die Gesamtheit ansah, hielt ein Vertreter der Staatswissenschaften, der Leipziger Professor Friedrich Bülau, in seiner Schrift: Der Staat und der Landbau (1833) die Thatsache entgegen, daß bei freier Bewegung der Güter, die den Tüchtigen an die richtige Stelle bringe, der Nutzen der Gesamtheit die Schädigung Einzelner bei weitem überwiege. Thünen hatte den vom privatwirtschaftlichen Standpunkte aus richtigen Grundsatz aufgestellt, daß es dem Landwirt nicht so sehr auf den Rohertrag als auf den Reinertrag ankomme, und daß daher in Gegenden, wo die intensive Kultur zu kostspielig ist, die extensive gewählt werden müsse, wie denn auch Mecklenburg, als es die Dreifelderwirtschaft verließ, statt der Fruchtwechselwirtschaft die Koppelwirtschaft*)

*) In Holstein und Mecklenburg wurde die Hufe in eine Anzahl von Schlägen oder Koppeln geteilt, die man mit Hecken (Knicks) und Gräben umgab, um das Vieh am

gewählt hat; erst in unsern Tagen, schrieb Rodbertus 1847, und nur sporadisch, bereitet sich dort der Übergang in die Fruchtwechselwirtschaft vor. Bülau erklärt nun: „Der Bruttoertrag ist es, von dessen Größe der Flor des Nationalwohlstandes abhängt. Was kümmert es die Gesellschaft, ob Einzelne einen höhern oder geringern Gewinn von ihren Besitzungen ziehen? Der kleine Wirt, der mehr um sich zu nähren, als auf den Verkauf baut, freut sich wohlfeiler Zeiten, reicher Produktion. Der große Gutsherr ist wohl über den geringen Ertrag froh, wenn er durch hohen Preis wertvoll wird." In der That bedeutet Teuerung nicht selten ein Glück für den Rittergutsbesitzer und den Großbauer, für das Volk niemals. Die Wohlfeilheit der zwanziger Jahre entsprang, wie nach einer Arbeit von Kuhnt 1826 Merkel in den Schlesischen Provinzialblättern nachwies, den durch Vermehrung der Anbaufläche und intensivere Bewirtschaftung gesteigerten Ernteerträgen.

Von der Zeit ab, schreibt Elsner, wo die Güter in andre und bessere Hände gekommen waren, d. h. von den dreißiger Jahren ab, datiert der rasche Fortschritt der Landwirtschaft, an dem nun die frei gewordnen Bauern teilnahmen. In der Bauernbefreiung waren die übrigen deutschen Staaten Preußen teils vorausgegangen, teils folgten sie ihm bald nach, am spätesten das Königreich Sachsen, das nach Langethal das intelligenteste Volk und die reaktionärste Regierung hatte, die mit der Ablösung so lange zögerte, bis sie durch Bauernunruhen dazu gezwungen wurde. Während die englische Kornbill noch auf die Getreideproduktion im Osten drückte — der Westen führte Schlachtvieh nach Frankreich aus und expor-

Ausbrechen zu hindern; jede Koppel wurde eine Anzahl von Jahren als Weide und dann nach einer bestimmten Fruchtfolge als Acker benutzt.

tierte auch Getreide nach Holland und der Schweiz —, half sich dort die intelligente jüngere Generation von Landwirten zunächst mit der Schafzucht; nach Aufhebung der Kontinentalsperre erschienen die Engländer wieder auf den Wollmärkten, und die Wolle der veredelten deutschen Schafe wurde mit Gewinn nach England verkauft. Sachsen und Schlesien gingen darin voran, Brandenburg, Pommern, Mecklenburg folgten. Sodann wurde viel Raps gebaut — erst damals wurde ja die Straßenbeleuchtung und im Hause die Benutzung von Öllampen statt der Talglichter allgemein, und auch die Maschinen brauchten viel Öl - , und die beiden wichtigsten landwirtschaftlichen Industrien, die Spiritusbrennerei und die Zuckerfabrikation, breiteten sich aus. Die heute noch von Rudolf Meyer eifrig verfochtne Ansicht, daß durch diese beiden Industrien die Produktion von Nahrungsmitteln vermindert werde, hat Elsner schon vor dreißig Jahren widerlegt, und in den heutigen Ernteerträgen findet sie ihre thatsächliche Widerlegung. Daß die Kartoffeln gegessen werden könnten, anstatt daß man Branntwein daraus brennt, wenn die ostelbischen Gegenden dichter bevölkert wären, ist richtig; solange sie aber dünn bevölkert sind, würde ein Teil des Sandbodens, der jetzt für die Brennereien bestellt wird, ohne diese Industrie unbenutzt liegen bleiben. Was aber die Zuckerrübe anlangt, so haben die Tiefkultur und die starke Düngung, zu der sie zwingt, in den Rübengegenden den Getreideertrag trotz verminderter Anbaufläche vermehrt. Dazu kam dann noch die Verbesserung der Äcker durch die Drainierung und eine vervollkommnete Wiesenkultur. Und als nun im Jahre 1846 in England der Kornzoll aufgehoben wurde,*)

*) Ganz aufgehoben hat ihn England erst im Jahre 1869, aber die Ermäßigung im Jahre 1846 kam in ihren Wirkungen der Aufhebung beinahe gleich.

während zugleich die Mißwachsjahre 1842 und 1846 und die Kartoffelkrankheit den Getreidepreis in die Höhe trieben, da begann eine goldne Zeit für die größern Landwirte; der Zollverein und die Eisenbahnen verliehen ihrem Handel Schwingen. Die Kartoffelkrankheit wurde weniger von ihnen als von der armen Bevölkerung empfunden.

Und diese hatte nun freilich gleichzeitig mit dieser Umwälzung und durch sie eine bedeutende Vermehrung erfahren. Sehr viele Kleinbauern hatten ihr Stückchen Land ganz an den Gutsherrn verloren, und durch die Gemeinheitsteilungen war den kleinen Leuten die Möglichkeit entzogen worden, Vieh zu halten; früher hatten sogar die Inlieger Schweine und Gänse halten können, da sie diese auf die Gemeinweide treiben und jene mit Deputatkartoffeln mästen konnten. Uns hat man, so klagten sie, zu Bettlern, die Bauern zu Herren gemacht. So wurde ein Proletariat ländlicher Arbeiter geschaffen, das früher nicht vorhanden gewesen war — zum Glück für die Rittergutsbesitzer, denen nicht allein die Bauernfronden genommen worden waren, sondern die jetzt sogar, da ihre Wirtschaften durch einen Teil des Bauernlandes vergrößert worden waren, mehr Arbeiter brauchten als früher; zum Glück auch für die Großbauern, die intensiv zu wirtschaften anfingen und ebenfalls mehr Hände nötig hatten. Dieses ländliche Arbeitervolk ist dann später, als die Industrie zahlreiche Hände forderte, durch die Wegräumung der letzten Schranken der Freizügigkeit in die Gruben, Fabriken und Handelsstädte gelockt worden, aus den Küstenlandschaften aber zum Teil nach Amerika ausgewandert, namentlich aus Mecklenburg und Vorpommern, wo die Rittergutsbesitzer schon vor der Ablösung durch Bauernlegen landlose Leute (Meyer erinnert an „kein Hüfung!“ von Fritz Reuter) geschaffen hatten. Das

wirkt bis heute nach. Rudolf Meyer schreibt in der Neuen Zeit (1892–93, Nr. 10, S. 309): „Man erhöhte den Lohn, man setzte die Arbeitszeit herab, vergebens! Es giebt östlich der Elbe bis ans Stille Meer keine höher bezahlten Landarbeiter mit kürzerer Arbeitszeit als in Mecklenburg und im Regierungsbezirk Stralsund, und doch hat sich von 1880 bis 1890 die Bevölkerung des platten Landes in Mecklenburg-Strelitz von 64619 auf 60407, ja die des ganzen Großherzogtums einschließlich der Städte um 2500 Einwohner vermindert." Ernst Moritz Arndt, aus dessen Schriften Rudolf Meyer einige Abschnittte in die „Hundert Jahre" aufgenommen hat, faßt an der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung besonders diese Wirkung ins Auge und beklagt sie daher. Er sieht darin die Vollendung der Vernichtung des Bauernstandes, die mit dem Bauernlegen und der Wiedereinführung der Leibeigenschaft im nordöstlichen Deutschland begonnen habe. Das Bauernlegen ist in seiner Heimat noch bis in seine Jugendjahre fortgegangen, und er hat es mit seinen eignen Augen gesehen. Malte Putbus hat auf Rügen „große Dörfer zerstört und Pachthöfe daraus gemacht und überhaupt ein so schweres Szepter geführt, daß sehr viele, und zwar die schönsten und rüstigsten Jünglinge zur See und zu Lande in die Fremde entwichen und nicht wiedergekommen sind." Es gab auch andre Edelleute in Pommern, „die große Dörfer ordentlich aus Spekulation kauften, Wohnungen und Gärten schleiften, große und prächtige Höfe bauten und diese dann mit einem Gewinn von 20—30000 Thalern wieder verkauften [jedenfalls verlockt durch die Werterhöhung der Landgüter am Ende des vorigen Jahrhunderts]. Nach den Gesetzen sollten Bauern, deren Wehre gelegt ward, nebst ihrer ganzen Familie mit voller Freiheit und mit ihrer ganzen lebendigen Hofraid ausziehen,

die oft einen ganz beträchtlichen Wert ausmachte, da es Vollbauern gab, die zwölf Pferde, zehn bis zwölf Kühe und einige Ochsen, dazu Schweine, Schafe und Geflügel hegten." Das hat man ihnen genommen; Arndts Bruder, der Rechtsanwalt in Bergen war, führte für sie Prozesse gegen die Edelleute und zog sich dadurch Haß und Schaden zu. Arndt selbst wurde wegen seines Buches „Die Leibeigenschaft in Pommern und Rügen" von einigen Edelleuten, unter denen „ein Käufer und Verkäufer und Vermäkler von Bauerndörfern" war, beim Schwedenkönige verklagt, der aber nach Prüfung des Buches zu dem Entschlusse gelangte, die Leibeigenschaft aufzuheben. Arndt will, daß der Mensch frei, der Boden aber gebunden sei. Es soll dafür gesorgt werden, daß die Güter von mäßigem Umfange erhalten und sowohl vor Zerstücklung als vor Zusammenlegung geschützt bleiben. „Der Mensch, schreibt er 1820, der weiß, was die Herrlichkeit eines Staates ist, fährt mit einem unbehaglichen Gefühle durch die schimmernden adlichen Herrensitze hin, die aus zerstörten Bauerndörfern aufgeführt sind, und auf welchen Haufen wandernder Tagelöhner und Lohnknechte in kümmerlichen Katen zusammengepreßt wohnen. Auch wird er nicht geblendet durch den vergänglichen Glanz und Reichtum, den Fabriken geben, die auf gewisse Weise immer einen Teil des Menschengeschlechts leiblich und geistig verderben. . . . O schönes Land meiner Heimat, wer wird die zerstörten Bauern in dir wieder schaffen, woher soll dir der Wiederhersteller kommen? . . . Die Länder, wo wenige Menschen im Besitz ungeheurer Reichtümer endlich fast alle Grundstücke ihr Eigentum und fast alle Landbewohner ihre Pächter, Tagelöhner und Knechte nennen, und auch die, wo eine übertriebne Verteilung und Zerstücklung der Hufen herrscht, mangeln des tapfern, gediegnen Kerns eines Volkes

und werden auf die Länge nicht würdig und glorreich bestehen können. Daß bei Fabriken, daß in großen Städten eine Menge elender, unruhiger, hungriger Menschen, daß diese gefährliche Brut, die Pöbel heißen muß, da entsteht, läßt sich nicht wenden. Das sind die unvermeidlichen Krebsschäden und Auswüchse der wachsenden Bildung und Verfeinerung des Menschengeschlechts.... Aber, aber — wenn wir auch auf dem Lande mit der allgemeinen zerstückelnden Freiheit so fortgehen, wie es sich anläßt, so wird bei der durch die Zerstücklung in Gütchen und Höfchen bis auf zwei, ja bis auf einen Morgen Land und noch tiefer vermehrten Zeugung und bei der Unmöglichkeit, den Menschen Arbeit und Gewinn zu verschaffen, in einigen Menschenaltern auch der Landpöbel vollendet dastehen, ein hungriges, unruhiges, sittenloses Gesindel. Wenn wir auf solche Weise den doppelten Pöbel fertig haben werden, wird von einem Rechtsstaat kaum noch die Rede sein können. China wird fertig sein, Despotismus und Knechtschaft an den beiden Enden der Gesellschaft, der Schrecken drohende Stock des Schergen für das Milde und Gnade winkende Szepter des Königs. Solche Menschen können nicht mehr durch die Liebe und die Gerechtigkeit regiert werden, sondern Furcht und Schrecken allein können die reißenden Tiere bändigen."

Die Leser mögen selbst darüber nachdenken, wie weit Arndts Prophezeiung in Erfüllung gegangen ist, und wie weit nicht. Hier soll nur bemerkt werden, daß 1848 vollendet hat, was in den Jahren 1807 bis 1811 begonnen worden war, und daß in Schlesien wenigstens der Bauernstand nicht vernichtet, sondern gehoben worden ist. Im vorigen Jahrhundert war der Bauer auch in Schlesien ein Knecht, der geprügelt werden konnte. Zu einem gewissen Wohlstande brachte er es trotzdem, wie die goldgestickten Kappen der

Bauerfrauen und sonstiger Schmuck bewiesen. In den dreißiger Jahren unsers Jahrhunderts wurde er in der Stadt noch als ein grober Tölpel belächelt und verachtet; forderte er im Laden ein feines Tuch zum Rocke, so meinte der Kaufmann spöttisch, das werde ihm wohl zu teuer sein. Heut ist er ein gebildeter Mann, der die Landwirtschaft rationell betreibt, sich mit Verständnis am öffentlichen Leben beteiligt, in einem feinen Kutschwagen zum Markte hereinkommt und von den Beamten wie von den Kaufleuten als eine angesehene und wichtige Persönlichkeit behandelt wird. Die Zahl der Bauern hat sich ein wenig, aber nicht wesentlich vermindert, und zwar weniger durch Teilung von Hufen als dadurch, daß in der Zeit der höchsten Rentabilität der Landwirtschaft einige Rittergutsbesitzer Bauergüter aufgekauft haben.*) Die Mobilisierung der kleinen Leute hat freilich Fortschritte gemacht, wenn es damit auch noch nicht so schlimm steht wie in dem durch das Bauernlegen entvölkerten Pommern, wo sich die Rittergutsbesitzer und die zu wenig zahlreichen Bauern mehr und mehr auf Wanderarbeiter angewiesen sehen, die ihnen noch dazu in Zeiten eines industriellen Aufschwungs die Industrie streitig macht.

In der Zeit des großen Aufschwungs der Landwirtschaft vermochte diese die Leute noch festzuhalten, weil die Freizügigkeit trotz ihrer grundsätzlichen Anerkennung noch durch mancherlei Polizeimaßregeln beschränkt war, die erst die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes 1867 hinweggeräumt hat. Auch dauert es, wenn für eine Völkerwanderung die Bedingungen gegeben sind, doch immer einige Jahre, ehe

*) Unter den altpreußischen Provinzen ist es wiederum Pommern, das auch im laufenden Jahrhundert die meisten Bauern verloren hat, in der Zeit von 1810 bis 1859 nach Conrad 7,97 Prozent.

sie in Fluß kommt. Der Arbeiterwanderung ging eine Wanderung der Gutsbesitzer vorher. Sobald die Landwirtschaft wieder rentabel wurde, und zwar sehr, stiegen natürlich die Güterpreise und kam der Güterhandel wieder in Flor. Landwirte vom Rhein kauften sich in Sachsen an, wo der Acker um 25 bis 50 Prozent wohlfeiler war, Landwirte von der Elbe zogen an die Oder, wo sie um weitere 50 Prozent wohlfeiler kauften. Die schlesischen Landwirte, schreibt Elsner, konnten sich diese Einwanderung anfangs nicht erklären, sie sahen darin die Wirkung einer Konjunktur, die nicht Bestand haben, sondern gleich der des vorigen Jahrhunderts zu einem Krach führen werde. Als sie aber beobachteten, wie die Eingewanderten mit ihrer verbesserten Wirtschaft hohen Gewinn erzielten, ahmten sie diese Praxis nach und kauften sich in Posen an, wo das Land wieder noch tiefer im Preise stand als daheim. Später, in den sechziger und siebziger Jahren, ging der Zug nach Galizien, endlich nach Russisch-Polen. In den geringen Gegenden, schreibt Elsner, bekam man bei großen Komplexen den Morgen gern für fünfzehn bis zwanzig Thaler, ja nach billiger. Zu solchen Komplexen gehörten oft gut bestandne Waldstrecken, deren Bestand allein schon doppelt so viel wert war, als der Kaufpreis betrug, und die desto besser verwertet werden konnten, je vollkommner das Eisenbahnnetz ausgebaut wurde. „Wer die Zeit begriff, für den lag das Geld auf der Straße. Forschen wir nach, so finden wir, daß sich der Reichtum vieler unsrer Grundherren aus jener Zeit (d. h. aus den vierziger und fünfziger Jahren) herschreibt, die Verarmten aber ihr Herabkommen meistenteils ihrem beschränkten Verstande zuzuschreiben haben."

Auch diese Bereicherung der größern Landwirte hatte ihre Kehrseite an der Not eines großen Teils der Bevölkerung. In Oberschlesien wütete 1847 der

Hungertyphus, und die ganzen fünfziger Jahre hindurch litt die ärmere Bevölkerung sehr empfindlich unter den hohen Getreidepreisen bei noch nicht ganz überwundner Kartoffelkrankheit. Der Verkehr war hinlänglich entwickelt, einen flotten Export deutschen Getreides nach Schweden und England im Gange zu erhalten, aber noch nicht genug, aus entlegnern Gegenden für die notleidende einheimische Bevölkerung Brot herbeizuschaffen. Nur schlechte ungarische und rumänische Getreidesorten, die zu einem groben, schwer verdaulichen Brote verbacken wurden, brachten einige Erleichterung. Den Gutsbesitzern schmeckten natürlich die hohen Preise, aber trotzdem daß diese noch länger anhielten, stiegen doch von den sechziger Jahren ab einige Wölkchen an ihrem Himmel auf. Das Rapsöl wurde durch das Petroleum, die einheimische Wolle durch die australische verdrängt. Das zweite Unheil, unter dem am meisten die schlesischen Landwirte litten, hatten diese selbst heraufbeschworen, indem sie mit dem Verkauf von Zuchtwiddern nach Australien gute Geschäfte gemacht hatten. Sie halfen sich zunächst damit, daß sie mehr auf Fleisch- als auf Wollproduktion züchteten; später haben sie die Schafzucht fast ganz aufgegeben und sich an der Zuckerrübe schadlos gehalten, bis sie die Überproduktion von Zucker in den Zuckerkrach stürzte.

Vorher schon, von 1879 an, hatte die amerikanische, dann die indische und die argentinische Weizeneinfuhr nebst der russischen Roggeneinfuhr angefangen, gefährlich zu werden. Die Getreidepreise gingen zurück, und die beginnenden Notstandsklagen veranlaßten die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik, die von 1883 an veröffentlicht worden sind. Der Hauptsache nach haben sie ergeben, was jeder denkende Kenner des deutschen Vaterlands voraussehen mußte, daß nämlich bei der ungeheuern Verschiedenheit der land-

wirtschaftlichen Zustände in seinen verschiednen Gauen der Ausdruck „deutsche Landwirtschaft" nur einen logischen Begriff bezeichnet, nicht ein wirkliches einheitliches Wesen, von dem man irgend etwas aussagen könnte. Wenn demnach jemand sagt: Die deutsche Landwirtschaft blüht, oder sie ist in Not, oder sie braucht diese oder jene Änderung der Gesetze, so muß man ihn zuvörderst fragen: Meinst du die Landwirtschaft im Regierungsbezirk Trier, oder die im Regierungsbezirk Gumbinnen, oder die in Oberbayern, meinst du Rittergutsbesitzer, Bauern oder Ackerhäusler? Geht er auf die Spezialisierung nicht ein, so lasse man ihn stehen, denn es kann dann keine Diskussion, sondern nur ein Gerede ins Blaue herauskommen. Der rheinische Rebbauer und der niederschlesische Großbauer, der Bauer in den Gemeinden Westdeutschlands, von denen ein Berichterstatter sagt, es würde ihnen nur dadurch geholfen werden können, daß man der Gemeindeflur ein paar hundert Morgen zusetzte, und der mecklenburgische Rittergutsbesitzer, der seine Außenschläge unbebaut liegen lassen muß, der Magnat, der seinen Wald sperrt, damit weder sein Wild noch seine Forstwirtschaft gestört werde, und sein Nachbar, der Ackerhäusler, der nach Waldweide, Waldstreu und Raffholz hungert, endlich der thüringische Rübenbodenbesitzer, der sein Land an die Zuckerfabrik verpachtet und als Rentner lebt, das sind himmelweit von einander verschiedne Wirtschaftssubjekte, und die Bedingungen für ihr Gedeihen sind nicht allein verschieden, sondern zum Teil entgegengesetzt. Zwei Dinge allerdings brauchen alle: ein verständig geordnetes Kreditwesen und eine gute Ausbildung für ihren Beruf. Dem Mangel des ersten ist in den letzten Jahrzehnten teils auf dem Wege der Selbsthilfe, teils durch Staatseinrichtungen zum größten Teil abgeholfen worden, und für das zweite wird durch landwirtschaftliche

Lehranstalten, Vereine und Litteratur täglich besser gesorgt.

Folgerungen zu ziehen und Anwendungen zu machen überlassen wir vorläufig den Lesern; nur zwei von den vielen, die sich aufdrängen, wollen wir kurz aussprechen. Wenn man unter Landwirtschaft die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte und die Bauernschaft versteht, so läßt sich von der „deutschen Landwirtschaft,“ die oben als ein bloßer logischer Begriff bezeichnet wurde, doch etwas aussagen, daß sie nämlich durch alle Wechsel und Nöte der letzten hundert Jahre hindurch fortgeschritten ist. Der Bauern sind zwar im allgemeinen nicht mehr, doch auch nicht viel weniger geworden, und sie haben an Vermögen, Intelligenz und Ansehen bedeutend gewonnen, die landwirtschaftlichen Produkte aber haben sich nach Art und Menge vervielfältigt. Das zweite ist dieses. So oft einige adliche Rittergutsbesitzer in Schuldennot geraten, durchtobt eine Agitation zu ihrer Rettung das Land; sie wird damit begründet, daß die „alten Familien“ die festesten und unentbehrlichsten Stützen des Staats seien. Wäre das der Fall, so stünde es schlimm um den Staat. Rudolf Meyer hat in der Vorrede zur zweiten Auflage eines Buches von Rodbertus (Zur Erklärung und Abhilfe der heutigen Kreditnot des Grundbesitzes, 1893) die pommerschen Rittergüter darauf hin gemustert und gefunden, daß aus fünf Kreisen von den 55 adlichen Familien, die im Jahre 1756 dort ansässig waren, nur noch elf vorhanden, die übrigen 44 aber verschwunden waren. Im zweiten Bande des Jahrgangs 1895 der Grenzboten aber ist in dem Aufsatze: Der Kreislauf des Geldes und der Einfluß der Scholle (S. 297) darauf hingewiesen worden, daß die meisten Rittergutsbesitzer teils Söhne und Enkel von bürgerlichen Händlern und Fabrikanten sind, teils Mütter oder Großmütter aus dem Handels-

stande haben, und zwar nicht durchweg arische, denen es die Familie verdankt, daß sie sich auf dem Gute halten konnte, daß jedoch dieser Wechsel dem Staate bis jetzt nicht das mindeste geschadet hat, da die radikalsten Liberalen (heute giebt es solche gar nicht mehr), sobald sie in den Besitz eines Ritterguts gelangen, eifrig konservativ zu werden pflegen (was die heutigen Kommerzienräte auch ohne Rittergut schon sind). Wäre aber die Meinung von der staatserhaltenden Kraft der alten Familien richtig, so gäbe es kein ungeeigneteres Mittel, sie auf ihren Gütern zu halten, als hohe Getreidepreise, weil diese, wie wir gesehen haben, allemal einen lebhaften Güterhandel erzeugen. Roscher erzählt (System II, S. 373 der zwölften Auflage) von Niebuhr, dieser habe gemeint, daß unter hundert adlichen Gutsbesitzern schwerlich mehr als einer sei, der sein Gut nicht lieber einem Kerl, der im Zuchthause gesessen habe, verkaufte, als einem Vetter, wenn es ein hübsches Sümmchen Differenz gelte.*)

*) Dieselbe Erscheinung tritt beim städtischen Grundbesitz hervor, wie eine Berliner Statistik beweist: die Lust zum Verkauf der Häuser wächst mit ihrer Rentabilität; in Jahren, wo wenig Wohnungen leer stehen und die Mietpreise steigen, hängt das Hausgrundstück am lockersten am Herzen des Eigentümers.

2

Die gegenwärtige Lage

Daß die Landwirte seit Ausgang der siebziger Jahre zu klagen angefangen haben, ist ganz natürlich. Wir haben gesehen, wie sich unsre intelligenten und rührigen Landwirte über die Zeiten der niedrigen Getreidepreise vor 1840 durch Pflege von Spezialitäten hinweggeholfen haben, wie dann die Rentabilität dieser Spezialitäten zusammen mit steigenden Getreidepreisen und einer bis dahin unerhörten Intensifizierung des Anbaus die Landwirtschaft in den fünfziger und sechziger Jahren zu einem höchst gewinnreichen Gewerbe machte, wie dann aber von jenen Spezialitäten eine nach der andern einging und endlich die amerikanische und die russische Konkurrenz, der sich später auch noch die indische und die argentinische beigesellte, seit 1879 die Getreidepreise zum Weichen brachte. Besonders für Schlesien hat Dr. Paul Bönisch den Wandel in einer Abhandlung des Jahrgangs 1895 der Landwirtschaftlichen Jahrbücher*) sehr gut dargestellt. Im Anfange des Jahrhunderts förderte die für den Weltmarkt arbeitende Leinenindustrie des Eulengebirges den Flachsbau. Der Raps wurde in solchen Mengen

*) Die geschichtliche Entwicklung der ländlichen Verhältnisse in Mittelschlesien, dargestellt am Bezirk des heutigen Amtsgerichts Canth.

gebaut, daß der Anblick der Landschaft vom Zobtenberge aus zur Zeit der Rapsblüte eine Sehenswürdigkeit war. (Ich habe das Schachbrett mit grünen und gelben Feldern an Pfingsten 1850 von der Heuschener aus bewundert.) In den fünfziger Jahren trat der Anbau des Krapps und der Kardendistel hinzu. Auf Antrag des landwirtschaftlichen Zentralvereins wurde dem Kantor Pohl in Canth, der sich darauf verlegt hatte, vom Ministerium ein Stipendium zu einer Studienreise nach Avignon bewilligt; auch bezog der Verein Krappsamen aus Smyrna und ließ ihn zum Selbstkostenpreise an Anbaulustige ab und prämiierte den Flachs-, Krapp- und Kardenbau. Pohl wurde als Instruktor für diese neuen Kulturen sowie für den Tabakbau angestellt. Am großartigsten aber waren die Leistungen der schlesischen Landwirte in der Wollproduktion. Thaer pries 1845 Schlesien mit den Worten: „Mit schneeiger Leinwand wird es die Welt, mit blendendem Zucker die Ostseeländer versehen, wie es schon jetzt dem Weltverkehr die edelste Wolle liefert." Schlesische Wolle, das bedeutete in der Handelswelt „den Inbegriff aller hochedeln Eigenschaften einer kurzen, feinen, sanften und dabei kräftigen Tuchwolle." Von 1846 ab war Breslau der erste Wollmarkt der Erde. Und zwar gebührt in diesem Zweige der Landwirtschaft noch ausschließlicher als in den übrigen Zweigen den Rittergutsbesitzern das Verdienst, seine Blüte erzeugt zu haben. Abgesehen davon, daß eine nennenswerte Schafzucht nur auf großen Gütern betrieben werden kann, hatten sie dafür bedeutende Geldaufwendungen gemacht. Die Schafställe waren Paläste, und gar mancher Zuchtstähr wurde mit 1000 und mehr Dukaten, also mit 10000 Mark bezahlt. Die rationelle Bewirtschaftung aber hatte den Ertrag auf den größern Gütern so außerordentlich gesteigert, daß auf der neunten Versammlung

deutscher Land- und Forstwirte zu Breslau 1845 mitgeteilt werden konnte, einzelne Güter hätten im neunjährigen Durchschnitt auf dem Morgen 10,2 Zentner Weizen und 8,5 Zentner Roggen erzielt, gerade das Doppelte des Ernteertrags der reinen Dreifelderwirtschaft.

Zuerst nun ging der Flachsbau ein, als in den vierziger Jahren der englische Kattun über die schlesische Leinwand siegte; die Baumwollennot während des Sezessionskrieges verhalf ihm noch einmal zu einer kurzen Auferstehung. Dagegen vernichtete dieser Krieg den Anbau von Krapp für immer; denn dieses Färbemittel wurde für Baumwollenstoffe verwandt, und als der Kattun wieder da war, fand er die Alizarinfarben vor. Gleichzeitig mußte das schlesische dem australischen Schafe weichen. Die Ansicht, daß die Schafzucht ohnehin eingegangen sein würde, weil überall in der Welt das Schaf der intensiven Kultur weichen müsse, wird zwar von einem praktischen Landwirt,*) den ich darüber befragte, bestritten; er meint, die Schafzucht lasse sich sehr wohl mit intensiver Kultur vereinigen; aber er fügt hinzu, daß sie trotzdem für uns unwiderbringlich verloren sei, weil die nördlichen Länder mit den Sommerländern, wo die Schafe das ganze Jahr im Freien weiden, nicht konkurrieren können. Und um den Ersatz für diese Verluste, die Zuckerrübe, steht es nun auch schon bedenklich infolge der Überproduktion, die bekanntlich durch eine im Interesse der Zuckerfabrikanten, mittelbar also auch der Rübenbauer, erfundne Besteuerung bewirkt worden ist, für die also außerhalb der Landwirtschaft stehende, ihr feindliche Mächte nicht verant-

*) Herrn Ernst Kleinschmidt, Pächter des Humboldtschen Gutes Ninterwitz bei Ottmachau; ich werde diesen Gewährsmann, der mir sehr freundlich und ausführlich über alles, was ich zu wissen wünschte, Auskunft gegeben hat, noch öfter mit „Kl." anführen.

wortlich gemacht werden können. (Daß die Landwirte selbst auch den Untergang der Schafzucht verschuldet haben, ist bereits erwähnt worden. Selbstverständlich darf das Verschulden nicht im moralischen Sinne verstanden werden; der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung zwingt bald diese bald jene Gruppe von Produzenten zu Handlungen, die zunächst die Produktion steigern oder rentabler machen, um sie später zu verderben.) Und wie wird es dem Zucker erst ergehen, wenn die Yankees Kuba werden erschlossen haben! Daß sich der Preis des Rapsöls wieder hebt und einen mäßigen Rapsbau wieder ermöglicht, weil man findet, daß bei vielen Maschinen mineralische Schmieröle nicht verwendet werden können, bedeutet doch nur eine sehr geringe Entschädigung für so viele und große Verluste.*) Darf man es den Landwirten verargen, daß sie besorgt und unzufrieden wurden, als nun auch die Getreidepreise reißend fielen und die Aussicht auf eine ungeheure, andauernde und nicht zu überwindende Konkurrenz im Getreidebau sich zu eröffnen schien? Kein Zweifel, ihre Lage ist viel weniger glänzend als in den sechziger Jahren und schwierig geworden, d. h. die Lage der größern Landwirte, der Bauern und der Rittergutsbesitzer. Sie müssen all ihre Denkkraft anspannen, um die Rentabilität ihrer Güter zu erhalten oder wiederherzustellen, sie müssen unausgesetzt thätig sein, ihre Einkünfte haben sich gemindert, und wenn sie in der

*) Neuerdings hofft man den Flachsbau wieder rentabel machen zu können durch Flachsbaugenossenschaften, die ohne Vermittlung von Händlern an die Fabrikanten absetzen. Von den 780000 Zentnern Flachs, die in Deutschland jährlich verbraucht werden, sind nur 90000 deutsches Gewächs, während 460000 aus Rußland kommen. (Bericht der Schles. Ztg. Nr. 790 über die am 18. November 1898 abgehaltne Sitzung des landwirtschaftlichen Kreisvereins Liegnitz.)

Blütezeit vor dreißig Jahren gekauft und ihren Besitz hoch bezahlt haben, wenn sie noch dazu mit einem zu kleinen Kapital gekauft haben, dann können sie ernstlich gefährdet sein.

Es fragt sich nun: Ist die Einkommenverminderung so bedeutend und so allgemein, daß auch solche Gutsbesitzer, die ihre Güter weder überzahlt noch mit einem unverhältnismäßig kleinen Vermögen übernommen haben, ja daß auch gänzlich unverschuldete nicht mehr durchkommen können, und daß ein Güterkrach in Aussicht steht, ähnlich dem im Anfange unsers Jahrhunderts? Oder mit andern Worten: Haben die Organe des Bundes der Landwirte Recht mit ihrer Schilderung der Lage des landwirtschaftlichen Grundbesitzes? Diese Frage muß entschieden verneint werden. Zunächst bemerken wir, daß Buchenberger in dem, was er S. 202 ff. seiner „Grundzüge der deutschen Agrarpolitik" über die heutige Krisis sagt, eine schiefe Auffassung fördert. Es heißt da: „Eine durch ungewöhnlichen Tiefstand der Preise der Körnerfrüchte verursachte Krisis trat in Deutschland in den zwanziger Jahren auf." Wir haben gesehen, daß die Krisis durch Überzahlung und Überspekulation vor 1806 verursacht, durch das Kriegselend verschärft und durch den niedrigen Preisstand der zwanziger Jahre nur zum Ausbruch gebracht worden ist. Buchenberger meint dann, die heutige Krisis unterscheide sich dadurch sehr wesentlich von der damaligen, daß diese durch vorübergehende Ursachen, namentlich durch rasche Aufeinanderfolge ungewöhnlich guter Ernten verschuldet worden sei, während die heutige auf „Ursachen von mehr dauerndem Charakter" beruhe, namentlich auf der Erschließung neuer, großer Kornerzeugungsgebiete. Hier treten zu dem oben erwähnten Irrtum noch zwei neue. Einmal wird die Ursache der gegenwärtigen Bedrängnis viel zu ausschließlich in der ausländischen

Konkurrenz gesucht — wir werden sehen, daß zwei andre Ursachen wichtiger sind —, dann aber zeigt schon die Preisbewegung der letzten Jahre, daß der heutige Tiefstand lange nicht so andauernd ist, wie er in den zwanziger Jahren war, woraus von selbst folgt, daß auch die heutigen Ursachen des Tiefstands nicht dauerhafter sein können als die damaligen.

Nun zu den Thatsachen! Ist die heutige Verschuldung der ländlichen Grundbesitzer bedenklich? Eine vollkommen befriedigende Erklärung kann auf diese Frage nicht gegeben werden, weil eine das ganze Deutsche Reich umfassende vollständige Statistik der hypothekarischen Verschuldung nicht existiert, und weil, wenn sie existierte, sie für sich allein aus zwei Gründen noch keine genügende Auskunft geben würde, erstens, weil bei weitem nicht alle abgezahlten Hypotheken im Hypothekenbuche gelöscht werden, zweitens, weil sehr viele „verschuldete" Gutsbesitzer weit mehr Kapitalvermögen als Schulden auf ihrem Gute haben. Anstatt die Schulden, die sie bei der Landschaft mit $3^1/_2$ bis 4 Prozent*) verzinsen, abzuzahlen, leihen sie lieber selbst zu fünf Prozent auf Hypotheken aus oder legen sie ihre Ersparnisse in sieben- und mehrprozentigen Aktien an. Über den Umfang dieser zweiten Verfahrungsweise erhalten wir nur in Oldenburg Auskunft, dessen landwirtschaftliche Statistik unter der ausgezeichneten Leitung des Geheimrats Dr. Paul Kollmann überhaupt musterhaft ist. Dort entfallen auf je hundert selbständige oder nahezu selbständige Landwirte a) solche ohne Kapital und Schulden 41,1 Prozent, b) solche nur mit Kapital 21,2 Prozent, c) mit Kapital und Schulden 11,2 Prozent, d) nur mit Schulden 26,5 Prozent. Also, bemerkt Buchen-

*) Dieser Satz schließt bekanntlich auch noch die Tilgungsquote ein.

berger hierzu, nur 38 Landwirte unter 100 sind mit Schulden behaftet, und unter den mit Schulden behafteten befindet sich noch ein erheblicher Teil, der nebenbei Kapitalvermögen besitzt.*) Für das übrige Deutschland genügt, was derselbe Agrarpolitiker a. a. O. S. 103 schreibt: „Eine im Jahre 1883 in 52 preußischen Amtsgerichtsbezirken vorgenommne Ermittlung der Hypothekenschulden hat eine durchschnittlich höhere Belastung im Vergleich zu der Zeit am Anfang des Jahrhunderts nicht ergeben. Aus neuester Zeit liegen Ermittlungen über Verschuldung des länd-

*) Jahrgang 1897 der Grenzboten, 3. Band, S. 36, wird die Kollmannsche Statistik ausführlicher mitgeteilt, u. a. auch, daß der Wert der mit Schulden behafteten Wirtschaften 129581965 Mark, die Schuldenlast aber, die noch dazu zum Teil durch Kapitalbesitz gedeckt wird, nur 34,5 Prozent dieses Wertes beträgt. Die absoluten Zahlen findet man in Kollmanns statistischer Beschreibung der Gemeinden des Herzogtums Oldenburg (Oldenburg, 1897) S. 270. Es gab im Jahre 1895 einkommensteuerpflichtige ländliche Grundbesitzer: mit Kapitalvermögen ohne Schulden 10234 (Summe ihres Kapitalbesitzes 185357000 Mark); solche mit Kapital und Schulden 3182 (Summe ihres Kapitalbesitzes 52556000, Summe ihrer Schulden 55555000 Mark); solche, die Schulden aber kein Kapital haben 8837 (Summe ihrer Schulden 96446000); Besitzer endlich, die weder Kapital noch Schulden haben, giebt es 85912. — Im 1. Bande des Jahrgangs 1898 der Grenzboten wird aus Conrads Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie mitgeteilt, daß der Wert des ländlichen Grund und Bodens in Preußen auf 32 Milliarden, der der ländlichen Gebäude und des Inventars auf 30 Milliarden, die darauf lastende Schuld auf 10 Milliarden geschätzt wird. Da aber die als Landgemeinden geltenden Vororte der Großstädte und die Landgemeinden der Industriebezirke einbegriffen sind, so kommen auf deren industrielle und Wohngebäude mehrere Milliarden sowohl Wert als Schulden; die rein landwirtschaftlichen Grundschulden betragen also bedeutend weniger als 10 Milliarden, während der Landwirtschaft die 32 Milliarden Grundwert beinahe vollständig und außerdem ein Teil von den 30 Millionen Gebäude und Inventar gehören.

lichen Grundbesitzes nur für Bayern, Baden und Oldenburg vor. [Oldenburg haben wir schon erwähnt.] Für Bayern wurde festgestellt, daß unter 24 Erhebungsgemeinden die hypothekarische Verschuldung in 9 Gemeinden zwischen 5,21 und 17,25 Prozent, in weitern 8 Gemeinden zwischen 20,93 und 29,92 Prozent, in weitern 6 Gemeinden zwischen 34,78 und 39,72 Prozent (des Besitzwertes) sich bewegt, und daß nur eine Erhebungsgemeinde eine Verschuldung über 44 Prozent (nämlich 76,04 Prozent) aufweist. Die badische, auf alle Landwirte des Landes ausgedehnte Schulderhebung des Jahres 1896 erstreckte sich auf die Schuldverpflichtungen jeglicher Art, also auch auf die des Personalkredits. Sie ergab, daß in 52 Amtsbezirken das Verschuldungsprozent der rein landwirtschaftlichen Betriebe, gemessen am Vermögenswert, zwischen 7 und 44,7 schwankt, in 34 Amtsbezirken unter 20 bleibt, in 10 Amtsbezirken zwischen 20 und 30 sich bewegt, nur in 8 Amtsbezirken 30 (mit einem Höchstbetrage von 44,7) übersteigt, und daß die Verschuldung im Durchschnitt aller Amtsbezirke und aller rein landwirtschaftlichen Betriebe 17,7 Prozent beträgt." Auf persönliche Erkundigung nach den Zuständen in der Umgegend von Neiße habe ich erfahren, daß nirgends von einer Verschuldung die Rede ist, die den Bauernstand oder auch den der Rittergutsbesitzer mit einem Zusammenbruch bedrohte. In einem Dorfe, das 21 Bauern und 23 Gärtner hat, wurde mir gesagt, daß *ein* Bauer überschuldet sei und sich wohl nicht werde halten können, weil er zu teuer gekauft habe. Daß mit steigender Volkszahl und Kultur die Ziffern der Hypothekenverschuldung ebenso steigen müssen wie alle Ziffern der Staats-, Gemeinde- und Einzelhaushaltungen, ist selbstverständlich. Die fortgesetzte Erbteilung macht die steigende Hypothekenverschuldung der Landgüter unvermeidlich, und die Erhöhung des Ertrags durch intensivere Be-

wirtschaftung macht sie möglich. Freilich hat diese Steigerung wie jede andre in der Welt ihre Grenzen; darüber später. Sehr richtig bemerkt übrigens Buchenberger, daß die Grenze schon durch das Sinken des Zinsfußes hinausgerückt wird; bei vierprozentiger Verzinsung bedeuten 100000 Mark Schulden nicht mehr als 66666⅔ Mark bei sechsprozentiger.

Wo immer zahlreiche Güter so verschuldet sind, daß sich ihre Besitzer nicht halten können, da muß es zu einem Güterkrach, d. h. zu massenhaften Zwangsversteigerungen kommen. Ein solcher ist uns seit etwa achtzehn Jahren prophezeit worden, bei Gründung des Bundes der Landwirte vor sechs Jahren schon gleich fürs nächste Jahr, er ist aber bis heute nicht eingetreten, wird auch in den nächsten zehn Jahren nicht eintreten, und würde auch dann nicht eingetreten sein, wenn die vom Bunde der Landwirte durchgesetzten Maßregeln ausgeblieben wären. Über die Zahl der

Ländliche Subhastationen

Jahr	Zahl	Größe in ha	Grundsteuer-Reinertrag in ℳ	Gebäudesteuer-Nutzungswert in ℳ
1888	6308	128579	1087991	751394
1889	6337	108737	908581	711779
1890	5704	122566	916667	688799
1891	5481	104408	978092	736045
1892	6610	108442	954926	993972
1893	6423	107402	934597	1125882
1894	6961	98941	862417	1597743
1895	7203	99123	979692	2162177
1896	6294	95790	768023	2504309
1897	5961	65585	678261	2283543

Subhastationen sind wir vollständig informiert. Wir geben das Wichtigste von der neusten Subhastationsstatistik des preußischen Staates nach den Beilagen der diesjährigen Nummern 807, 809, 811 und 812 des Deutschen Ökonomisten.

Sieht man die erste Kolonne allein an, so findet man darin nur Schwankungen, keine entschiedne Tendenz, weder zum Steigen noch zum Fallen; die letzte Zahl ist etwas niedriger als die erste. Dagegen tritt die fallende Tendenz in der zweiten und dritten Kolonne so deutlich und stark hervor wie die steigende in der vierten; während die Fläche der subhastierten Grundstücke, und zwar ganz stetig, in den letzten zehn Jahren auf ungefähr die Hälfte der ursprünglichen, der Grundsteuerreinertrag auf zwei Drittel gesunken ist, ist der Gebäudewert dagegen auf das Dreifache gestiegen. Nun kann man doch nicht annehmen, die Landwirte hätten in dieser schlechten Zeit so unsinnig gebaut, daß der Gebäudewert jetzt mehr als das Dreifache des Grundsteuerreinertrags sei, während er vor zehn Jahren durchschnittlich nur zwei Drittel davon betrug. Diese merkwürdige entgegengesetzte Bewegung erklärt sich vielmehr, wie der Ökonomist darlegt, aus dem Umstande, daß Badeorte, ländliche Bezirke mit starker industrieller Bevölkerung und großen industriellen Anlagen und die Vororte großer Städte zu den Dörfern, und die in ihnen vorkommenden Subhastationen als ländliche gezählt werden, obgleich sie meistens reine Wohnhäuser ohne landwirtschaftlichen Betrieb und Fabrikgebäude betreffen. Da die Zahl der städtischen Subhastationen beständig zunimmt (sie ist von 2478 im Jahre 1888 auf 4178 im Jahre 1897, und der Wert der versteigerten Gebäude ist im gleichen Zeitraum von 2049899 auf 8829124 Mark gestiegen), so läßt sich eine solche Steigerung auch bei den Grundstücken voraussetzen, die zwar in politisch als ländlich

geltenden Bezirken liegen, aber nur städtisch, als Wohnplätze und zu industriellen Anlagen benutzt werden. Vollkommen klar liegt die Sache im Regierungsbezirk Potsdam. Hier sind im Jahre 1897 571 Grundstücke unter 30 ha (gegen 668 im Jahre 1896) subhastiert worden, die nur 742,48 ha (939,43) umfaßten und auf 6340 (14009) Mark Grundsteuerreinertrag geschätzt wurden, während ihr Gebäudewert mit 1283025 (1348847) angegeben wird; da ist es doch klar, daß nur ein kleiner Teil davon landwirtschaftlicher Art sein kann. Indem nun solche Grundstücke, die an der allgemeinen Steigerung der städtischen Subhastationen teilnehmen, den ländlichen zugezählt worden sind, konnte in der ersten Kolonne die Abnahme, die in den andern beiden Kolonnen zu Tage tritt, nicht zum Ausdruck gelangen, sondern diese Kolonne mußte ein Schwanken ohne bemerkbare Tendenz zeigen. Wo die landwirtschaftliche Natur einer Klasse subhastierter Güter aus den Angaben über Fläche, Grundsteuerreinertrag und Gebäudewert deutlich hervorgeht, da zeigt sich fast überall eine Abnahme der Subhastationen. So ist z. B. im Regierungsbezirk Königsberg die Zahl der Subhastationen in Klasse I*) von 14 auf 9, in Klasse II von 72 auf 13, in Klasse III von 289 auf 131 zurückgegangen; im Regierungsbezirk Stettin ist die Zahl nur in der I. Klasse gefallen, von 6 auf 3, in den andern beiden gestiegen, aber nicht in bedenklicher Weise, nämlich von 6 auf 10 und von 78 auf 105. Im Regierungsbezirk Breslau in der ersten und dritten Klasse gefallen, von 10 auf 4 und von 419 auf 392, in der zweiten von 11 auf 23 gestiegen. In 65 von den 93 Klassen der aufgezählten 31 Regierungsbezirke zeigt sich eine Verminderung

*) Klasse I umfaßt die über 100 ha, II die 30—100, III die unter 30 ha großen Güter.

und in 28 eine Steigerung der Zahl der Subhastationen. In dem oben erwähnten Grenzbotenartikel werden auch die Ergebnisse der amtlichen württembergischen Subhastationsstatistik mitgeteilt. Während die Zwangsvollstreckungen in bewegliches Vermögen seit 1881 beständig zunehmen, nehmen die in unbewegliches ab, von diesen betrugen im Jahre 1895 die in rein landwirtschaftliche Besitzungen nur ein Viertel, und die Grundfläche der von der Zwangsvollstreckung betroffnen ganzen Bauernanwesen mit der der einzelnen Parzellen zusammen betrug nur 655,8 ha, das ist „ein verschwindend kleiner Teil," nämlich 0,05 Prozent der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche des Königreichs.

Diese Subhastationsstatistik suchen die Agrarier durch den Einwand zu entkräften, daß die Gläubiger eben der schlechten Lage der Landwirtschaft wegen von Anträgen auf Subhastation Abstand nähmen, weil sie fürchteten, es würden sich keine Käufer finden. Dieser Einwand ist durchaus hinfällig. Es werden bis auf den heutigen Tag Rittergüter und Bauerngüter zu guten Preisen gekauft und in Pacht genommen. Sollten sich aber an einem Orte einmal Käufer, die das Gut selbst zu bewirtschaften gedächten, nicht einfinden, so würde ganz gewiß ein Güterschlächter erscheinen, denn unter den kleinen Leuten ist der Landhunger immer noch im Steigen begriffen. Außerdem bemerkt der Ökonomist ganz richtig, die Gläubiger würden sehr thöricht handeln, wenn sie so verführen, denn je länger sie den bankrotten Wirt auf dem Gute sitzen ließen, desto mehr werde das Pfandobjekt entwertet. Wenn in der Zeit nach 1806 von den Gegnern der Zinsenindulte u. a. eingewendet wurde, die Gläubiger würden gewiß Geduld gehabt und auch ohne diese Maßregel von der Subhastation Abstand genommen haben, so beruhte das auf einer von der heutigen ganz ver-

schiednen Lage der Dinge. Damals handelte es sich um Güter, die durch den Krieg verwüstet, ihres Viehs beraubt, also augenblicklich wertlos waren, und von denen der Gläubiger hoffen durfte, daß sie sich, wenn man den Besitzern Zeit ließe, wieder erholen würden. Heut befinden sich alle Güter im vortrefflichsten Zustande und sind mit dem besten Inventar reichlich ausgestattet, sodaß höchstens ihr Tauschwert ein wenig, der Realwert aber gar nicht vermindert ist. Wenn nun die Hypothekeninhaber den Agrariern glaubten, die versichern, die Landwirtschaft rentiere nicht mehr oder arbeite wohl gar mit Defizit, dann müßten sie doch zugreifen, um zu retten, was noch zu retten ist: denn da in keinem Gewerbe eine Defizitwirtschaft auf die Dauer möglich ist, so müßten die Landwirte den Betrieb zunächst einschränken und zuletzt ganz einstellen, jedenfalls ein Stück Vieh nach dem andern verkaufen, und die Güter würden nach ein paar Jahren ganz wertlos sein. Das Kapital ist gleichgiltig gegen das Schicksal der Personen, die ihm die Zinsen verdienen, also auch gleichgiltig gegen das Schicksal des verschuldeten Bauern, aber es ist ganz und gar nicht gleichgiltig gegen das Pfandobjekt, gegen das Arbeitsmittel, wodurch es aus einem Phantom eine Wirklichkeit, aus einem bloßen Rechtsanspruch ein Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen und zur Erzeugung von Genüssen wird.

Aber hat denn „das Kapital," gegen das die Agrarier zu wettern pflegen, und worunter sie, um es kurz auszudrücken, die Börsen- und sonstigen Geldjuden verstehn, überhaupt so sehr viel mit der Hypothekenverschuldung zu schaffen? Die Realschulden der Rittergutsbesitzer sind zunächst Pfandbriefschulden, und wer über die von der Landschaft gezogne Grenze Hypotheken aufnimmt, der weiß, daß er sich einem Risiko aussetzt, und darf sich nicht beschweren, wenn

sein Wagnis fehlschlägt. Die in den heutigen Familienromanen beliebte Figur des flotten Kavaliers, den der Jude mit Kredit umspinnt, bis er die Schlinge zuzieht und dem Gefangnen die Wahl läßt, ob er seine Tochter heiraten oder als Bettler vom Hofe wandern will, mag ja vorkommen, aber die Romanschreiber sind ehrlich und sachkundig genug, um auch darzustellen, wie der liebenswürdige Schwerenöter sein Unglück selbst verschuldet hat, und die Schulden, um die es sich in den Romanen und wohl auch in der Wirklichkeit handelt, sind meist Personalschulden, Wechselschulden, nicht selten durch ein Jeuchen kontrahiert. Der Bauer macht von der Landschaft, obwohl sie ihm offen steht, selten Gebrauch und bedient sich der Privathypothek. Aber wer sind seine Hypothekengläubiger? Fast niemals professionsmäßige Geldverleiher, sondern andre Bauern, die ihre Ersparnisse in Hypotheken anlegen, Brüder und Schwestern, Vettern und Basen, die bei der Erbabfindung vom Besitzer oder von dessen Vater Hypotheken bekommen haben, Auszüger, die beim Verkauf Restkaufgelder auf dem Gut haben stehn lassen, außerdem Kirchen, milde Stiftungen, Sparkassen und altmodische Bürgersleute, die den Kurszettel nicht verstehn und als ein gefährliches Ding gar nicht verstehn mögen. Der wucherische Personalkredit und die ebenfalls wucherische Viehleihe, mit der einige Bauernschaften Mittel- und Westdeutschlands eine Zeit lang von Juden ausgebeutet worden sind, hat sich auf kleine Gebiete beschränkt und darf als durch die heutige Kreditorganisation überwunden angesehen werden.*) Stefan von Tisza, der selbst Großgrund-

*) Überhaupt lassen wir die armen mittel- und westdeutschen Bauernschaften ganz beiseite. Deren Not ist von der „Not" unsrer ostdeutschen, besonders derer, die agitieren, grundverschieden; sie besteht bei den einen darin, daß infolge fortgesetzter Erbteilung ihre Güter zu klein zum davon

besitzer ist, sagt in seiner 1897 bei Duncker und Humblot erschienenen Schrift: Ungarische Agrarpolitik, vielleicht etwas zu viel, wenn er Seite 42 behauptet, das internationale Geldkapital existiere gar nicht, wenigstens nicht als Bund; die Interessen der Kapitalisten seien vielfach entgegengesetzt, solidarisch nur in einem einzigen Punkte, in der Notwendigkeit, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wahr ist es freilich, daß die Interessen des Leihkapitals gegenüber dem eignen des Unternehmers, die des industriellen und des Handelskapitals, die der verschiednen Industrien vielfach mit einander in Konflikt geraten. „Und nun gar auf verschiednen wirtschaftlichen Gebieten! Sehen wir denn nicht die verschiednen Abarten des Kapitals und sogar die verschiednen Gruppen derselben Abart in fortwährendem Kampfe gegen einander, und sehen wir denn nicht, daß die Ziele und Interessen dieser kämpfenden Gruppen mit denen der Landwirte bald identisch, bald ihnen entgegengesetzt sind? Hat denn beispielsweise das eminente Interesse der ungarischen Landwirte, Ausfuhrbegünstigungen nach Deutschland zu erhalten, nicht gerade in dem Lager des deutschen Kapitals natürliche Bundesgenossen gefunden gegen die deutschen Agrarier, die kraft der Logik der Thatsachen auf diesem Gebiete unsre gefährlichsten Gegner sind?“ Das ist ganz zweifellos, der Feind des heimischen Landwirts ist, wenn er im Auslande gesucht werden soll, allemal sein dortiger Berufsgenosse, nicht der dortige Kapitalist. Und ebenso unzweifelhaft wahr ist die folgende Bemerkung Tiszas, daß die Mitglieder der hohen Finanz teils selbst Großgrundbesitzer, teils,

leben geworden sind, und daß in ihrer Gegend keine Industrie besteht, die ihnen Nebenverdienst gewähren könnte, bei den andern darin, daß sie auf unfruchtbarem Boden und in einem rauhen Klima hausen und daher von Zeit zu Zeit Hunger leiden müssen.

sofern sie Hypotheken haben, Mitbesitzer, also an der Erhaltung der Landwirtschaft lebhaft interessiert sind. „Wie oft vernehmen wir gerade in ungarischen Kreisen die Klage, daß die Landwirte nur nominell die Herren ihres Bodens seien, daß der Ertrag desselben in Wahrheit vom Gläubiger genossen werde, dem wir in der Form von Zinsen Pacht zahlten. Wenn diese Behauptung auch stark übertrieben ist, so enthält sie doch ein Körnchen Wahrheit. Wenn nun aber ein großer Teil des Bodenertrages vom Kapital genossen wird, so wird dieses doch nicht mit selbstmörderischer Hand die Quelle seines Vermögens angreifen; es kann sich nicht in den Dienst von Bestrebungen stellen, die seinen getreuen Tributpflichtigen in eine Krise stürzen, zahlungsunfähig machen würden. Für eine wirklich zerstörende landwirtschaftliche Krise, die den Wert des Bodens dauernd niederdrückt, bietet bislang nur England ein Beispiel, wo infolge der Aufteilung und Gebundenheit des Grundbesitzes die kontinentalen Formen und Dimensionen des Hypothekarkredits sich nicht entwickeln konnten. Eine Krise ähnlicher Ausdehnung in der mitteleuropäischen Landwirtschaft hätte die Zahlungsunfähigkeit eines großen Teiles der Landwirte und einen Pfandbriefkrach zur Folge.*) Die Abwendung einer solchen liegt jedoch offenbar ebenso im Interesse der großen Banken wie der kleinen Kapitalisten." Wir haben uns auf diese Abschweifung

*) Wie ich Grenzboten 1896, IV S. 551 ff. dargelegt habe, konnte in England die durch den Fall des Weizenpreises bewirkte Agrarkrisis überwunden werden, weil die Landwirte dort Pächter sind. Die Landlords ließen so viel Rente nach, als nötig war, die Pächter über Wasser zu halten, und die Landlords konnten großartige Rentennachlässe bewilligen, weil ihnen die Hausrente der Großstädte und Industriebezirke, sowie die Grubenrente ohnehin schon vor der Krisis mehr einbrachte als die landwirtschaftliche Rente.

nur eingelassen, um eine Einwendung der Agrarier gegen die Beweiskraft der Subhastationsstatistik zurückzuweisen, und haben nebenbei das Ergebnis gewonnen, daß der Interessengegensatz zwischen Landwirtschaft und Kapital — was immer man sich unter diesem Worte denken möge — und die Bedrohung jener durch dieses nur in der Einbildung verworrener Köpfe besteht. Zwischen dem einzelnen Gutsbesitzer und seinem Hypothekengläubiger, der ihn vom Gute zu verdrängen sucht, kann ein Kampf auf Leben und Tod entbrennen, aber der Landwirtschaft gilt dieser Kampf nicht, denn der Gläubiger, der das Gut übernehmen will, gedenkt nach der Übernahme noch mehr daraus zu ziehen, ist also zärtlich besorgt um sein Gedeihen. Nur in dem nicht sehr häufigen Falle, daß der Gläubiger ein Güterschlächter ist, kann die Landwirtschaft bei dem Besitzwechsel zu Schaden kommen; meistens geschieht das auch in diesem Falle nicht, weil die spätern Parzellenbesitzer mindestens so gute Wirte sind wie der bankrotte Vorbesitzer.

Eine beliebte Methode, das Vorhandensein einer Agrarkrisis zu beweisen, ist die Aufstellung von Rentabilitätsberechnungen. In einem schlesischen Lokalblatte hatte ein Landwirtschaftslehrer solche für Bauergüter der Umgegend aufgestellt und teils winzige Reinerträge, teils gar keine, teils Fehlbeträge herausgerechnet. Kl., den ich fragte, was er dazu meine, antwortete nichts als: „Blech!“ Ernsthafter zu nehmen sind die zwanzig Berechnungen, die der verstorbne Karl Freiherr von Könitz aufstellt in dem Aufsatze: „Über das Verhältnis zwischen Rohertrag und Reinertrag,“ und den Professor Dr. von Seelhorst im Jahrgang 1895 der Landwirtschaftlichen Jahrbücher vervollständigt und herausgegeben hat; sie beziehen sich auf mittlere und große Güter in verschiednen Gegenden Nord- und Süddeutschlands; auch ein paar

im Salzburgischen gelegne sind dabei. Die höchste vorkommende Zahl ist 4,83 Prozent Reinertrag; so viel bringt ein sächsisches Rübengut; vor Einführung des Rübenbaues warf es 3,77 Prozent ab; die niedrigste vorkommende Zahl ist 0,89; als Durchschnitt ergiebt sich 3,52 Prozent. Der Verfasser stellt für jedes dieser Güter noch eine zweite Berechnung an. Er meint, dem Betriebskapital gebühre eine siebenprozentige Verzinsung (weil in seiner Benutzung die Arbeit des Betriebsleiters besteht, seine Verzinsung also dessen Arbeitslohn decken muß). Wird diese Verzinsung vom Gesamtreinertrage abgerechnet, so bleibt als eigentliche Bodenrente eine Summe übrig, die einen kleinern Prozentsatz darstellt. Die höchste so herausgerechnete Grundrente beträgt 4,39 Prozent, der Durchschnitt ungefähr 3, und bei zwei Gütern fällt die Grundrente aus; das eine davon hat aber sehr schlechten Boden und ist Überschwemmungen ausgesetzt, das andre ist ein Salzburgisches Waldgut, dessen Holz wegen weiter Entfernung von der Eisenbahn nicht verwertet werden kann, sodaß also der schlechte Ertrag mit der Not oder Krisis der Landwirtschaft nichts zu schaffen hat. Der Herausgeber hängt diesen Berechnungen die Bemerkung an: „Die vorstehende Tabelle zeigt, daß eine große Anzahl von Besitzern der angeführten zwanzig landwirtschaftlichen Betriebe in einer Notlage sich befindet. Diese Notlage hat sich in den letzten Jahren noch bedeutend gesteigert. Bei Einsetzung der heutigen Preise*) für die Körnerfrüchte und die Zuckerrüben würde eine größere Zahl der in Frage stehenden Wirtschaften eine Verzinsung des Grundkapitals nicht aufweisen, ja bei einigen würde auch das Betriebskapital eine Verzinsung nicht er-

*) Der Berechnung liegen die Durchschnittspreise von 1882 bis 1891 zu Grunde.

geben.“ Darauf ist zu erwidern, daß, mögen sich auch einzelne Landwirte in Not befinden, von einer allgemeinen Not noch nicht gesprochen werden kann, so lange sich in einer Zeit, wo sichre Papiere nicht mehr als $3^1/_2$ Prozent Zinsen abwerfen, das in Grund und Boden angelegte Kapital durchschnittlich 3 Prozent und das Betriebskapital 7 Prozent ergiebt, daß aber die sehr niedrigen Getreidepreise von 1893 bis 1895 eine vorübergehende Ausnahmeerscheinung sind, und daß der in solchen Jahren erlittene Ausfall durch den Überschuß andrer Jahre gedeckt werden kann.

Eine Anzahl von Rentabilitätsberechnungen sind in den Grenzboten von einem andern Mitarbeiter, der B. oder β zeichnet, geprüft worden. So im 2. Bande des Jahrgangs 1896 S. 158 ff. einige, die das 1. Heft des 25. Bandes der Landwirtschaftlichen Jahrbücher bringt, und zwar in drei verschiednen, von einander unabhängigen Aufsätzen. Es werden darin die Reinerträge für den Hektar von zwölf Wirtschaften wie folgt angegeben: 1. Kleinbäuerliche Stelle im Kreise Peine 397 Mark; 2. kleinbäuerliche Stelle im Kreise Neumarkt, Regierungsbezirk Breslau 136; 3. Rittergut im Kreise Breslau 118; 4. Halbbauernhof im Kreise Peine 103; 5. Bauerngut im Kreise Neumarkt 99; 6. kleinbäuerliche Stelle im Kreise Liegnitz 90; 7. Bauerngut im Kreise Liegnitz 85; 8. Rittergut im Kreise Liegnitz 76; 9. Großbetrieb N, ohne Angabe der Lage 66; 10. kleinbäuerliche Stelle im Kreise Glogau 52; 11. Bauerngut im Kreise Glogau 50; 12. Rittergut im Kreise Glogau 37. Bemerken wir nur, daß das zuletzt genannte Rittergut zu einem Drittel aus Holzung und Ödland besteht, und daß die andern zwei Drittel Sandboden sind, daß also ein solider Käufer sicherlich nicht mehr als 800 Mark*)

*) Kl. sagt, daß ein Gut in jener Gegend und von

für den Hektar geben würde, so läßt sich über diese Angaben weiter nichts sagen, als daß sie die Behauptung, die Landwirtschaft befinde sich in einer Krise, auf das schlagendste widerlegen. Der zuerst genannte Besitz rentiert glänzend, fünf oder sechs rentieren gut, und die übrigen nicht schlecht; auch der Reinertrag des letzten kann noch nicht schlecht genannt werden, da es bei Annahme eines vernünftigen Kaufpreises seine 4 Prozent giebt. Aber Kaufpreis und Wertberechnung sind eben leider sehr oft nichts weniger als vernünftig. Höchste Beachtung verdient, was gelegentlich der beiden Stellen im Kreise Peine in Hannover der Grenzbotenrezensent über die Berechnungsmethode sagt, die der Verfasser des Aufsatzes, H. Auhagen, anwendet. Dieser rechnet nach Abzug der Wirtschaftskosten und des Unterhalts der Familie für die Halbkötnerstelle von 4,6 ha einen Barüberschuß von 1836 Mark, für das Halbbauergut von 26,50 ha einen von 2738 Mark 79 Pfennigen heraus und meint dann, da die Halbkötnerstelle 33651 Mark, der Halbbauerhof 149559 Mark wert sei, so verzinse sich jene mit 5,45, dieser nur mit 1,82 Prozent; der Kötner würde also nicht gut thun, seine Stelle zu verkaufen und von den Zinsen zu leben, weil er von Wertpapieren weniger Zinsen erhalten würde, dagegen würde sich der Bauer besser stehen, wenn er es so machte; schon bei nur dreiprozentiger Verzinsung würde er 4486 Mark 77 Pfennige oder 1765 Mark 98 Pfennige mehr beziehen. Für ihn sei die Wirtschaft ein Luxus; hätte er nach Beendigung seiner Militärzeit die Zahlmeisterlaufbahn eingeschlagen, so würde er seinen Gehalt und dazu die obigen Zinsen beziehen. Darauf erwidert B.: „Hält der Sachverständige wirk-

solcher Beschaffenheit bei einem Preise von 400 Mark für den Hektar noch teurer bezahlt sei als eines in unsrer Gegend mit 1800 Mark für den Hektar.

lich die herausgerechneten 2738 Mark 79 Pfennige für den Reinertrag des Grundkapitals, so ist es geradezu eine Sünde, den Besitzer und seine Erben in dem Wahne zu bestärken, das Gut habe einen Wert von 149559 Mark. Sind denn die Leute im Kreise Peine so zahlreich, die für Halbbauerhöfe Luxuspreise zahlen? Kann der Besitzer diesen Preis erwarten, wenn er beim Verkauf offen und ehrlich den Hof als Luxusgut bezeichnet? Soll er bei der Ordnung des Erbgangs seinem Sohne oder Schwiegersohne das Gut nach diesem »heutigen wirklichen Verkaufswert« mit einem Voraus von etwa einem Drittel berechnen? Darf er selber, wenn ihn die Not drückt, Schulden machen wie ein Mann von 150000 Mark? Wie will er denn die Zinsen zahlen, wenn er nur die Hälfte dieser Summe aufnimmt? Der Sachverständige schwächt freilich seine Zinsberechnung durch folgende Bemerkung ab: »Man kann bei dieser Berechnung einwenden, daß ja der Besitzer des Halbbauerhofes nicht einen Sohn aufs Gymnasium zu schicken brauche, daß er auch noch an Getränken, Fleisch, Tabak sparen, kurz, mit der Hälfte der angegebnen Haushaltungsausgaben auskommen könne. Die Haushaltungsausgaben verdunkeln derartige Berechnungen sehr. Der Halbbauer hätte ja noch einmal so viel ausgeben können, und dann hätte er sogar Schulden gemacht.« Es ist wahr, die Haushaltungsausgaben sind ein wunder Punkt bei allen landwirtschaftlichen Reinertragsberechnungen, und man kann nur wünschen, daß zu ihrer Feststellung so viel als möglich zuverlässiges Material herbeigeschafft werde."

Ich gehe einen Schritt weiter und behaupte, alle Reinertragsberechnungen selbstwirtschaftender Gutsbesitzer sind Humbug oder Illusion, und die hohen Ziffern, die dabei herauskommen, sind so wenig wert wie die niedrigen. Es ist Unsinn, zu sagen, das Land

jenes Kötners verzinse sich mit 397 Mark für den Hektar. Was bewirkt, daß er am Ende eines Jahres 1836 Mark bar Geld in der Hand behält, das ist nicht ein wunderbar rentabler Boden, sondern sein und seiner Familie angestrengte Arbeit und ihre bescheidne, entbehrungsvolle Lebensweise. Es ist einfach unmöglich, den Wert der eignen Arbeit des Besitzers genau abzuschätzen und ihn gleich dem bar bezahlten Tagelöhnerlohn vom Rohertrage abzuziehn, und es ist eben so unmöglich, genau anzugeben, wie viel für standesgemäßen Unterhalt berechnet werden soll. Der eine braucht viel, der andre wenig, und jeder glaubt nur standesgemäß gelebt und keine überflüssigen Ausgaben gemacht zu haben. Wer will bestimmen, welche Cigarrensorte und welche tägliche Anzahl von Cigarren für den Mann, welcher Preis der Hüte und Kleider für die Frau standesgemäß ist, welche Möbel, Teppiche, Gardinen angeschafft, wie viel Zimmer möbliert werden dürfen, wie der Spazier-, Markt- oder Kirchwagen beschaffen sein, wie viel der Gymnasiast oder Student kosten soll, und bei kleinen Leuten, wie viel Butter den Kindern aufs Brot gestrichen werden darf? Zuletzt müßte auch noch bestimmt werden, wie viel Kinder je nach dem Werte des Gutes standesgemäß sind. Fest steht nur, daß, wer viel braucht, wenig übrig behält oder Schulden macht, und daß, wer bei verständiger Bewirtschaftung seines Gutes bescheiden und sparsam lebt, Aussicht hat, etwas übrig zu behalten; aber der Reinertrag des Gutes läßt sich durch solche Berechnungen nicht ermitteln. Es giebt nur einen einzigen Weg zur Ermittlung des Reinertrags oder der Grundrente, und der führt unbedingt sicher zum Ziele und schließt jeden Irrtum aus, das ist die Verpachtung. So viel ein Grundbesitzer für seinen Boden Pacht erhält, so viel wirft dieser Grundrente ab, und nach dem Pachtzins, der in einer Gegend gezahlt wird,

nach diesem allein, ist auch die Grundrente der nicht verpachteten Güter von derselben Bodenklasse und von gleichem Verkehrswert zu bestimmen, nach nichts anderm. Wenn der Pächter eines Gutes 60 Mark für den Hektar zahlt, und der Hektar in einer Zeit mittlerer Getreidepreise 1200 Mark gegolten hat, so verzinst sich das in landwirtschaftlichem Grund und Boden angelegte Kapital zu 5 Prozent. Und wenn der selbstwirtschaftende Nachbar dieses Pächters, obwohl er gleich guten Boden hat, behauptet, seiner werfe keine Rente ab, so ist das Unsinn. Entweder hat der Mann zu hoch bezahlt, und die den Gutswert übersteigenden Schulden verschlingen die Rente, oder er versteht die Wirtschaft nicht und hat deswegen einen geringen Rohertrag, oder er verbraucht seine Grundrente. Natürlich darf er das, und niemand hat ein Recht, ihm daraus einen Vorwurf zu machen, er selbst aber hat auch nicht das Recht, zu behaupten, die Landwirtschaft rentiere nicht. Als Landrente nur die Summe gelten lassen, die der selbstwirtschaftende Gutsbesitzer am Ende des Jahres als baren Überschuß in der Hand behält, das ist gerade so, wie wenn ein Beamter, der von seinem Gehalt nichts übrig behält, sagen wollte, er kriege keinen Gehalt. Wendet der Gutsbesitzer ein: Ja, aber ich habe doch ein Anlagekapital in dem Gute stecken, dessen Verzinsung ich zu fordern habe, so muß man ihm erwidern: Würdest du denn beim heutigen Zinsfuß mit den Zinsen von — sagen wir 100000 Mark — so leben können, wie du heut lebst? Ein Herrenhaus, einen Park und Equipage haben? Gar nicht zu reden von den Rebhühnern und Fasanen, die der Abgeordnete von Schalscha einmal für eine ganz selbstverständliche und wertlose Zugabe erklärt hat. Wir sind weit entfernt davon, dergleichen den Gutsbesitzern zu beneiden; wir gönnen ihnen von Herzen alles Gute, das ihnen ihr Stand

bietet, und wenn wir etwas bedauern, so ist es allein dieses, daß sich nicht eine weit größere Zahl von Volksgenossen derselben gesunden, freien und glücklichen Lebensweise erfreuen kann, nur müssen sie uns nicht zumuten, daß wir alle diese schönen Dinge für wertlos halten sollen; in unsrer kapitalistischen Gesellschaftsordnung hat jedes veräußerbare Gut Geldwert, und wenn sie das Wild und Geflügel, das sie selbst verzehren, statt dessen zum Händler schickten, so würde dies eine kleine Erhöhung des Reinertrags bilden. Die Kleinbäuerin, die vor fünfzig Jahren meinen Eltern die Kaffeemilch brachte — ihr Mann und ihre Söhne mußten noch zu Hofe gehn —, würde es für sündhafte Verschwendung angesehen haben, wenn sie ihren Kindern Butter auf das Brot gestrichen hätte; statt dessen bekamen sie Runkelrübensaft. Die Milchfrau, die wir jetzt haben, ist auch eine Kleinbäuerin, und deren Töchterchen sagte neulich, als sie bei uns ein Kotelette braten sah, da thut meine „Mama" Eier dran. Natürlich berede ich es noch weniger den Kleinbauern, daß sie es heute besser haben, aber ich sage nur, was so manche der Bauersfrauen sagt, mit denen ich hie und da zusammenkomme: Früher haben wir weniger eingenommen und sind besser ausgekommen. Indes, pflegen sie hinzuzufügen, es geht nicht anders; sagen wir unsrer Tochter, dies oder jenes sei überflüssig, so antwortet sie: Mutter, heut sind andre Zeiten; ich kann nicht schlechter einhergehn als unsre Magd. Manchmal unterliegt freilich auch die Mutter selbst der Eitelkeit — nicht für ihre eigne Person. In unsrer Gegend tragen die Bauerfrauen noch die Tracht des vorigen Jahrhunderts: Pelzkappen auch im Sommer. (Die in andern Gegenden Schlesiens gebräuchlichen bunten goldgestickten Kappen mit breiter steifer Spitze sind vollständig verschwunden.) Kommt da vor sechs Jahren ein solches Mütterchen in einen

Putzmacherladen. Wos kust su ene Fader? — Das ist eine echte Straußenfeder, die kostet zwanzig Mark. — Do war ich se koofn; ich ho mener Tochter a bloosomtnes Kleed machen lohn; dozu sohl se en bloosomtnen Hut kriegen, und do werd die Fader grode gut druf stiehn.

Da nun also die Pacht nichts andres als die Grundrente ist, so läßt es sich schwer begreifen, wie akademisch und praktisch zugleich gebildete Landwirte zum Beweise dafür, daß die Landwirtschaft nicht mehr rentiere, Pachtgüter anführen können, die eben dadurch, daß sie Pachtgüter sind, das Gegenteil beweisen. Im dritten Bande des Jahrgangs 1897 der Grenzboten kritisiert der schon erwähnte Mitarbeiter B. einen solchen ungeheuerlichen Beweis. Der Amtsrat Hoppenstedt will in einem Aufsatze: „Die Preise in ihrer Einwirkung auf die landwirtschaftliche Rente“ beweisen, daß „von einer Rente in den meisten Wirtschaften nicht mehr die Rede ist,“ und führt zu diesem Zweck vier Domänen an, deren Pächter 16500 bis 39500 Mark Pacht zahlen, von denen also der Fiskus eine ganz ansehnliche Rente zieht. Das versteht sich ja, wie B. richtig bemerkt, ganz von selbst, daß bei sinkendem Getreidepreis gewöhnlich der Reinertrag abnimmt (durchaus nicht immer, da der Preisrückgang durch reichlichern Ernteertrag ausgeglichen werden kann und oft ausgeglichen wird). Und daher kann man Hoppenstedt schon glauben, daß den vier Pächtern bei den Preisen von 1892 ein Überschuß von 23286, 11529, 6110 und 10429 Mark, bei denen von 1895 aber nur ein solcher von 6286, 4464, 681 und 3880 geblieben ist. Daraus folgt aber natürlich nicht, daß Landgüter keine Rente mehr bringen, sondern erstens, daß der Pächter in den fetten Jahren etwas für die magern Jahre aufsparen muß, die bei der von Naturereignissen und auswärtigen Konjunkturen abhängigen Land-

wirtschaft von Zeit zu Zeit stets wiederkehren, und zweitens, daß, wenn eine längere Reihe von magern Jahren eintritt, der Domänenfiskus sich mit einer geringern Rente begnügen muß; da wir die Größe der Güter nicht angegeben finden, so können wir nicht beurteilen, ob der Pachtzins dem heutigen Zinsfuß entspricht; wahrscheinlich steht er hoch darüber. In England, wo die Pacht vorherrscht, ist, wie wir schon oben bemerkten, durch Pachtnachlässe das Gleichgewicht in der durch den gewaltigen Preisfall erschütterten Landwirtschaft wieder hergestellt worden. (In England wurde der Getreidepreis in der Zeit, wo er bei uns am tiefsten stand, durch Volksvermehrung und Schutzzölle hochgetrieben. Die dortige Preisbewegung unterscheidet sich daher wesentlich von der in Deutschland; während sie hier unter starken Schwankungen aufwärts ging, bis der Preis Anfang der siebziger Jahre seinen höchsten Stand erreichte, und dann wieder unter Schwankungen abwärts, sind die Preise in England ganz stetig gesunken; der Weizenpreis von 364 Mark für die Tonne in der Zeit von 1816 bis 1820 auf 147,8 Mark im Jahre 1890.)

Kl. hat auf meine Frage, bei welchem Pachtzins ein Pächter heute noch bestehen könne, geantwortet: Der Großpächter bei 15, der Kleinpächter bei 20 Mark für den Morgen. (Der Kleinpächter ist in der Lage, einen Teil des ihm gebührenden Arbeitslohns opfern zu können, darum kann er mehr zahlen; er thut es, weil ihm die Unabhängigkeit, die eine selbständige Ackerwirtschaft gewährt, über alles geht.) Da nun auch in der Zeit der hohen Preise vorsichtige und solide Landwirte beim Kauf von Rittergütern in guten Gegenden Schlesiens nicht mehr als 120 bis 150 Thaler für den Morgen gaben,*) so bedeutet der

*) Liebhaberpreise kommen nicht in Betracht; so kaufte

heutige Pachtpreis eine $3^1/_3$- bis $4^1/_6$prozentige, also dem heutigen Zinsfuß immer noch angemessene Verzinsung.*) Daß Güter häufig über den Wert bezahlt werden, halte ich mit angesehenen Agrarschriftstellern für an sich zulässig, wofern nur die Überzahlung nicht alle vernünftigen Grenzen übersteigt und nicht eine um sich greifende Manie des Überzahlens zum Güterschacher führt. Warum soll nicht in der Landwirtschaft, die doch nun einmal in unsrer kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein Gewerbe wie andre Gewerbe ist, eine zu erwartende Gewinnsteigerung so gut eskomptiert werden wie anderswo? Und im allgemeinen gereicht dieses Eskomptieren der Landwirtschaft wie der Volkswirtschaft zum Nutzen, denn es sind meistens junge, rührige, intelligente und tüchtige Landwirte, die gewagte Preise zahlen, und die dann durch Verbesserungen und durch unermüdlichen Fleiß den Ertrag in einem Grade steigern, daß sie nicht allein durchkommen, sondern Vermögen erwerben. Das Gleiche gilt von Landwirten, die mit unzulänglichen Mitteln pachten. Kl. selbst hat im Jahre 1878, also gerade

---

in den sechziger Jahren ein hoher Herr in waldiger Gegend zwischen Jauer und Schönau eine Herrschaft zusammen bloß der Jagd wegen; seinem Agenten sagte er, daß er eine höhere als einprozentige Verzinsung nicht beanspruche.

*) Daß die Grundrente sinkt, bezeichnet Kl. als eine erfreuliche Erscheinung. Denn das Sinken beruhe darauf, daß allen Arbeitenden ein höherer Anteil zufalle. (Da der Rohertrag zwischen Kapital und Arbeit geteilt wird, bewegen sich die Anteile beider natürlich entgegengesetzt, bedeutet Erhöhung des Arbeitslohns Minderung der Rente und umgekehrt.) Es sei doch besser fürs Volk im ganzen, wenn sich die Lebenshaltung von neunundneunzig Personen auf Kosten einer Person hebe als umgekehrt. Daß die eine Person, wenn sie ein Gutsbesitzer ist, der zu teuer gekauft hat, nicht bloß Einbuße leidet, sondern ihren Besitz ganz verliert, sei ein individuelles Unglück, das sich nicht verhüten lasse.

beim Beginn der Periode der sinkenden Preise, sein 1600 Morgen großes Gut, was ganz unglaublich klingt, als blutjunger Mann, ohne einen Pfennig Vermögen mit 100000 Mark geliehenem Betriebskapital übernommen und zahlt an Pacht 24 Mark pro Morgen. Und Sie kommen durch? fragte ich. Ich muß doch wohl, erwiderte er lachend. Es ist allgemein anerkannt, daß er sich in guten Verhältnissen befindet; er hat nicht allein seine Schulden bezahlt, sondern auch ein Vorwerk gekauft, das er neben seinem Pachtgut bewirtschaftet, und das alles in dieser Periode sinkender Kornpreise und steigender Arbeitslöhne. Das wird ihm nun freilich nicht leicht einer nachmachen, aber Wagemut etwas geringern Grades ist auch bei einem Landwirt kein Fehler, nur muß ein solcher, wenn das Wagnis mißlingt, nicht die schlechten Zeiten anklagen, über die Not der Landwirtschaft Reden halten und nach Staatshilfe schreien. Die Herrschaft, die der verstorbne Staatsminister Friedenthal zusammengekauft hat in einer Zeit, wo die Rittergutsbesitzer wahrhaftig nicht durch schlechte Kornpreise von der Scholle getrieben wurden, besteht aus vierzehn oder mehr Rittergütern. Deren Areal ist größtenteils parzellenweise verpachtet, und es hat der Friedenthalschen Verwaltung noch niemals an Pächtern gefehlt. Daß sie in neuerer Zeit mit etwas niedrigerm Pachtzins vorlieb nimmt, ist ganz in der Ordnung. In einem der Dörfer dieser Herrschaft erhält jedoch das Dominium, obwohl es den schlechtesten Boden hat, immer noch mindestens 18 Mark; für den bessern Kirch- und Bauernacker*) zahlen die kleinen Wirte 24 bis 30 Mark. Ein mir seit neunzehn Jahren persönlich

*) Verständigerweise verpachten größere Bauern einen Teil ihres Areals, weil sich das verkleinerte Gut besser intensiv bewirtschaften läßt, und weil sie Leute sparen.

bekannter Großgärtner zahlt sogar für Dominialacker 24 Mark und für einen Morgen Bauerwiese 36 Mark. Angesichts dieser Thatsache muß es doch als die unverschämteste aller Lügen bezeichnet werden, daß das in landwirtschaftlichen Grundstücken angelegte Kapital nicht rentiere. Wird gesagt: die Landwirtschaft rentiere schlecht, und meint man damit, der Landwirt müsse sich heut mehr als vor dreißig Jahren plagen, um über den Pachtzins oder über die Zinsen seines Anlage- und Betriebskapitals hinaus einen Überschuß zu erzielen, so läßt sich das nicht bestreiten. Nur ist der gewählte Ausdruck ungenau und irreführend. Auch müssen wir es für ungenau erklären, wenn Brentano („Agrarpolitik" I S. 72) nach James Anderson schreibt: „Die Grundrente ist die Prämie für die Erhaltung und Vermehrung der Fruchtbarkeit des Landes auf dem Wege der Melioration. Sie ist aber ferner eine Prämie für die Wahl des den jeweiligen Verhältnissen entsprechenden Intensitätsgrads der Wirtschaft, für den Übergang von extensiver zu intensiverer Wirtschaft, sobald ihn das Verhältnis zwischen dem Preis der Produkte und den Produktionskosten gestattet. Sie ist ferner eine Prämie für den Übergang von einer minder zu einer mehr rentabeln Art der Produkte und zur Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte an Stelle der bloßen Rohproduktion." Nicht die Rente ist diese Prämie, sondern der Überschuß, den der Wirt für sich erzielt. Ist er Pächter und muß also die Rente abführen, so ist diese doch wahrhaftig keine Prämie; als Stachel zum Fortschritt und zum Fleiß wirkt sie allerdings, wenn sie gesteigert wird, indem sie zu größern Anstrengungen zwingt. Die Rente für sich allein kann gerade eine Ursache sein, daß Verbesserungen unterbleiben, ja daß der Boden entwertet wird, z. B. wenn ein Magnat so reich ist, daß er sich mit der Rente eines Teils

seiner Besitzungen begnügen kann und den übrigen Teil des Jagdvergnügens wegen wüst liegen läßt. Und der Übergang zu einer andern Art von Produkten verdient keineswegs immer eine Prämie; der Teufel mag die englischen Landlords dafür prämiieren, daß sie, weil ihnen die Schafwolle mehr brachte als der Zins kornbauender Pächter, diese vertrieben und das englische Proletariat geschaffen haben.

Indes, lassen wir den Nutzen der Grundrente dahingestellt sein! Hier kommt es uns nur darauf an, zu zeigen, daß sie vorhanden ist, auch heute noch und in unserm deutschen Vaterlande vorhanden ist. Die Agrarier haben sich durch ihre Übertreibungen bei den Besonnenen um allen Kredit gebracht: sie haben sich nicht gescheut, in ihren Organen Schauermären zu verbreiten, z. B. von einem ganzen zu Grunde gegangnen Dorfe, von einem Pfarrer, der seine Gemeinde zu verlassen gezwungen worden sei, weil sein Acker nichts mehr einbrächte, Geschichtchen, an denen kein wahres Wort war, wie die an Ort und Stelle eingezognen Erkundigungen bewiesen haben. Dafür fehlt es nicht an Geschichten ganz andrer Art, die unzweifelhaft wahr sind. So schreibt, wie ich in Nr. 304 (Erstes Morgenblatt) der Frankfurter Zeitung lese, der bekannte Professor Lehmann-Hohenberg in Kiel, er habe von Herrn Klapper das Gut Sillginnen in Ostpreußen um 1160000 Mark gekauft, und Herr Klapper habe ihm gesagt, daß es sich ihm mit fünf bis sechs Prozent verzinst habe; das stehe in einem merkwürdigen Gegensatz zu den sonstigen Auslassungen des Herrn Klapper. Es ist dieses nämlich derselbe Herr Klapper, der die Korrespondenz des Bundes der Landwirte herausgiebt und in jeder Nummer beweist, daß die Landwirte mit Unterbilanz arbeiten. In dasselbe Kapitel gehört das Geschichtchen von einem Grafen hiesiger Gegend, der vor ein paar Jahren

mit 40000 Mark zur Steuer eingeschätzt wurde, in seiner Berufung dagegen 6000 Mark Einkommen angab, dem aber dann die Berufungskommission 60000 Mark Einkommen vorrechnete. In andern Gegenden scheinen die Einschätzungs- und Berufungskommissionen gläubiger zu sein; einige Rittergutsbesitzer von bekanntem Namen sind von der Einkommensteuer befreit worden, weil sie „gar kein Einkommen" bezögen. Es wäre interessant, zu erfahren, wie diese Herren gerechnet haben. In der Stadt wohnen gar viele Leute, die über die Befriedigung ihrer Bedürfnisse hinaus wirklich „gar kein Einkommen" haben und doch Einkommensteuer zahlen müssen. Von einem Herrn, dem vier Rittergüter gehören, habe ich zufällig erfahren, daß ihm von dem Gute, auf dem er wohnt, sein Rentmeister voriges Jahr 55000 Mark Reinertrag abgeführt hat. Man kann diese 55000 Mark als Rente bezeichnen, da der Besitzer durch seinen Gesundheitszustand gehindert ist, selbst zu arbeiten und alles seinen Leuten überlassen muß, sich also ungefähr in der Lage eines Besitzers befindet, der seine Wirtschaft, mit Ausnahme des Wohnhauses, verpachtet hat. Nun war ja freilich der Kornpreis voriges Jahr wieder gestiegen. Wie viel der Rentmeister in den wohlfeilen Jahren abgeliefert hat, weiß ich nicht. Der Preis stand voriges Jahr sowohl beim Roggen wie beim Weizen ungefähr um drei Mark für den Doppelzentner höher als im wohlfeilsten Jahre, 1894. Das Gut ist 500 ha groß. Nehmen wir denselben Preisunterschied für alle Körnerfrüchte an, und nehmen wir an, daß 250 ha mit Körnerfrüchten bestanden seien (was ein wenig unter dem Durchschnitt ist, der im Jahre 1893 nach S. 124 der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, Jahrgang 1894, viertes Heft, 54,37 Prozent der landwirtschaftlich benutzten Bodenfläche betragen hat); nehmen wir ferner als

durchschnittlichen Ertrag auf den Hektar zwanzig Doppelzentner an (was weit über den Durchschnitt geht; nach S. 212 des genannten statistischen Vierteljahrshefts hat in Mittelschlesien, wozu das fragliche Gut landwirtschaftlich gerechnet werden muß, die gute 1893er Ernte 14,9 Doppelzentner Winterweizen, 13 Sommerweizen, 12,5 Sommerroggen, 7,5 Winterroggen geliefert), so ergiebt das — gleiche Mengen vorausgesetzt — 15000 Mark Minderertrag. Mit 40000 Mark Einkommen läßt sich auch noch leben.

Man könnte als Beweis für die Rentabilität der Landwirtschaft und gerade des Körnerbaues auch den Umstand anführen, daß die Anbaufläche und gerade auch die der Körnerfrüchte stetig gestiegen ist, und in noch höherm Grade der Ertrag, daß also der Anbau immer intensiver, das bedeutet auch immer kostspieliger geworden ist. Nach S. 118 der statistischen Vierteljahrshefte von 1894 hat sich die Fläche des Acker- und Gartenlandes in der Zeit von 1883 bis 1893 von 26177350,6 ha auf 26243213,6 ha vergrößert, und zwar ist nach S. 126 gerade die Anbaufläche der beiden Früchte gestiegen, deren Preisrückgang so sehr beklagt wird: die des Weizens von 1819248,2 auf 2044903,6, die des Roggens von 5950150,6 auf 6016034,8 ha, wogegen sie allerdings in den nächsten beiden Jahren ein wenig zurückgegangen ist: beim Weizen auf 1930830, beim Roggen auf 5893596 ha, sodaß sie bei der zweiten Frucht ein wenig unter der von 1883 steht. Dagegen hat die Erntemenge trotz (unbedeutend) verminderter Anbaufläche immer noch zugenommen, und zwar ganz stetig, nur daß sich das außerordentlich fruchtbare Jahr 1893 und das schlechte Jahr 1895 bemerkbar macht. Die Zahlen für Roggen lauten: für den Durchschnitt der Jahre 1882 bis 1891: 5735857; 1892: 6827712; 1893: 7460383; 1894: 7075020; 1895: 6595758; 1896: 7232320. Die ent-

sprechenden Zahlen für Weizen lauten: 2558175, 3162885, 2994823, 3012271, 2807557, 3008385. Also wir könnten aus diesen Zahlen steigende Rentabilität folgern, wollen uns aber in diesem Falle lieber ausnahmsweise einmal dem Agrarischen Handbuch anschließen, das S. 39 schreibt: „Diese Statistik ist ein lebhaftes Zeugnis für die Widerstandsfähigkeit und Thatkraft unsrer Landbevölkerung, daß sie trotz aller Ungunst der Zeiten beharrlich auf der Bahn der intensiven Bodenkultur fortgeschritten ist." Welchem Umstande sind diese Vorzüge unsrer Landbevölkerung wohl zu danken? Ganz allein dem Umstande, daß sie zu einem so großen Teil aus mittlern und kleinen Besitzern besteht. In England, wo das kapitalistische System auch in der Landwirtschaft vollkommen durchgeführt ist und die kleinen Besitzer schon im Beginn unsers Jahrhunderts geschwunden waren, ist der Anbau immer genau und augenblicklich der Rentabilität gefolgt. Lohnte Wolle mehr als Korn, so verwandelte man die Äcker in Weide und Wiese, im umgekehrten Falle verfuhr man umgekehrt. Als im Anfange unsers Jahrhunderts die Kontinentalsperre und der diese ablösende Schutzzoll in Verbindung mit starker Volksvermehrung den Weizenbau sehr einträglich machten, wurde die Weizenfläche bedeutend ausgedehnt; in dem Maße als später die Preise fielen, schrumpfte sie wieder zusammen. In Deutschland haben wir so viele Mittel- und Kleinbauern, die aus dem Boden zunächst ihre eigne Nahrung im buchstäblichen Sinne des Wortes ziehen, daß der Erlös aus verkauften Produkten für sie erst in zweiter Linie in Betracht kommt, eine Verminderung dieses Erlöses also kein Grund für sie ist, davonzulaufen und zu einem andern Gewerbe überzugehn. Und sowohl diese kleinen Wirte wie auch viele größere sind mit dem Boden, mit ihrem Hofe, mit ihrer Lebensweise und ihrem Gewerbe so

verwachsen, daß sie nur die härteste Notwendigkeit bewegen kann, die väterliche Scholle zu verlassen.*) Immerhin darf man die Anbau- und Ernteststatistik als einen Beweis dafür ansehen, daß der Körnerbau auch auf Gütern, die ihre ganze Ernte verkaufen, wenigstens noch möglich sein muß; daß er Rente abwirft, könnte man mit ihr allein noch nicht beweisen; es ist aber, wie oben gezeigt wurde, durch die Thatsache der Verpachtung zu immer noch hohen Preisen erwiesen.

Für sich allein können niedrige Getreidepreise schon darum den Ackerbau nicht unrentabel machen, weil sie ihrer Natur nach vorübergehend sind. In einer Hinsicht allerdings hat sich ihre Natur, wie

*) Vor einigen Jahren, als wieder einmal der Untergang der gesamten deutschen Landwirtschaft mit betäubendem Lärm als unmittelbar bevorstehend angekündigt wurde, erließ der Freigutsbesitzer Leutnant Franke in Schmolitz hiesigen Kreises in der Neißer Zeitung eine kurze Erklärung, worin es hieß: sein Gut befinde sich laut den noch vorhandnen Urkunden beinahe 400 Jahre im Besitz seiner Familie und habe sich in dieser langen Zeit ununterbrochen vom Vater auf den Sohn vererbt. Mit dem gesamten Vaterlande habe natürlich auch seine Familie gute und schlechte Zeiten durchgemacht, darunter weit schlechtere, als die heutigen seien, aber sie habe ihre Ehre darein gesetzt, den väterlichen Besitz zu behaupten, und so sei es ihr denn auch gelungen; sie sei eben in schlechten Zeiten nicht fortgelaufen, und in guten habe sie die sich darbietenden Gelegenheiten, das Gut um einen hohen Preis zu verkaufen, verschmäht. (Wie wir erfahren, könnte der Besitzer auch heut noch einen schönen Preis erzielen, da es trotz der „mangelnden Rentabilität der Landwirtschaft“ an Liebhabern für das Gut in der Nachbarschaft nicht fehlt.) Am 6. März dieses Jahres hat der genannte Gutsbesitzer einer Magd, die der Familie vierzig Jahre lang gedient hat, ein sehr schönes Fest veranstaltet; ein nicht ganz gleichgiltiger Charakterzug im Leben einer Gutsbesitzerfamilie, der ihre Wirtschaft und ihr Grundbesitz noch etwas andres und etwas mehr sind als eine Erwerbsgelegenheit.

namentlich Buchenberger hervorhebt, geändert. Früher waren sie regional und hingen ausschließlich vom Ernteausfall ab: gute Ernten brachten niedrige, Mittelernten mittlere, schlechte Ernten hohe Preise und Mißernten Hungersnöte. Heut macht die Welternte den Preis, und es kann für ein Land der Fall eintreten, daß seine Landwirte bei eigner guter Ernte hohe, bei eigner schlechter Ernte niedrige Preise erhalten. Aber vorübergehend bleiben abnorm niedrige Preise auch heute noch. Die Ausdehnung des Getreidebaues in wenig bevölkerten Ländern, die der Bevölkerungszuwachs in Ländern alter Kultur zugleich erzwingt und ermöglicht, hat ihre natürlichen Grenzen. Die Zeit, wo man in Nordamerika Land umsonst oder um eine kleine Rekognitionsgebühr bekam, sind vorüber; der Acker muß heut bezahlt werden, und die Farmer klagen über wachsende Verschuldung; sie können also ihr Getreide nicht um einen Spottpreis verkaufen, und je stärker die Bevölkerung der Vereinigten Staaten wächst, desto weniger bleibt für die Ausfuhr übrig. Raubbau kann auch nicht auf demselben Boden jahrzehntelang mit Erfolg betrieben werden; man muß allmählich zu intensiver, also kostspieliger Kultur übergehn. Und die Grenze, bei der überhaupt noch Weizen für den Export gebaut werden konnte, war um 1895 erreicht; bei längerm Tiefstand würde in den Vereinigten Staaten die Anbaufläche für Weizen vermindert und dadurch der Preisdruck gehoben worden sein. Rußland würde nach gesunden volkswirtschaftlichen Grundsätzen gar kein Getreide für den Export übrig haben, denn sein Volk leidet an beständiger Unterernährung. Wenn der Staat nicht an innerlichem Verfall zu Grunde gehen soll, muß die Regierung darauf hinwirken, daß das Getreide im Lande bleibt; hat sie sich ja doch auch wirklich schon zu Ausfuhrverboten genötigt gesehen; auch schon die

gewaltsam beförderte Industrie, die immer größere Menschenmengen dem Ackerbau entzieht und zu Brotkäufern macht, wirkt auf die Verminderung des Exports hin. Indien leidet ebenfalls an Hungersnöten, und sein vorübergehend starker Weizenexport ist schon wieder gefallen und hat aufgehört, preisdrückend zu wirken. (Nach England hat es 1889/90 über 9 Millionen, 1891 13 Millionen, 1894 nur noch 5 Millionen Zentner verschickt; Amerika hat eben dahin im Jahre 1894 27 Millionen Zentner Körner und 17 Millionen Zentner Mehl geliefert.) Überhaupt, meint Kl., kämen die tropischen und subtropischen Länder als Getreidekonkurrenten nicht ernstlich in Betracht; nur die Konkurrenz von Argentinien werde noch eine Zeit lang fortdauern (Argentinien hat 1894 13,3 Millionen Zentner Weizen nach England geliefert), bis sie dieselbe natürliche Entwicklung, wie die in Nordamerika, zum Stillstande bringt. Also für sich allein können niedrige Getreidepreise, schon weil sie vorübergehende Erscheinungen sind, keine Krisis der Landwirtschaft und des Grundbesitzes hervorrufen, und die bald mäßigen, bald niedrigen Preise *unsrer* Zeit können dies um so weniger, als sie durch den gesteigerten Ertrag ausgeglichen werden. Sie wirken heute wie in den zwanziger Jahren nur deswegen stellenweise verhängnisvoll, weil vielfach die abnorm hohen Preise der vorhergehenden Jahrzehnte der Schätzung der Landgüter zu Grunde gelegt und viele Güter nach dieser Schätzung und sogar noch darüber hinaus bezahlt worden sind. Wenn trotz der sinkenden Getreidepreise die Landgüterpreise bis in die achtziger Jahre noch gestiegen und auch heute noch nicht wesentlich heruntergegangen sind,*) so ist das einerseits ein

*) Im Amtsgerichtsbezirk Canth hat nach Böniſch ein Bauerngut von 120 Morgen gegolten: in den zwanziger

Beweis dafür, daß sich unsre Landwirte der schwierigern Lage immer noch gewachsen fühlen, und daß ihr Gewerbe trotz allem noch rentiert,*) andrerseits ein Beweis für die rühmliche Anhänglichkeit unsrer ländlichen Bevölkerung an den heimischen Boden, die bei steigendem Volkszuwachs Landhunger erzeugt und zur Zahlung oft überhoher Preise zwingt. Die Entvölkerung einzelner Gegenden, namentlich Mecklenburgs und Pommerns, kommt ganz allein daher, daß dort zu viel Land gebunden und für kleine Leute käufliches nicht vorhanden ist.

Damit kommen wir zu den beiden Ursachen, die eine wirklich ernste Krisis des Bauernstandes zwar vorläufig noch nicht hervorgerufen haben, aber in nicht zu ferner Zukunft hervorrufen können. In „Weder Kommunismus noch Kapitalismus“ habe ich an einem Schema gezeigt, daß und wie in einem Lande mit aufgeteiltem Boden bei stetig steigender Volkszunahme, also sich regelmäßig wiederholender Erbteilung alle mittlern und größern Gutsbesitzerfamilien im Laufe von zweihundert Jahren verschwinden oder bankrott werden müssen, wenn man nicht zu dem unnatürlichen Mittel der Majorate greift. Vier- bis sechsmalige Halbierung, Drittelung, Vierteilung löst bei Naturalteilung die Güter in Zwergbetriebe auf und erdrückt sie durch Schulden bei Ab-

---

Jahren 2500, um 1850: 4000, 1865: 14000 bis 16000, nach 1870: 24000 bis 27000 Thaler, und ist seit 1889 noch eine solche Steigerung der Bodenpreise eingetreten, daß der Morgen mit 750 bis 1000 Mark bezahlt wird.

*) Trotzdem, schreibt Bönisch, „gehören Fälle von Vermögensverfall und Zwangsversteigerung immer noch zu den seltensten Vorkommnissen.“ Dasselbe wird uns aus der Gegend von Liegnitz von einem Kenner der dortigen Verhältnisse geschrieben; daß es auch für die hiesige Gegend gilt, ist schon bemerkt worden.

findung der Miterben: die Geometrie und die Arithmetik sind unerbittlich. Nun besitzen unsre Bauern ihre Güter als freies, verschuldbares und teilbares Eigentum erst durch drei Generationen, und zwei Generationen hindurch ist der Wert ihrer Güter gestiegen, in der zweiten so bedeutend, daß er, wie wir eben gesehen haben, in den siebziger Jahren auf dem Zehnfachen der zwanziger Jahre stand. Bei solcher Wertsteigerung, die doch kapitalisierte Ertragssteigerung ist, war es natürlich leicht, auch eine größere Zahl von Kindern entweder durch Kapitalzahlung abzufinden oder dadurch, daß man die überzähligen Söhne etwas lernen ließ, was Geld kostete. Wenn jetzt aber der Ertrag stehen bleibt, beginnt das arithmetische Gesetz zu wirken. Bönisch schreibt: „Als eine Folge des Hinauftreibens der Preise ergiebt sich, daß das Überlassen des Gutes zu einem Vorzugspreise, wie er bis in die sechziger Jahre, meist als Minorat, die Regel war, mehr und mehr dem öffentlichen Verkauf an Fremde weichen muß. Das den einzelnen Geschwistern zufallende größere Erbteil wirkt nun seinerseits wieder in der Richtung einer Verstärkung der Nachfrage nach Land, wodurch es dem Einzelnen immer schwerer wird, zu eignem Grundbesitz zu gelangen.“ Verdeutlichen wir uns den hier bloß angedeuteten Prozeß! Die Väter der vorigen Generation konnten den Hof ihrem jüngsten Sohne zu einem Vorzugspreise überlassen, indem sie dessen Geschwister teils bei Lebzeiten mit ihren aufgesparten Jahresüberschüssen ausstatteten, teils dem Gutserben die Auszahlung von Kapitalien, d. h. die Aufnahme von Hypotheken zur Pflicht machten, und der Gutserbe konnte die Hypothekenzinsen bequem zahlen. Den Vätern der jetzigen Generation fällt die Regelung schwer. Sie haben das Gut schon verschuldet übernommen, und eine weitere Verschuldung bei noch-

maliger Erbteilung würde den Übernehmer um ſo wahrſcheinlicher erdrücken, da eine neue Periode ſteigender Rentabilität nicht in Ausſicht ſteht. Da aber die Güter immer noch hoch bezahlt werden, ſo läßt ſich aus der Verlegenheit noch leidlich herauskommen: man verkauft das Gut und teilt das Geld; dabei kommt auf jedes Kind ſo viel, daß es damit noch ein kleineres Gut bezahlen und die ſoziale Stellung der Eltern leidlich behaupten kann. Nur iſt es leider nicht ſo leicht, ein kleineres Gut zu bekommen, denn für die vorhandnen kleinern Güter ſind eben auch ſchon Erben vorhanden, und neue Güter zu ſchaffen iſt ſelbſt dann nicht leicht, wenn größere Bauergüter zerſchlagen werden, was allerdings vorkommt. Ein Breslauer Güterſchlächter, deſſen Wirkſamkeit Böniſch beſchreibt, zerſchlägt ſeit einer Reihe von Jahren alljährlich zwanzig bis vierzig Bauergüter. Dieſe Zerſchlagungen dienen aber nicht durchweg zur Befriedigung des Bedürfniſſes der Bauernſöhne von mäßigem Vermögen, da ein Teil des frei werdenden Landes von Großbauern und Rittergutsbeſitzern erſtanden zu werden pflegt. So hat dieſer Prozeß zwar in dem von Böniſch beſchriebnen Bezirk zur Vermehrung der kleinbäuerlichen Stellen geführt, aber leider auf Koſten der Bauernſchaft.*) Dabei zeigen, ſchreibt Böniſch, „die größern unter den Ruſtikalen ein ſtetes und eifriges Ausdehnungsbeſtreben, ſodaß einzelne Ruſtikalgüter be-

*) In der Zeit von 1865 bis 1895 iſt die Zahl der ſelbſtändigen Kleinbauern von 500 auf 599, die der unſelbſtändigen (d. h. nicht von Landwirtſchaft ausſchließlich lebenden) von 584 auf 618, die der Großbauern von 37 auf 38 geſtiegen, die der Bauern aber von 165 auf 145 gefallen; die der Rittergüter iſt zwar gleich geblieben (35), aber ihr Anteil am Land iſt von 48,31 auf 48,98 Prozent geſtiegen.

reits 600 bis 800 Morgen umfassen; diesen beredten Zahlen gegenüber ist die Befürchtung jetzt kaum noch zu unterdrücken, daß das vollständige Verschwinden des eigentlichen Bauernstandes nur noch eine Frage der Zeit sei." Durch die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezählung vom 11. Juni 1895 wird diese auf der Landbewegung eines kleinen Bezirks beruhende pessimistische Auffassung vor der Hand zwar noch nicht ganz gerechtfertigt, aber die leise Tendenz zu einer Bewegung in der von Bönisch nachgewiesenen Richtung tritt doch schon deutlich genug hervor. In dem „die Landwirtschaft im Deutschen Reiche" behandelnden und in diesem Jahre erschienenen Bande des Kaiserlichen Statistischen Amtes finden wir S. 9—11 folgende Ergebnisse. In der Zeit von 1882 bis 1895 ist sowohl die Zahl als auch die Gesamtfläche fast aller Betriebe, sowohl der Zwergbetriebe unter 1 ha als der kleinen über 2 ha, der mittlern und der großen gestiegen. Eine Abnahme ist nur in folgenden Klassen festzustellen. Die Betriebe von 1—2 ha sind der Zahl nach von 738515 auf 707235 und der Fläche nach von 1047980 auf 997803 ha zurückgegangen. In der Klasse von 20—50 ha hat die Zahl von 239887 auf 239643 und die Bodenfläche von 7176129 auf 7113231 ha abgenommen; in der Klasse 200—500 ha beträgt der Rückgang der Zahl 9814 auf 9631, der der Fläche 3159900 auf 3079014 ha; in der Klasse von 500—1000 ha hat die Zahl abgenommen (von 3629 auf 3608) dagegen, ist ihre Gesamtbodenfläche gestiegen von 2379071 auf 2405427 ha. Bei denen über 1000 ha ist sowohl die Zahl als die Fläche gestiegen. Daß sich in der angegebnen Zeit die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe vermehrt hat (von 5276344 auf 5558317), erklärt sich einerseits aus den privaten Parzellierungen, die vorzugsweise wegen Erbteilung vorgenommen werden,

aus der Begründung von 1784 Ansiedlerstellen in Posen und Westpreußen, der Errichtung von 7723 Rentengütern auf Privatareal und 123 solchen auf Domänenland. Andrerseits aber ist die Vermehrung bloß scheinbar, indem sich die Aufnahme von 1895 „im Gegensatz zu der von 1882 auch auf die reinen, mit Landwirtschaftsbetrieb nicht verbundnen Forstbetriebe erstreckte und bei dieser Gelegenheit eine Reihe von landwirtschaftlichen Betrieben ermittelte, die wahrscheinlich der frühern Zählung entgingen, nämlich von solchen Betrieben, deren Fläche zwar zum größten Teile aus Wald besteht, immerhin aber auch kleinere Wiesen und Anbauflächen für Feldfrüchte, Moorkulturen, Hopfenland u. s. w. in sich schließt. Auch ist an Fälle zu denken, wo Betriebe, die früher reine Forstbetriebe waren, inzwischen eine wenn auch geringe landwirtschaftliche Betriebsfläche angelegt haben." Auch die Gärtnereien, die Deputat- und Dienstlandstellen seien genauer gezählt worden. Wenn man bedenkt, daß diesmal alle Bahnwärter- und sonstigen Gartenflecke, bis unter 0,1 Ar, also bis unter zehn Quadratmeter gezählt worden sind, so kann die Zunahme der Zahl der Betriebe nicht sonderlich imponieren. Die nicht ganz unerhebliche Zunahme der landwirtschaftlich (und gärtnerisch) benutzten Fläche aber (von 31868972 auf 32517942 ha) erklärt sich aus der eben erwähnten Einbeziehung von Forstflächen in die landwirtschaftliche Aufnahme.*) Sehen wir uns nun

*) Von einem erheblichen Wachstum der landwirtschaftlich zu benutzenden Fläche kann im Deutschen Reiche nicht mehr die Rede sein, wenn unser nicht allein schöner, sondern auch für die Gesundheit unsers Volkslebens und unsrer Volkswirtschaft notwendiger Waldbestand erhalten bleiben soll. Das Areal des ganzen Reiches beträgt 54065760 ha, davon sind land- und forstwirtschaftlich benutzt 49627751 ha. Von den übrig bleibenden 4438009 Hektaren gehen ab die Wasserflächen: Flüsse, Kanäle und Seen, die

die Größenklassen an, bei denen eine Verminderung stattgefunden hat, so finden wir, daß es, abgesehen von einer Klasse von Ackerhäuslern, die eigentlichen Bauergüter (20 bis 50 ha) und die kleinern Rittergüter (200 bis 500 ha) sind; es tritt also hervor die Tendenz zur Vermehrung der Zwerg- und Kleinbetriebe, zur Verminderung der Bauergüter und der kleinern Rittergüter und zur Vergrößerung und Vermehrung der Latifundien.

Im vorstehenden ist der Gang der Dinge gezeichnet bei noch ein wenig steigenden oder sich wenigstens haltenden Güterpreisen. Wie nun, wenn sich nach ein paar Jahren diese Preise schlechterdings nicht mehr halten lassen und die Befolgung des Rates, den Caprivi den Landwirten gegeben hat: abschreiben! sich von selbst durchsetzt? Kl. schätzt die Wertverminderung, die die Bauergüter unsrer Gegend in den letzten 20 Jahren durch Verminderung des Reinertrags und Erhöhung der Produktionskosten erlitten haben, auf mindestens 25 Prozent. Dann kann noch weit seltener an die Vererbung des Bauerguts auf einen Sohn gedacht werden. Verkauf der Erbteilung wegen wird bei kinderreichen Familien die Regel werden, und dann kann es nicht fehlen, daß, wie Böniſch fürchtet, das Bauernland allmählich teils in Klein-

von städtischen Gebäuden bedeckten Flächen, die Eisenbahnen und Bahnhöfe, die öffentlichen Straßen und die nur zu gewerblichen Zwecken (Fabrik- und Grubenanlagen) auf den Dörfern benutzten Flächen. An Ödland kann da nicht mehr viel übrig sein; Moorboden sollen wir nach Seelhorst, den Brentano S. 30 seiner Agrarpolitik I benutzt, noch etwas über 400 Quadratmeilen haben, wovon 200 Quadratmeilen, also ungefähr 1 000 000 ha für kultivierbar gehalten werden. Das würde bei einer Bodenverteilung, die der bestehenden entspräche — es kommen durchschnittlich 5,9 ha landwirtschaftlicher Fläche auf einen Betrieb —, noch nicht 200 000 Betriebe ergeben, sodaß damit zur Not 200 000 Familien oder eine Million Seelen versorgt werden könnten.

betriebe aufgelöst, teils von den großen Gütern verschlungen wird.

Erbteilung, oder was dasselbe ist, Bevölkerungszuwachs ist also die eine Ursache, die schließlich zur Expropriierung des Bauernstandes führen muß, wenn die landwirtschaftlichen Produkte nicht fortwährend im Preise steigen, was unmöglich ist. Hierzu tritt eine zweite Ursache, der Mangel an Arbeitern, der nicht bloß die Arbeitslöhne und damit die Produktionskosten erhöht, sondern, wenn er sich noch eine Zeit lang im bisherigen Grade steigert, vielfach den Betrieb in Frage stellen wird. Es giebt in unsrer Gegend schon Bauerfrauen, die keine einzige Magd haben. Einige davon, die mir persönlich bekannt sind, haben zufällig Töchter, mit denen sie die Arbeit bei Überanstrengung noch bestreiten können, wäre das nicht der Fall, so wäre guter Rat teuer.

Nun ist diese Flucht vom Lande nichts weniger als eine wunderbare Erscheinung, sondern so selbstverständlich, daß man nach allem, was schon darüber gesagt worden ist, kaum noch Worte darüber zu verlieren braucht. Wer nicht an einem Orte festgenagelt ist, sei es durch Grundbesitz oder durch ein eignes Geschäft oder durch ideale Bande, der sieht sich eben, wenn es ihm schlecht geht, nach etwas besserm um. Die landlosen Landarbeiter sind in keinem der drei angegebnen Sinne festgewurzelt; sie haben gar keine Wurzeln, sind Flugsand, und es geht ihnen schlecht, wenigstens den Tagelöhnern, die keinen landwirtschaftlichen Kleinbesitz haben. Im Jahrgang 1889 der Landwirtschaftlichen Jahrbücher ist ein Aufsatz „Über die ländlichen Verhältnisse der Gemeinde Stephansdorf im Kreise Neiße“ erschienen, der durchaus im agrarischen Geiste geschrieben ist und u. a. den Bauerfrauen ihre Freigebigkeit zum Vorwurf macht; als eine „Unsitte“ rügt er es, daß sie bei besondern Ge-

legenheiten, bei Hochzeiten und Begräbnissen den Inliegern des Dorfes je ein Brot und einen Kuchen schenken. Der Verfasser kann also nicht in Verdacht kommen, daß er die Arbeitslöhne zu niedrig angeschlagen habe. Er schätzt nun das Jahreseinkommen eines Dominialarbeiters auf 330 Mark, das einer aus Mann, Frau und einem arbeitsfähigen Kinde bestehenden Arbeiterfamilie auf 550 bis 600 Mark. Einem Manne des mittlern Bürgerstandes würde die Aussicht, auf ein solches Einkommen beschränkt zu werden, so entsetzlich vorkommen, daß er den Tod vorzöge, und wenn nun auch natürlich ein ländlicher Tagelöhner die Welt und sein eignes Los mit andern Augen ansieht, so wird doch kein Vernünftiger erwarten, daß irgend jemand dieses durch harte Arbeit zu verdienende jämmerliche Existenzminimum als ein Gut schätzen werde, das man nicht preisgeben dürfe; es ist ganz selbstverständlich, daß ein solcher Mensch fortläuft, wenn ihm eine Lohnerhöhung von nur fünfzig Pfennigen für den Tag winkt, denn die bedeutet für ihn eine fünfzigprozentige Einkommenerhöhung; sie bedeutet für ihn, daß er sich über das zur Erhaltung des Lebens unbedingt Notwendige hinaus einige „Genüsse“ verschaffen kann, z. B. ein paar warme Strümpfe, eine Unterjacke und ein sonntägliches Glas Bier oder auch einen Festtagsbraten. Am 20. April 1898 wurde im preußischen Abgeordnetenhause über die Frage verhandelt. Der Abgeordnete Gamp meinte u. a., die an Unternehmer vergebnen Strafgefangnen und Korrigenden würden besser behandelt als die ländlichen Arbeiter, denn sie dürften nur zehn Stunden beschäftigt werden und müßten ein paarmal in der Woche Fleisch bekommen. Gewiß ein interessantes Geständnis aus dem Munde eines Führers der freikonservativen Partei! Also das versteht sich von selbst, daß ein solcher Mensch fortläuft, wenn ihm irgendwo

Besserung winkt, und ein Wunder wäre es, wenn er es nicht thäte. Früher, als die Bauern noch hörig waren und vom gnädigen Herrn geprügelt wurden, waren sie es, die fortliefen, jetzt sind es die landlosen Arbeiter. Unbeweglich sind sie niemals gewesen, so lange sie vorhanden sind, und wenn ihre Beweglichkeit seit einigen Jahren gewachsen ist, so hat das seine bekannten Ursachen, auf die wir noch zu sprechen kommen. Im allgemeinen sei hier nur bemerkt, daß dieser Flugsand nur dann liegen bleiben könnte, wo er liegt, wenn es gar keine geistigen Kräfte gäbe, ihn in Bewegung zu setzen, d. h. wenn die Landarbeiter so stumpfsinnig wären, daß sie ihr Elend nicht fühlten, und so unwissend, daß sie über ihr Dorf nicht hinauszusehen vermöchten. Diesem Zustande, der ja früher stellenweise vorhanden gewesen sein mag, hat schon der Schulzwang ein Ende gemacht.

Der zunehmende Arbeitermangel hat bereits eine kleine Besserung bewirkt. Die ehedem berüchtigten Wohnungen der kasernierten Hofarbeiter sind verbessert worden — in welchem Grade und Umfange vermag ich nicht anzugeben, es wird aber allgemein versichert —, die frühere „patriarchalische“ Behandlung hat, soweit sie aus Prügeln und groben Schimpfworten bestand, so ziemlich aufgehört, und der Lohn ist seit Anfang des laufenden Jahrzehnts, wie mir Kl. sagt, um fünfzehn Prozent gestiegen. Es erhalten nach ihm*) die kasernierten, also mit Wohnung und Deputat ausgestatteten Tagelöhner der Rittergüter hiesiger Gegend folgende Löhne: Männer und Jungen Sommer und Winter 1 Mark, in der Ernte 1,20 Mark, Weiber im Sommer 80, in der Ernte 90, im Winter 60 Pfennige. Die „freien“ Tagelöhner, die nichts als Barlohn bekommen, haben: Männer im

*) Seine Angaben stimmen mit denen der Rustikalen, die ich befragt habe, überein.

Sommer 1,20, in der Ernte 2, im Winter (vorausgesetzt, daß es da Arbeit für sie giebt) 1 Mark, Jungen Sommer und Winter 1,10, in der Ernte 1,30 Mark, Weiber so wie die kasernierten. Also das ist eine kleine Besserung, aber sie ist doch wohl nicht groß genug, um das Los des ländlichen Tagelöhners beneidenswert zu machen und Anhänglichkeit an seinen Beruf in ihm zu erzeugen. Überdies zahlen nicht alle Dominien so „gut." Die Arbeiter der schlechter zahlenden „sind auch darnach," meint Kl. Die Bauern aber sagen, auf vielen Dominien seien die Arbeiter geradezu aufs Stehlen angewiesen. In dem Aufsatze der Landwirtschaftlichen Jahrbücher über die Gemeinde Stephansdorf wird bemerkt, die dortigen Bauern hätten von Felddiebstählen viel zu leiden, die meist von Giesmannsdorfer Arbeitern verübt würden. Auch würde durch die dortigen industriellen Anlagen (Brauerei, Brennerei, Hefefabrik und Molkerei) der Dorfbach verunreinigt, und entzögen diese Anlagen den Bauern die Arbeiter. Daß diese, obwohl sie von den Bauern höhere Löhne bekommen, doch lieber aufs Dominium gehn, führt der Verfasser darauf zurück, daß ihnen dieses den ganzen Winter hindurch gleichmäßig Arbeit gewährt, was jedoch in vollem Umfang wohl nur von solchen Dominien gilt, die, wie Giesmannsdorf, das ganze Jahr hindurch gleichmäßig fortarbeitende Fabriken haben. Die bessere Lage der beim Bauern arbeitenden Tagelöhner beruht weniger auf dem nur unbedeutend höhern Barlohn, als darauf, daß dort jeder Tagelöhner wenigstens teilweise Kost erhält, daß diese Kost gut und reichlich ist, und daß die Bauerfamilie und die Tagelöhnerfamilien einander menschlich nahe stehn. Beides hängt zusammen: die Bauerfrau kennt ihre Leute und deren Verhältnisse auf das genauste, beide reden ungeniert mit einander, und die Bäuerin brächte es nicht übers Herz, ihre

Arbeiter oder deren Kinder daheim hungern zu lassen. Trotz aller angewandten Mühe haben es die Landwirtschaftslehrer — Gott sei Dank! — noch nicht so weit gebracht, daß unsre Bauern die den Tagelöhnerkindern gespendeten Butterschnitten in ihrem Ausgabenkonto berechneten, und die Herren Rittergutsbesitzer zürnen ihnen dieserhalb. Bei denen wird das Schicksal der Arbeiter rechnungsmäßig vom Kontor aus bestimmt, und der Aufsicht führende Inspektor oder Schaffer, der Lohn auszahlende Rentmeister haben lediglich nach dem zu verfahren, was zur Erzielung eines möglichst hohen Reinertrags dort herausgerechnet worden ist. Soweit Naturalleistungen nicht kontraktlich zum Lohne gehören, fällt für die Arbeiter auch nicht ein Bissen Brot, auch nicht ein Trunk ab.

Viel besser als die Tagelöhnerschaft hat es das Gesinde. Auf den Dominien bekommen die Großknechte 120 bis 180, die Kleinknechte 100 bis 120, die Jungen 75 bis 100, die Großmägde 120, die Kleinmägde 96 Mark Lohn und natürlich die vollständige Kost; für das Bauerngesinde lauten die Zahlen: 120 bis 150, 90 bis 105, 75 bis 90, 75 bis 120, 96. Die starke Schwankung im Lohn der bäuerlichen Großmagd erklärt sich daraus, daß ein Teil ihres Einkommens aus unsichrer Quelle fließt, nämlich aus Trinkgeldern, die sie bei verschiednen Familienereignissen ihrer gehörnten Pfleglinge bekommt. Der Gutsschaffer, der Aristokrat unter den Landarbeitern, bezieht 180 bis 300 Mark. Was auch beim Gesinde einen Unterschied zwischen Dominium und Bauergut begründet, ist wiederum das im guten Sinne patriarchalische Verhältnis auf dem zweiten: daß Herrschaft und Gesinde an einem Tische miteinander essen, daß sie ihre Feste miteinander feiern, daß sie bei der Arbeit an einem Strange miteinander ziehn, und daß sich die Herrschaft um das leibliche und Seelenheil ihrer

Leute kümmert. Freilich gilt das nicht gleichmäßig von *allen* schlesischen Bauern, vielleicht gilt es nicht einmal mehr von der Hälfte. Je mehr der Bauer ein Rustikaler und ein Herr wird, desto fremder wird ihm sein Gesinde,*) und nachdem sich dessen Blick auf

*) Auch in dieser Beziehung sind in unsrer Gegend die Verhältnisse noch gesund. Aus den paar Anekdoten, die ich weiter oben über vorkommende Fälle von Luxus und Eitelkeit angeführt habe, möge man keine verallgemeinernden Schlüsse ziehen. Auch die ganz gebildeten unter den Rustikalen sind im wesentlichen noch echte Bauern im besten Sinne des Wortes: menschenfreundlich gegen das Gesinde, arbeitsam, mäßig, sparsam; daß einer durch Faulheit, schlechte Wirtschaft, Liederlichkeit, Luxus zu Grunde ginge, ist unerhört; Fälle von Alkoholismus kommen vor, sind aber sehr selten; das Wirtshaus wird in der Woche gar nicht, Sonntags von einigen besucht, die sich bei einem Glase Bier unterhalten oder eine Partie Billard spielen. Die Wirksamkeit von Lehrern, die dem Verein für naturgemäße Heilkunst und Lebensweise angehören, hat es dahin gebracht, daß es Sitte wird, den Arbeitern Kaffee statt Schnaps aufs Feld zu schicken (das geeignetste Sommergetränk, die Buttermilch, wird leider immer ausschließlicher für die aufblühende Schweinezucht gebraucht), und daß einzelne Knechte, ohne einem Verein anzugehören oder ein Gelübde abgelegt zu haben, keinen Tropfen Branntwein genießen. Je weiter westlich in die guten Weizen- und Rübengegenden hinein, desto vornehmer werden die Bauern, desto mehr hört das patriarchalische Verhältnis zum Gesinde auf, desto mehr leben sie als Herren, und desto mehr Luxus treiben sie, was allerdings, namentlich wenn es sich um den kostspieligen Bauluxus handelt, auf die Verschuldung nicht ohne Einfluß bleiben kann. Aber ihre *wirtschaftlichen* Tugenden haben, wie Bönisch mit Recht bemerkt, auch diese Herren Rustikalen nicht eingebüßt, und in manchen Beziehungen, namentlich durch das wachsende Verständnis für den rationellen Betrieb, haben sie gewonnen. Abgesehen übrigens vom Gebäudeluxus treibt keiner einen Luxus, den er nicht bezahlen könnte; was der Bauer nicht bar bezahlen kann, das kauft er nicht, und man mag den Kaufmann, den Handwerker oder den Rechtsanwalt fragen — Prozesse gehören auch zum Luxus —, so wird man ver-

die Ferne und auf andre Verhältnisse gerichtet hat, paßt es auch diesem ganz gut, wenn aus dem familienhaften Verhältnis ein rein kontraktliches mit einwöchentlicher Kündigung wird, worüber Bönisch als eine in Mittelschlesien einreißende Unsitte klagt. Der Dienst bei einem wohlwollenden Bauer ist ohne Zweifel der Arbeit in der Fabrik oder Grube oder beim Straßen- oder Bahnbau aus hundert Gründen vorzuziehen. Wie kommt es nun, daß auch das Gesinde fortläuft? „Genußsucht" für den Beweggrund zu halten, ist Unsinn. Die ostelbischen Arbeiter, die schon um die Mitte unsers Jahrhunderts nach Amerika geflohen sind, um dort den Urwald zu roden, sind doch wahrhaftig nicht durch das getrieben worden, was man gewöhnlich Genußsucht nennt; im Urwald giebts weder Tingeltangel noch Balllokale, sondern nichts als harte Arbeit.*) Außerdem aber noch Selbständigkeit, und

nehmen, daß ihm der Bauer der liebste Kunde ist, lieber als der Edelmann, der Beamte und der Offizier.

*) Als höchster Genuß wird auch von gar manchem der Leute, die viele dem bäuerlichen Gesinde unzugängliche geistige Genüsse kennen, immer noch der Geschlechtsgenuß geschätzt, und diesen hat das junge Landvolk ganz bequem. Schon in den Berichten des Vereins für Sozialpolitik ist bemerkt worden, daß die Bauern kaum noch wagen, gegen den intimen Verkehr der Knechte und Mägde Einspruch zu erheben, und daß einer sogar in die im Wohnhaus befindliche Mägdekammer eine Thür hat brechen und dazu eine Freitreppe anlegen lassen, damit die in einem andern Gebäude schlafenden Knechte des Nachts hineinkönnten. Und aus der bekannten Pastorenumfrage über die Sittlichkeit auf dem Lande haben wir erfahren, daß in den meisten Gegenden Deutschlands für das ledige Landvolk das sozialdemokratische Ideal der freien Liebe so ziemlich verwirklicht ist, sodaß, wenn die bekannte, auch von gelehrten Juristen als himmelschreiend bezeichnete Anwendung des Kuppeleiparagraphen, die jetzt in einigen Großstädten beliebt wird, auf alle notorischen Fälle beim Landvolk angewandt würde, ganze Bauernschaften ins Zuchthaus müßten. Also das

auf die hat das ländliche Gesinde in der Heimat nur insoweit Aussicht, als es aus Söhnen und Töchtern von Kleinbauern besteht, die ihre Eltern zu beerben oder in Stellen einzuheiraten gedenken, für die also der Gesindedienst nur einen Durchgang bedeutet. Natürlich aber bleiben die nicht bis zum vierzigsten Jahre im Dienst, denn das Landvolk heiratet jung, sodaß also auf die Knechte dieser Art nach der Militärzeit kaum noch zu rechnen ist. Die übrigen Knechte und Mägde haben kein andres Los vor sich, als das der elenden verheirateten Tagelöhner; gehn sie in die Stadt, so können sie es als Fabrikarbeiter auf das Doppelte von 600 Mark bringen, und zwar, wenn sie Glück haben, ohne daß Frau und Kinder Arbeitsverdienst zuzuschießen brauchten. Glück haben ja nun freilich die wenigsten, aber es gehört nun einmal zur menschlichen Natur, nicht bloß der Knechte und Mägde,

---

zieht nicht in die Städte, denn das hat man reichlich auf dem Lande, aber allerdings haben Bauern, die es mit der geschlechtlichen Sittlichkeit ernst nehmen, einen um so schlimmern Stand. Gar viele mögen ihrer nicht sein. Zu ihnen gehört ein mir bekannter Rustikale, F., der neulich seine einzige Magd wegen Schwangerschaft entlassen mußte. Einige Zeit vorher, nicht früh genug, um dem „glücklichen Ereignis" vorbeugen zu können, hatte er ihr den intimen Verkehr mit ihrem Schatze untersagt, aber von da ab war es nicht zum Aushalten mit der Person, sie schlug alles kurz und klein. In einer Scholzenversammlung, die vor einigen Jahren hier in Neiße abgehalten wurde, bemerkte einer der Herren zur Klage über Gesindemangel unter beistimmender Heiterkeit der Versammlung: es giebt ein sicheres Mittel, sich die Mägde zu erhalten, man braucht nur dafür zu sorgen, daß jede ihren Schatz auf dem Hofe hat. Wenn aber die Burschen in die Stadt ziehn, dann allerdings ziehen ihnen die Mägde nach, und umgekehrt; also nur in diesem Sinne trägt der Naturtrieb, der von einigen als Genußsucht bezeichnet wird, zum Gesindemangel bei, daß, wenn es an einem der beiden Geschlechter zu fehlen anfängt, auch das andre sich verliert.

daß jeder, der kein Waschlappen, kein Gimpel und kein Hasenfuß ist, in den entscheidenden Augenblicken seines Lebens sein Glück versucht. Wer wird es diesen Leuten verdenken? Ich nicht, spricht Kl., der ein ganz moderner Mensch ist; „ihre Arbeitskraft ist ihre einzige Ware, und jedermann hat das Recht, ist auch unter den heutigen Verhältnissen genötigt, seine Ware so teuer wie möglich zu verkaufen."

In neuerer Zeit kommen nun allerdings noch einige besondre Umstände hinzu, die Flucht vom Lande zu befördern. Fragt man die Bauern, was sie für die Hauptursache halten, so sagen sie: bei den Mädchen die Schule, namentlich den Industrieunterricht, bei den Burschen das Militär. Hinzufügen muß man: und bei beiden der industrielle Aufschwung der letzten Jahre. Namentlich die fieberhafte Gründung von Elektrizitätswerken, die Ausbreitung und Vervollständigung des Eisenbahnnetzes, der städtischen Straßenbahnen und der elektrischen Bahnen hat für Männer eine Masse Arbeitsgelegenheit geschaffen. Was die Mädchen anlangt, so werden sie durch die Schulbildung und den Verkehr mit der Stadt verfeinert, wirklich verfeinert, nicht bloß Modenärrinnen. Wenn einer ländlichen Jungfrau auch nur ein klein wenig Frauenideal aufdämmert, so widerstrebt es ihr, mit nackten Beinen und hochaufgeschürztem Kittel in der Düngergrube zu stehen oder den Stall auszumisten. Die einmal die Filetnadel lieb gewonnen hat, greift nicht mehr zur Düngergabel. Eine Kuhmagd, die sich nicht gern täglich nett gekleidet sähe, wäre kein Weib mehr. Früher kannten diese Leute kein andres Dasein als ihr eignes, heut kennen sie eins, und darum begehren sie es. Gelegenheit genug bietet ihnen der Unternehmer von Modewaren-, Wollwaren- u. dgl. Geschäften in der benachbarten Stadt. Aber auch der städtische Gesindedienst ist viel angenehmer

als der ländliche, besonders in feinern, vor allem in Offiziersfamilien. Hier nimmt der Bursche dem Mädchen alle groben und körperlich anstrengenden Verrichtungen ab, und es giebt gefällige Burschen, die nicht bloß den Mädchen der eignen Herrschaft helfen, sondern auch denen der übrigen Herrschaften im Hause, die als „Zivilisten" keine Burschen haben. Die Wäsche wird von Waschfrauen besorgt, und das Wasserschleppen, das auf dem Lande so viel Mühe macht, hat in der Stadt ganz aufgehört. Wenn sowohl Knechte als Mägde die Fabrik sogar dem städtischen Dienste vorziehn, so geschieht das namentlich deswegen, weil schon das Wort „Dienst" für das heute in den Leuten großgezogne Selbständigkeitsgefühl etwas entehrendes hat, und weil der Fabrikarbeiter außerhalb der festbegrenzten, immer kürzer werdenden Arbeitszeit sein freier Herr ist; das kommt natürlich besonders fürs ländliche Gesinde in Betracht, das sich eine schier ungemessene Arbeitszeit gefallen lassen muß.

Was das Militär anlangt, so sagen die Bauern in Ober- wie in Niederschlesien übereinstimmend: Vom Militär kommen die Burschen nicht mehr zurück! In der schon erwähnten Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 20. April äußerte der konservative Abgeordnete von Richthofen unter anderm: „Ein weiterer Grund des Arbeitermangels ist gewiß auch die Zusammenlegung des Militärs in den großen Städten. Wenn der Mann zwei, drei Jahre gedient hat, so bleibt er sehr oft in der großen Stadt oder nimmt in der Nähe Arbeit an oder geht nach dem Westen; sehr wenige kehren nach der Heimat zurück." In Litauen und Masuren klagen die Gutsbesitzer darüber, daß ihre Knechte nach Berlin zur Garde ausgehoben würden; von dort komme keiner zurück; in die ostpreußischen Garnisonen schicke man Berliner,

Hamburger und Breslauer Sozialdemokraten, und die blieben nicht dort, würden ja auch in der Landwirtschaft nicht zu gebrauchen sein. Kl. zwar behauptet, abweichend von der allgemeinen Meinung, daß der Militärdienst keinen Einfluß übe. Er meint: Das ganze Deutsche Reich ist heut nur noch sozusagen ein einziges Dorf, wo ein jeder sofort den Dienst wechselt, wenn ihm ein besserer winkt. Die Industrie und die Verkehrsanstalten sind in der Lage, höhere Löhne zu zahlen als die Landwirtschaft, folglich ziehen sie ländliche Arbeiter an sich, so viel sie brauchen, der Vermittlung durch das Militär bedarf es nicht dabei. Wandern doch italienische Arbeiter ohne eine solche Vermittlung nach Norddeutschland, nach Kleinasien und nach Südamerika. Ich kann dem übrigens außerordentlich scharfsinnigen und hochverständigen Manne in diesem Punkte nicht beistimmen. Der Vergleich mit den italienischen Arbeitern paßt deswegen nicht, weil diese einfach Hungers sterben würden, wenn sie nicht auswanderten, und weil deshalb bei ihnen, ebenso wie bei den russischen, die Wanderung zur allgemeinen Volkssitte geworden ist. So schlimm steht es bei uns noch nicht: die Wanderung ist daher bei uns noch vorherrschend bloß Ab-, nicht Auswanderung. Daß das Deutsche Reich — bald wird man sagen können die Erdoberfläche — ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildet, einen einzigen „Arbeitsmarkt," auf dem sich Angebot und Nachfrage ausgleichen, ist allerdings wahr, aber der Bedarf der Industrie und der Verkehrsanstalten ist keine gegebne feste Größe. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß so und so viel Millionen Ellen Spitzen zur Kleidergarnierung und so und so viel Milliarden Ansichtskarten hergestellt, alljährlich so und so viel tausend Kilometer Straßenbahnen gebaut werden, daß jeder schöne Berg durch eine Zahnradbahn, Kellnerfracks und Reklameplakate verunziert

wird; wird eine solche Ware wegen Arbeitermangels zu teuer, so werden eben einige Millionen oder einige tausend Stück davon weniger hergestellt; das ist kein Unglück für Staat und Gesellschaft, denn niemand entsteht ein Schaden, Verlust oder Schmerz daraus, im Gegenteil! Der Bedarf wirkt also nicht so ganz automatisch und unwiderstehlich; trifft er auf Hindernisse, so schrumpft er zusammen. Ein solches Hindernis ist nun ehedem die Schwerfälligkeit unsrer ländlichen Bevölkerung gewesen, wahrscheinlich auch ihre Anhänglichkeit an den Boden, an die landwirtschaftlichen Beschäftigungen, an das Vieh,*) und wenn auch nur die geringste Aussicht auf spätere Selbständigkeit für den Burschen da wäre, so würde er wohl selbst heute noch bleiben. Nun wird er aber durch seine Dienstpflicht gezwungen, sein Dorf zu verlassen. Zunächst schon ist der Verlust der zwei oder drei Jahrgänge an sich für die Landwirtschaft nicht gering anzuschlagen. Gerade mit zwanzig Jahren ist der Bursche an Körperkraft, Verstand und Übung ein fertiger Knecht geworden, und gerade mit zwanzig Jahren muß er fort. In der großen Stadt lernt er nun eine Menge Stellungen kennen, die weit angenehmer sind als sein früherer Dienst, und die durch einen gewissen Glanz bestechen, und es eröffnet sich ihm Gelegenheit zu solchen. An und für sich hätte er ja vielleicht Lust, noch ein paar Jahre als Knecht

*) Ein richtiger Knecht liebt seine Pferde, ist stolz auf schöne Pferde (das ist kein richtiger Kutscher, sagte man ehedem bei uns, der nicht Hafer stiehlt), und es ist schwer zu glauben, daß er sich leichten Herzens von ihnen trennen und in die Fabrik laufen sollte. Der Knechtestolz freilich bedeutet eine weitere Wirtschaftserschwerung für den Bauer. Das Pferd, sagt F., ist das teuerste und unrentabelste Arbeitstier; gern würde ich zwei meiner Pferde verkaufen und statt ihrer Ochsen halten, aber das kann ich nicht; der Knecht fährt nicht mit Ochsen; ich bin nicht mehr Ochsenjunge, spricht er.

zu dienen, da das auch seine Annehmlichkeiten hat: die Arbeit in freier Luft und im Grünen, die Pferde, die Mägde; aber, denkt er, was wird nach diesen paar Jahren? Soll ich ledig bleiben? Ein verheirateter Knecht ist das elendeste Geschöpf und findet nicht einmal leicht Stellung, ich würde also verheirateter tagelöhnernder Inlieger werden und damit auf der untersten Gesellschaftsstufe kleben bleiben. Wäre es denn zu verantworten, wenn ein frischer, geweckter, kräftiger Bursche nicht wenigstens versuchen sollte, ein Stückchen höher hinauf zu klimmen? Soll ichs aber zu was bringen, sagt er sich weiter, dann muß ich jetzt gleich anfangen und darf nicht vorher noch ein paar Jahre auf dem Dorfe vertrödeln. So kapitulieren nun die gescheitesten und erwerben damit die Anwartschaft auf Unterbeamten-, zum Teil sogar auf Subalternstellen. Hübsche Kerls werden herrschaftliche Diener und genießen so das angenehmste Faulenzerleben, zu dem es ein mittelloser Mensch bringen kann, oder werden mit Generalsuniform ausstaffierte Thürsteher eines Orpheums oder eines Biergartens, andre gehen zur elektrischen oder Pferdebahn (sogar Bauernsöhne), wo sie freilich einen noch härtern Dienst haben als auf dem Bauernhofe, aber ein Einkommen, das, so gering auch unter den obwaltenden Umständen sein Realwert sein mag, doch durch seine Nominalgröße den unter ländlichen Tagelöhnern Aufgewachsenen bestechen muß. Bleibt einem endlich nichts übrig als die Fabrik oder der Straßenbau, so hat er selbst da noch die Aussicht, es weiter zu bringen, als auf seinem Dorfe. Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, daß auch ohne unsre militärischen Einrichtungen das Industriekapital seine Anziehungskraft ausüben und so die Landwirtschaft allmählich zerstören würde, aber der Prozeß würde viel langsamer verlaufen. Manche von den Burschen würden ganz daheim bleiben, und ein paar Jahrgänge,

gerade die besten und brauchbarsten, behielte die Landwirtschaft vollständig. Beweis dafür ist, daß die Burschen wenigstens bis zur Militärzeit bleiben, während sich die Mädchen der Landwirtschaft schon gleich nach der Schule entziehn, indem sie entweder in der Stadt Stellung suchen oder bei den Eltern bleibend für einen Verleger oder Fabrikanten der benachbarten Stadt Nadelarbeit liefern. Kl. meint übrigens, der intelligente und tüchtige Rittergutsbesitzer vermöge auch diese Schwierigkeit durch Lohnerhöhung und Anschaffung arbeitsparender Maschinen zu überwinden; der Bauer sei schon deswegen übler daran, weil er wegen der unvollkommnern Organisation seiner Wirtschaft für dieselbe Fläche mehr Leute brauche als der Großgrundbesitzer; dauere der Arbeitermangel noch ein paar Jahre, so werde dadurch der Bauernstand in eine Krise geraten, der er um so weniger gewachsen sein dürfte, als sich der Wert der Bauergüter gegen die gute Zeit gehalten, wie schon bemerkt wurde, um fünfundzwanzig Prozent vermindert habe. Nun, ewig wird der industrielle Aufschwung freilich nicht dauern; so gewiß auf die Flut die Ebbe folgt, so gewiß wird er von einer Stockung abgelöst werden, die hunderttausende von Arbeitern auf die Straße werfen wird. Aber für die Landwirtschaft taugen die dann nichts mehr, und ehe der Nachwuchs der auf dem Lande zurückgebliebnen Tagelöhner und Kleinbauern die Lücken ausfüllt, können infolge des Arbeitermangels ein paar tausend Bauern zu Grunde gegangen sein.

Fassen wir die Ergebnisse zusammen! Unerschüttert stehen da die Kleinbauern, aus Gründen, die so bekannt sind, daß es nicht nötig war, sie aufzuzählen. Sie sind ein Geschlecht hart arbeitender, wenig genießender Menschen, das bei einem entbehrungsvollen Dasein froh und zufrieden bleibt. Ihre Zahl wächst,

wenn auch nicht in dem Maße, wie es wünschenswert wäre, und ihr Streben ist darauf gerichtet, ihre kleine Wirtschaft durch Hinzukauf von Ackerparzellen und oft sündlich teuer bezahlte Pachtungen zu vergrößern.

Von den Rittergutsbesitzern befinden sich drei Klassen in Gefahr. Erstens die zu teuer gekauft haben. Das Überzahlen dauert auch in der Periode der sinkenden Preise noch fort, weil die Söhne der Rittergutsbesitzer ihren Stand behaupten und Söhne von Kaufleuten und Industriellen aus Ehrgeiz Rittergutsbesitzer werden wollen. Ein junger tüchtiger Landwirt, der 100000 Mark Vermögen hat, könnte sich ein ganz sorgenfreies Leben bereiten, wenn er ein Rustikalgut kaufte. Aber dann wäre er nicht gnädiger Herr und seine Frau nicht gnädige Frau, und sie könnte höchstens Sonntags und im Winter ausfahren — mit einem Gespann von Ackerpferden, während sie an jedem beliebigen Tage mit Kutschenpferden ausfahren können will, daher wird ein Rittergut für 500000 Mark gekauft. Ist der Käufer tüchtig genug, sich bei niedrigen Preisen und einer Vierfünftelverschuldung durchzuarbeiten, so mag man ihn loben; im andern Falle aber hat er kein Recht, über die Not der Landwirtschaft zu klagen und Staatshilfe zu fordern. Zweitens sind die Rittergutsbesitzer in Gefahr, die bei kleinem Vermögen als große Herren leben wollen. Solche verwechseln gewöhnlich den Gutswert, von dem ihnen nur ein Viertel oder Fünftel gehört, mit ihrem Vermögen. Drittens solche, die ebenfalls nur wenig Eignes besitzen und von der Landwirtschaft nichts verstehn oder nicht arbeiten. Es liegt auf der Hand, daß in schwieriger Zeit ein verschuldeter Rittergutsbesitzer von 1000 bis 2000 Morgen nur dann bestehen kann, wenn er die Landwirtschaft von Grund aus versteht, unablässig studiert, um sich alle Vorteile an-

zueignen, die der Fortschritt der Agrikulturwissenschaft darbietet, und die Arbeiten des Inspektors und des Rentmeisters selbst auf sich nimmt. Am schlimmsten steht es natürlich um solche, bei denen zwei dieser Übelstände oder alle drei zusammentreffen. Wie groß die Zahl dieser Bedrohten ist, läßt sich nicht feststellen; gar zu groß kann sie nicht sein, denn sonst wären in der Zeit der niedrigsten Getreidepreise die Zusammenbrüche viel häufiger gewesen. Daß trotzdem die Rittergutsbesitzer ganz allgemein klagen, ist, wie schon bemerkt wurde, nicht zu verwundern und ihnen auch nicht zu verargen. Denn einmal ist ihre Lage nicht mehr so bequem und hoffnungsreich wie vor dreißig Jahren. Dann aber sind sie von den Industriellen im Einkommen überflügelt worden und nehmen daher nicht mehr die höchste soziale Stufe ein. Die Urgroßväter der heutigen Rittergutsbesitzer bildeten noch die einzige Aristokratie im Lande. Sie allein hatten das Anrecht auf alle hohen Beamten- und Offizierstellen. Kein Bürgerlicher durfte ein Rittergut besitzen und sich in ihre Kreise eindrängen. In den letzten Jahren Friedrichs des Großen hat sich einmal folgendes ereignet: Der Sohn eines Großkaufmanns oder Großfabrikanten im schlesischen Gebirge kommt von einer Reise durch England, Frankreich und Spanien zurück. Er macht dem Grafen des Orts seine Aufwartung und ist so unvorsichtig merken zu lassen, wie er sich über die Unwissenheit wundert, die der gnädige Herr im Gespräch verrät. Dieser, darüber erzürnt, schickt am Abend seinen Vogt zum Vater des jungen Mannes und läßt ihm sagen, er brauche einen Sauhirten und habe den von der Reise zurückgekehrten Kaufmannssohn dazu bestimmt; dieser solle am nächsten Morgen den gesetzlichen Gesindedienst antreten. Der Vater ist sofort mit dem Sohne nach Breslau gereist, den Schutz der Regierung anzurufen, der ihm auch zu

teil wurde. (Aus den Papieren des Ministers Theodor von Schön, IV, 371.) Das also waren die Urgroßväter. Auch die Großväter waren noch wirklich große Herren, wenn auch nicht mehr Besitzer von Leibeignen, und gehörten, wenn man von einigen mittlerweile emporgekommnen Finanzfürsten absah, immer noch zu den Reichsten im Lande. Von den Vätern zählten nur noch die Magnaten, die ja alle zugleich auch Industrielle und Finanzleute sind, zu den Reichsten, die übrigen mußten zurückstehen hinter den Großkaufleuten und Großindustriellen, die inzwischen der Grundaristokratie auch in der Politik und bei Hofe ebenbürtig geworden waren. Heute aber ist ein Graf, dem von der frühern Grafschaft nichts geblieben ist als ein einziges, etwa 60000 Mark abwerfendes Rittergut, nur ein armer Schlucker im Vergleich zu einem Hütten- oder Grubendirektor, der sich doppelt so hoch steht. Die Landwirtschaft ist das solideste aller Gewerbe, daher auch das, worin der Unternehmer am wenigsten Aussicht hat, schnell reich zu werden. Wenn sich in hiesiger Gegend vor drei bis vier Jahrzehnten ein kleiner Rittergutsbesitzer jüdischer Abkunft zum Magnaten emporgeschwungen hat, so ist ihm das nicht durch Ackerbau und Viehzucht gelungen, sondern durch den Betrieb einer Brennerei und Hefefabrik in einer Zeit sehr hoher Spirituspreise und in Verbindung mit großen Spekulationen in Spiritus. Es ist daher klar, daß in einer Zeit, wo Industrie und Handel eine ungeheure Ausdehnung gewonnen haben und die Spekulation ein fachmännisch betriebnes Gewerbe geworden ist, eine Geldaristokratie entstehen muß, die über den Stand der gewöhnlichen Rittergutsbesitzer hoch emporwächst. Wir nehmen es diesen nicht übel, daß sie über diesen Gang der Entwicklung betrübt sind, aber wenn sie sich durch künstliche Verteuerung der Lebensmittel und durch Lohn-

druck an den Massen derer schadlos halten wollen, denen es denn doch noch bedeutend schlechter geht als ihnen, an den Leuten von 2000 Mark Einkommen und darunter, dann sträuben sich diese natürlich dagegen, und wer sich nicht zu der Definition vom Staate bekennt, die Thomas Morus gegeben hat (der Staat ist die Verschwörung der Reichen zur Unterdrückung der Armen), der kann dem Staate das Recht, den Rittergutsbesitzern zu dieser Art Schadloshaltung zu verhelfen, nicht zugestehen.*)

Der Bauernstand endlich ist nicht in dem Sinne bedroht, daß eine größere Zahl seiner Mitglieder vor dem Bankrott stünde. Aber seine Lage ist schwierig geworden. Wenn er seine Kinder noch zu versorgen vermag, so geschieht es mit Überschüssen aus den frühern guten Jahren; er zehrt von seinem Fett, und dieses wird bald aufgezehrt sein. Hält die Gesindenot noch einige Jahre an, so wird wahrscheinlich nicht bloß die Zukunft der Kinder, sondern auch die Existenz der Besitzer gefährdet werden. Auf dem Wege häufiger Dismembrationen wird ein immer größerer Teil des Bauernackers teils in Kleinwirtschaften aufgelöst, teils von den Dominien verschlungen werden. Damit wird

*) Rudolf Meyer hat in Heft 10 ff. des Jahrgangs 1892—1893 der Neuen Zeit und anderwärts zu beweisen gesucht, daß der Großbetrieb in der deutschen Landwirtschaft deswegen nicht mehr konkurrenzfähig sei und demnächst zu Grunde gehen werde, weil die heruntergekommnen ostelbischen Landarbeiter untauglich zur Bedienung der landwirtschaftlichen Maschinen, besonders der Mähmaschinen seien. Wie weit das für Pommern, Brandenburg, Posen und Preußen gilt, weiß ich nicht; in Schlesien vernimmt man darüber, daß die Arbeiter nicht imstande seien, Maschinen zu bedienen, keine Klage. Die Behauptung, daß den Großbetrieben von dieser Seite her ernstliche Gefahr drohe, bezeichnet Kl. als Unsinn; unsre Leute seien ganz gut; sie seien wie Wachs, und jeder Gutsbesitzer habe an ihnen das, was er aus ihnen mache.

eine der Grundsäulen unsers Staats- und Gesellschaftsbaues zusammenbrechen.**)

*) Noch ein Beispiel zur Beleuchtung dieses Prozesses. Der mehrgenannte F. hat sein Gut vor fünfundzwanzig Jahren übernommen. Er hatte sieben Geschwister. Zwei davon hatte der Vater bei Lebzeiten ausgestattet, den andern fünf hat er selbst je 3000 Thaler, einem Bruder aus besondern Gründen 4000 ausgezahlt. Er hat das Gut zum Preise von 19000 Thalern übernommen, sodaß ihm ebenfalls 3000 Thaler angerechnet wurden. Seine Frau hat 5000 Thaler mitgebracht. In fünfundzwanzigjähriger Wirtschaft hat er bei angestrengter Arbeit und rationellem Betrieb — seine Wirtschaft ist eine Musterwirtschaft — 3000 Thaler abgezahlt und 3000 Thaler verbaut. Er hat also jetzt — den Gutswert als unverändert angenommen — 11000 Thaler Vermögen und braucht nur noch 1000 Thaler zu erwerben, um jedem seiner vier Kinder ebenfalls 3000 Thaler hinterlassen zu können. Wäre seine Thätigkeit in die gute Zeit gefallen, so würde er seine Kinder weit besser versorgen können. Andrerseits ist es die Frage, ob sein Sohn, wenn er Landwirt wird, den Hof mit 3000 Thalern Vermögen wird behaupten können, falls er nicht eine vermögende Frau bekommt, und ob, wenn eine Tochter übernehmen soll, diese einen dafür geeigneten Mann bekommt. Hätte F. ein vermögensloses Mädchen geheiratet, oder hätte er acht Kinder wie sein Vater, oder träfe beides zusammen, so käme nach seinem Tode der Hof ganz sicher unter den Hammer.

3

Der Bund der Landwirte und seine Agrarpolitik

Es versteht sich von selbst, daß die Landwirtschaft gleich jedem andern Berufstande auf eine ihrer Wichtigkeit angemessene Vertretung Anspruch hat, durch die sie Einfluß ausübt auf Gesetzgebung und Verwaltung, und daß sie einer solchen in gegenwärtiger kritischer Zeit ganz besonders bedarf. Ob die Landwirtschaftskammern, die diese Vertretung bilden sollen, richtig zusammengesetzt sind, und wie die Landwirte ihr Verhältnis zu den parlamentarischen Körperschaften ordnen sollen, ob sie eine eigne Fraktion bilden, oder die konservative Fraktion zur Vertreterin ihrer Interessen wählen, oder Kandidaten verschiedner Parteien unter der Bedingung, daß diese bindende Versprechungen abgeben, unterstützen sollen, das sind Fragen, die zu entscheiden ich mir nicht anmaße. Dagegen bekenne ich offenherzig, daß ich die Wege, die der Bund der Landwirte eingeschlagen hat, für falsch halte und daher den Einfluß bedaure, den er auf die politische Haltung der Landwirte und auf ihre Organisationen gewonnen hat. Was er in Beziehung auf die „Not der Landwirtschaft" behauptet, ist allgemein bekannt. Das Programm des Bundes lautet nach Seite 595 des von ihm herausgegebnen Agrarischen Hand-

buchs (wir lassen die monarchischen, christlichen und Mittelstandsredensarten weg, mit denen das Mittelstück, das Wesentliche, vorn und hinten verbrämt ist):

Gemäß der aus dem wirtschaftlichen Leben aller Völker geschöpften Erfahrungen ist er (der Bund) der Überzeugung, daß eine normale, dem Allgemeinwohl zuträgliche Entwicklung der Volkswirtschaft große und plötzliche Getreidepreisschwankungen nicht verträgt, daß vielmehr nur in längern Perioden langsam aber stetig aufwärts steigende Getreidepreise den materiellen Ausdruck für die fortschreitende Kultur eines Volkes bieten. Eine solche Gestaltung und Entwicklung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse betrachtet er gleichzeitig als die Vorbedingung für die gesunde Entwicklung des Handwerks, der Industrie und des Handels. Demnach sind die nächstliegenden Ziele des Bundes:

1. Er erstrebt gesetzliche Maßregeln, die in gleichem Interesse der Produzenten wie der Konsumenten eine mittlere Getreidepreisbildung herbeizuführen geeignet sind, selbstverständlich zur Zeit unter Wahrung der vom Reiche übernommnen bestehenden Vertragsverpflichtungen. Unter Wahrung dieser Vertragstreue aber bekämpft der Bund die derzeitige Handelspolitik und fordert die alsbaldige Aufstellung eines autonomen Zolltarifs, sowie Kündigung der die Landwirtschaft schädigenden Meistbegünstigungsverträge.

2. Er fordert die Aufhebung der die Landwirtschaft und Kleinmüllerei gleichmäßig gefährdenden gemischten Transitläger und Zollkredite.

3. Er verlangt den weitern systematischen Ausbau einer durchgreifenden Reformgesetzgebung auf dem Gebiete der Waren- und Fondsbörse. Gewährung ausreichenden, besser als bisher gesicherten Kredits an Landwirtschaft und Handwerk, wie derselbe bisher in einseitiger Bevorzugung nur dem Handel und der Industrie durch die Reichsbank und die preußische Seehandlung gewährt wird.

4. Die schleunige internationale Regelung der Währungsverhältnisse zu Gunsten einer Remonetisierung des Silbers.

5. Wirksamen Schutz unsrer Viehwirtschaft gegen die Einschleppung von Seuchen aus dem Auslande, Maßregeln zur allmählichen Gesundung unsrer heimischen Viehbestände unter ausreichender staatlicher Unterstützung.

6. Ein wirksames Margarinegesetz, sowie gesetzliche Maßregeln gegen Verfälschung aller Produkte der Landwirtschaft, desgleichen gegen Verfälschung der Düngemittel.

7. Vereinfachung der Verwaltung der Arbeiterver-

sicherungsgesetze, sowie Änderung des Alters- und Invaliditätsgesetzes in Bezug auf den Klebezwang und angemessenere Verteilung der Lasten.

8. Angemessene Berücksichtigung der Eigenart der landwirtschaftlichen Nebengewerbe in der Gesetzgebung, um dieselben dem landwirtschaftlichen Betriebe als solche zu erhalten und sie der Loslösung von der Landwirtschaft und der einseitigen Ausbeutung durch das Großkapital zu entziehen.

9. Angemessene Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen bei der Anlage und dem Betriebe öffentlicher Verkehrseinrichtungen.

10. Zusammenfassung und geeignete Ausgestaltung aller die Landwirtschaft berührenden Rechtsverhältnisse zu einem besondern Agrarrecht, das der Natur des ländlichen Grundbesitzes nach deutsch-rechtlichen Anschauungen entspricht.

Dem Bunde, der sich den deutschen Landwirten mit betäubendem Lärm als Heilkünstler aufgedrängt hat, muß die Befähigung für den angemaßten Beruf schon aus dem Grunde abgesprochen werden, weil seine Diagnose total verfehlt ist, und zwar nach drei Richtungen hin. Erstens, indem er dort Krankheit behauptet, wo in Wirklichkeit strotzende Gesundheitsfülle blüht. Unsre Landwirtschaft, oder um aus den ewigen Abstrakten, die zu Betrug und Täuschung erfunden sind, herauszukommen, unsre Bauernschaft ist gesund, kerngesund in jeder Beziehung, wovon sich ein jeder durch den Besuch von Bauerhöfen überzeugen kann. Der Bund hat sich redlich bemüht, aus diesem Gesunden einen eingebildeten Kranken zu machen, und großes Unheil hätte er angerichtet, wenn seine gewissenlose Agitation nicht an dem gesunden Sinne zunächst des deutschen Bauernstandes, dann des deutschen Volkes überhaupt gescheitert wäre. Zunächst schon würde er den Charakter der Bauern verdorben und aus diesen ruhigen, besonnenen, verständigen, zufriednen, ordnungsliebenden Männern leidenschaftliche Umstürzler gemacht haben. Dann hätte er ihnen den

Mut benommen, nach alter Sitte und Gewohnheit stetig fortzuarbeiten und das Heil von der eignen Kraftanstrengung und Klugheit zu erwarten. Und hätten ihm die Hypothekenbesitzer geglaubt, so würden sie allesamt gekündigt haben, und die Landwirte, die großen wie die kleinen, hätten allen Kredit verloren, und das hätte dann freilich zu einem großen Zusammenbruch führen müssen. Es ist wahrhaftig nicht das Verdienst der Bundeshäupter, daß von diesen Wirkungen keine einzige eingetreten ist.

Zweitens stellen diese Herren die vorgespiegelte Krankheit als ein Übel dar, das nicht durch die eigne Thätigkeit des Leidenden, sondern nur durch Staatshilfe überwunden werden könne, und verbinden damit die Lüge, der Staat thue nichts oder zu wenig für die Landwirte. Buchenberger, dem auch kein Gegner weder ein warmes Herz für den Bauernstand noch genaue Kenntnis seiner Verhältnisse und Bedürfnisse absprechen kann, führt in seinen „Grundzügen der deutschen Agrarpolitik" den Nachweis, daß „angesichts einer unzweifelhaft gegebnen sehr schwierigen Lage des landwirtschaftlichen Gewerbes die landwirtschaftliche Staatsfürsorge zu keiner Zeit kräftiger und planmäßiger ihres Amtes gewaltet hat, als in der Gegenwart." Das „planmäßig" erlaube ich mir allerdings zu bezweifeln; um einen in Ruhe gefaßten Plan folgerichtig durchführen zu können, haben die Regierungen zu sehr unter dem Einflusse leidenschaftlicher Agitationen gestanden, aber am besten Willen hat es namentlich der preußischen auch noch keinen Augenblick gefehlt. Das königliche Haus und alle seine Angehörigen sind Großgrundbesitzer; die meisten Minister, Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten sind Großgrundbesitzer; die meisten Generäle sind teils Rittergutsbesitzer, teils Söhne, Brüder und Vettern von solchen, alle Landräte sind agrarisch bis auf die

Knochen, und ein aus solchen Elementen bestehender Staat (Staat im engern Sinne) sollte ein Feind des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, sollte auch nur gleichgiltig gegen ihn sein, sollte irgend etwas versäumen, was zu seinem Gedeihen notwendig erscheint? Ebenso leicht könnte man es für möglich halten, daß sich eines schönen Tages sämtliche Rittergutsbesitzer in „Feinde der Landwirtschaft" verwandelten. Wenn sich die Mitglieder der Regierung gegen manche Forderungen der Landwirte sträuben, so thun sie das selbstverständlich nur in der Überzeugung, daß Nachgiebigkeit niemand mehr als eben die Landwirte schädigen würde. Und dieser ungerechten Anklage gegen den Staat und diesen Forderungen an den Staat gegenüber bedenke man, daß das Bundesprogramm auch nicht einen einzigen Satz enthält, der sich auf die wirtschaftliche Selbsthilfe der Landwirte bezöge, während doch diese wirtschaftliche Selbsthilfe, ohne Staatshilfe, allein es gewesen ist, die nicht allein die Krise der zwanziger Jahre überwunden, sondern die deutsche Landwirtschaft zur vollkommensten der Welt gemacht hat!

Der dritte diagnostische Fehler besteht darin, daß der niedrige Getreidepreis für die Hauptursache, ja eigentlich für die einzige Ursache der „Not der Landwirtschaft" erklärt wird. Gerade umgekehrt verhält sich die Sache: so weit eine Krisis besteht, sind, wie wir gesehen haben, die zu hohen Preise in der Mitte des Jahrhunderts daran schuld. Um gerecht zu sein, müssen wir hervorheben, daß von beiden Seiten, von den Agrariern wie von ihren Gegnern, zu großes Gewicht auf die Getreidepreise gelegt und zu viel Lärm darüber gemacht wird. Die niedrigen Preise von 1894 (13,2 Mark für den Doppelzentner Weizen und 11,7 für Roggen im Durchschnitt des preußischen Staates) waren noch nicht zu niedrig für die Landwirtschaft, denn sie hat auch bei diesen Preisen noch bestehen

können; und die hohen Preise des Jahres 1891 (22,2 und 20,8) waren bei dem heutigen Reichtum Deutschlands noch nicht zu hoch für den mittlern Bürgerstand; ist es doch lächerlich, darüber zu schreien, daß das Pfund Weizenmehl 22 Pfennige kostet, während das Familienhaupt täglich 2 Mark und mehr auf Cigarren, Bier und Trinkgelder an Kellner ausgiebt. Es ist richtig, daß bei einem Preise wie dem von 1891 Tausende hungern müssen, aber der Fehler steckt da nicht in einem Getreidepreise, der unangemessen hoch wäre, sondern darin, daß so viele Menschen ein im Verhältnis zum heutigen Realreichtum, zur vorhandnen Produktenmenge zu kleines Einkommen haben. Das beleuchten wir später noch ein wenig. Überhaupt aber kommt heute den Halmfrüchten nicht mehr dieselbe Wichtigkeit zu wie ehedem. Von den Vornehmen wird Brot nicht mehr als Nahrungsmittel sondern nur noch als Delikatesse behandelt. Beim bessern Bürgerstande spielt es zwar für die Ernährung noch eine Rolle, aber den Hauptbestandteil der Kost bildet es nicht mehr; diese besteht vorzugsweise aus Fleisch, Fischen, Gemüse, Reis, Früchten. Während vor hundertundfünfzig Jahren Mehlsuppe die allgemeine Morgenkost und Abendkost war, trinkt heute jedermann statt dessen Kaffee, Kakao, Schokolade oder Thee. Die ärmere Bevölkerung endlich genießt mehr Kartoffeln als Brot und Klöße. Bis vor 150 Jahren war die Frage der Volksernährung gleichbedeutend mit der Brotfrage; das ist sie heut nicht mehr; das tägliche Brot des Vaterunsers war ehemals wörtlich zu verstehn, heut ist es für den größten Teil der Bevölkerung nur noch ein Sinnbild. Aus diesem Grunde kann aber auch der Getreidebau keine ergiebige Reichtumsquelle für die Landwirte mehr sein. Vor tausend Jahren war das Brotkorn für alle Angehörige des deutschen Volkes das wichtigste und für einen großen Teil von

ihnen beinahe das einzige Einkommengut; heut bildet es für die überwiegende Mehrzahl nur noch einen sehr kleinen Bestandteil der Einkommengüter. Immerhin bleibt es auch heute noch ein so gesundes und für Millionen so wichtiges Nahrungsmittel, daß man es als frevelhafte Verkehrtheit verurteilen muß, wenn Männer, die auf schädliche Genußmittel täglich einen Thaler hinauswerfen, über den Nickel räsonnieren, den sie bei einem Preisaufschlag des Getreides für das Brot ihrer Kinder mehr ausgeben sollen.

Also ich hätte für meine Person gar nichts dagegen, daß wir die Kornpreise von 1891 wieder bekämen und behielten, und würde unsern braven Bauern den Mehrverdienst viel lieber gönnen, als den Spekulanten ihre hohen Spekulationsgewinne, den Tingeltangelsängerinnen ihre hohen Gagen und vielen unnützen Aktenschreibern ihre hohen Gehälter. Aber, wie die Thatsachen zeigen, der höhere Preis läßt sich einmal nicht behaupten: der Preis, den wir jetzt im November 1898 haben, drückt den wirklichen Verkehrswert des Getreides aus, und keine Macht der Erde wäre imstande, einen künstlich erzwungnen höhern Preis auf die Dauer aufrecht zu erhalten. Was das Agrarische Handbuch von den „langsam aber stetig aufwärts steigenden Getreidepreisen“ sagt, hat der 1896 zu Budapest abgehaltne Agrarkongreß in dem Satze ausgesprochen: „Aus dieser wirtschaftlichen Thatsache [den steigenden Produktionskosten] begründet sich das volkswirtschaftliche Gesetz, daß bei normaler, wirtschaftlich kultureller Entwicklung eines Landes langsam aber stetig ansteigende Getreidepreise eine notwendige Erscheinung sind.“ Schälen wir die Wahrheit heraus, die sich in dieser schiefen Darstellung verbirgt! Das Steigen der Getreidepreise bei steigender Bevölkerung hat einen doppelten Grund. Erstens verschiebt sich das Zahlenverhältnis zwischen ländlicher

und städtischer Bevölkerung. Vor tausend Jahren betrug die gewerbliche Bevölkerung Deutschlands noch nicht den zwanzigsten Teil der ländlichen. Sehen wir von dem Umstande ab, daß sich diese noch den größten Teil der Kunsterzeugnisse, deren sie bedurfte, wie einfache Werkzeuge und Kleider, selbst herstellte, so war sie im übrigen beim Austausch ihrer Erzeugnisse mit städtischen sehr im Nachteil: der Produktenüberschuß von neunzehn Zwanzigsteln tauschte sich gegen den Produktenüberschuß von einem Zwanzigstel aus, d. h. die in Gewerbeerzeugnissen verkörperte Arbeit galt zwanzigmal so viel wie die in den Erzeugnissen der Landwirtschaft steckende; Nahrungsmittel und Rohstoffe waren spottbillig, Gewerbeerzeugnisse behaupteten Monopolpreise. Heut tauscht sich der Produktenüberschuß von 36 Prozent landwirtschaftlich Beschäftigten gegen den von mehr als 50 Prozent im Gewerbe, in Verkehr und Handel Thätiger; bei Sperrung der Grenze gegen die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte würden daher diese viel teurer sein als die Industrieerzeugnisse, selbst schon abgesehn von dem Umstande, daß der technische Fortschritt diese stärker vermehrt als jene; die landwirtschaftliche Arbeit würde also höher bezahlt werden als die gewerbliche. Zweitens. Im Anfang der Besiedlung eines Landes ist der Boden wertlos; je mehr sich die Bevölkerung verdichtet, desto mehr gewinnt er Wert, einmal weil Arbeit in ihn hineingesteckt worden ist, dann aber und vorzugsweise, weil er einerseits das wichtigste Arbeitsmittel, andrerseits unentbehrliche Arbeits- und Wohnstätte ist, und daher ein heftiger Konkurrenzkampf um seinen Besitz entbrennt. Und weil nun der Mann, der den Boden bebauen will, vorher einen Preis dafür zahlen muß, daher muß er auch für sein Korn und Vieh einen höhern Preis fordern, und er bekommt ihn, weil ja die, wie schon dargestellt wurde, mittlerweile zahlreich

gewordne städtische Bevölkerung leben muß. Der steigende Bodenpreis, den der Bericht über den Agrarkongreß gar nicht erwähnt, ist die Ursache der Steigerung des Getreidepreises in einem gesperrten Lande,*) nicht die dort allein angeführte „Erhöhung der durchschnittlichen (berechtigten) Lebenshaltung, damit zusammenhängend der Löhne und der staatlichen und kommunalen Lasten und Pflichten." Und daß in neu erschlossenen Ländern der Boden nichts oder wenig kostet, eine gewerbliche Bevölkerung als einheimische Abnehmerin aber fehlt, ist die Ursache der dortigen niedrigen Getreidepreise. Zweckmäßig verwendete Produktionskosten (Düngung, sorgfältige Bearbeitung, Drainierung u. s. w.) werden durch den erhöhten Ertrag mehr als bezahlt; die höhere Lebenshaltung kostet bei hoch gesteigerter Produktivität der Arbeit nicht mehr als die ärmliche in einer Zeit unvollkommner Technik (eine ganze Bibliothek kostet heute nicht mehr als vor tausend Jahren ein Buch, die reiche Garderobe einer vornehmen Dame nicht mehr als ehedem ein einzelnes Kleid). Und was die Arbeiter anlangt, so ist die Wohlfeilheit des russischen, des indischen Arbeiters (der amerikanische, der australische ist nicht wohlfeiler sondern teurer als der unsrige) nur Schein. Lord Brassey hat die Erfahrung gemacht, daß der Kilometer Eisenbahn in allen Ländern gleich viel kostet, weil der Arbeiter, der doppelt, viermal, achtmal so viel Lohn erhält als der indische Kuli, auch doppelt, viermal, achtmal so viel leistet, und das gilt

*) Kl. meint zwar, der Morgen hiesigen Bodens sei bei einem Kaufpreise von 450 Mark eigentlich noch wohlfeiler als der Morgen Prärieboden ohne Wege, Brunnen, Gebäude und Vieh, den man geschenkt bekommt; aber dieser wird doch durch den Umstand in hohem Grade konkurrenzfähig, daß der Ansiedler Getreide zu produzieren anfängt, ehe er den bei uns landesüblichen landwirtschaftlichen Komfort erlangt hat.

für alle Klassen von Lohnarbeitern, auch für die landwirtschaftlichen. Es bleibt also von den Belastungen, die das Handbuch als Bestandteile höherer Produktionskosten anführt, nur die Gesamtheit der von Staat und Kommune auferlegten Steuern und sonstigen Leistungen übrig; aber gegen die Hauptlast, die gar nicht erwähnt wird, gegen den beim Kauf oder im Pacht gezahlten Bodenpreis verschwindet auch dieser Posten.

Also nicht die fortschreitende Kultur, sondern die wachsende Bevölkerung treibt im Laufe der Zeit die Getreidepreise in die Höhe, einmal durch die Verschiebung des Zahlenverhältnisses zwischen der bäuerlichen und der gewerblichen Bevölkerung, die die Arbeit dieser entwertet, den Wert der Arbeit jener beständig steigert, und andrerseits durch die Erhöhung des Preises für Grund und Boden, der mehr und mehr ein Monopolbesitz verhältnismäßig weniger wird. Diese doppelte Wertsteigerung tritt auch dann ein, wenn das Volk in allen Stücken seiner alten Technik treu bleibt, also in der Kultur gar nicht fortschreitet; nur verfällt es dann viel früher den Leiden der Übervölkerung, die bei höherer Kultur durch den Fortschritt der Technik hinausgeschoben werden. Die hohen Reinerträge der Landwirtschaft infolge hoher Getreidepreise wurden am Anfange unsers Jahrhunderts in England, in der Mitte des Jahrhunderts bei uns auf Kosten einer hungernden Arbeiterbevölkerung erzielt (das Wort Arbeiter hier in einem weitern Sinne genommen; auch z. B. die mit vierhundert Thaler besoldeten Gymnasiallehrer und ihre Familien haben damals gehungert). Sobald man auf diesem Punkte angelangt ist, ergiebt sich die Notwendigkeit, entweder durch großartigen Abfluß in Kolonisationsgebiete die Bevölkerung zu vermindern oder durch Erschließung ausländischer Getreideproduktionsgebiete Korn ins

Land zu bringen; in jedem der beiden Fälle drückt sich die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Volkszahl und Boden durch einen Sturz der Getreidepreise aus. Die Preise bleiben solange niedrig, als die Bevölkerung der neuen Zufuhrländer dünn bleibt. Verdichtet sich diese, so steigen natürlich die Getreidepreise, und wenn das Wachstum lange genug währt, wiederum zu unerträglicher Höhe. Der Preissturz der achtziger Jahre durch Einfuhr aus Ländern mit wohlfeilem Boden ist also ein natürliches und notwendiges Ereignis gewesen, das sich in der Weltgeschichte unzähligemal wiederholt hat und hoffentlich noch oft wiederholen wird. Hoffentlich, sagen wir, denn wenn kein wohlfeiler Boden mehr vorhanden sein wird, durch dessen Erschließung ein zu hoher Getreidepreis gestürzt oder, um die Sache genauer auszudrücken, dem Brotmangel einer im Verhältnis zu ihrem Boden übermäßig angewachsenen Bevölkerung abgeholfen werden könnte, so tritt Malthus mit seiner trostlosen Lehre die Herrschaft an.*)

Ich sagte oben, daß ich den Landwirten die Dauer der Preise von 1891 schon gönnen würde; wir haben aber nun gesehen, daß solche Dauer nicht möglich ist, und müssen außerdem hinzufügen, daß, wenn sie ein paar Jahrzehnte möglich wäre, sie die nächste Generation in eine desto schlimmere Krise stürzen würde, auf dem mehrfach beschriebnen Wege: der Getreidepreis steigert den Reinertrag, der Reinertrag wird zum gerade geltenden Zinsfuß kapitalisiert; nach dieser Kapitalberechnung kauft oder übernimmt der Nachfolger, nach

*) Obgleich, wie oben bemerkt wurde, Brot heute nicht mehr gleichbedeutend mit Nahrung ist, dürfen wir doch in diesem Zusammenhange der Kürze wegen ausschließlich von Brot und Getreide sprechen, weil, wenn das Land zu eng wird, mit dem Getreide auch die übrigen Nahrungsmittel teuer werden.

ihr belastet er seinen Besitz mit Hypotheken, und ist er nicht ein Mann von ganz außerordentlicher Tüchtigkeit, so bricht ihm der nächste Preisfall den Hals. Damit sind alle Bestrebungen gerichtet, die auf künstliche Erhöhung des Getreidepreises abzielen, insbesondre auch die Schutzzollpolitik. Ein vorübergehender Schutzzoll zur Abschwächung einer Krisis kann für zulässig erklärt werden; wenn die Getreidepreise stark zu sinken anfangen und zwar aus Ursachen, die längere Dauer versprechen, so mag man durch eine solche künstliche Preissteigerung die Gefährdeten unter den Gutsbesitzern vor dem Zusammenbruch schützen; nur muß man ihnen von vornherein klar machen, daß dieser Schutz nur eine vorübergehende Maßregel ist, und daß sie die Zeit des Schutzes dazu benutzen müssen, sich auf den unabwendbaren niedrigen Getreidepreis einzurichten, sei es durch eine Ertragsteigerung, die den Preisfall ausgleicht, sei es durch die stärkere Pflege der Fleisch- und Milchproduktion oder andrer sich darbietender Zweige des landwirtschaftlichen Gewerbes. Besser ist es, man verzichtet auf das gefährliche Mittel. Kl. sagt: Ich würde die Agrarzölle nicht eingeführt haben; nachdem sie aber einmal eingeführt worden sind, erfordert es die Gerechtigkeit, daß sie nur ganz allmählich wieder aufgehoben werden, weil sie eine Kapitalschenkung an die Gutsbesitzer bedeuten, deren plötzliche Zurücknahme verhängnisvoll wirken würde. In England führte man 1828, um die starken Preisschwankungen zu beseitigen, die gleitende Skala ein: bei 68 Schilling für den Quarter war der Zoll $18^2/_3$ sh, bei 69 war er $16^2/_3$ sh u. s. f., bis bei 73 sh der Zoll nur noch 1 sh betrug. Aber anstatt die Schwankungen zu vermindern, verstärkte sie dieser bewegliche Zoll. Conrad faßt sein Urteil über die Wirkungen der englischen Kornzölle in der neusten Auflage von Schönbergs Handbuch der politischen

Ökonomie, II, 245 in den Worten zusammen: „Die Erfahrungen in England scheinen uns das folgende festgestellt zu haben: vor allem hatte sich als unmöglich erwiesen, selbst durch die schärfsten Schutzzölle die Preisregulierung zu beherrschen. Überall zeigten sich die allgemeinen Konjunkturen mächtiger und maßgebend, wenn auch eine Erhöhung der inländischen Preise gegenüber den ausländischen, wie in England niemand bestritt, herbeigeführt wurde. Noch viel weniger gelang es, die Preisschwankungen zu vermindern, die vielmehr durch das englische Verfahren noch verschärft wurden. Es hat sich ferner gezeigt, daß die Zölle nicht imstande waren, trotz ihrer zeitweise exorbitanten Höhe, die landwirtschaftliche Produktion derart zu steigern, daß sie mit der Volkszunahme Schritt halten konnte. Die Bemühungen, auf solche Weise künstlich die Deckung des Nahrungsbedarfs im Inlande zu erzwingen, erwiesen sich als völlig fruchtlos. Außerdem ist zu beachten, daß nicht die Pächter, also die Landwirte, den erhofften Vorteil von der Maßregel erlangten, sondern die Grundbesitzer: wiederholt wird über die Klagen der Pächter berichtet, die sich durch die Zölle zu übermäßigen Pachtgeboten verleiten ließen und dann in die schwierigste Lage gerieten, als die Zölle den Rückgang der Preise nicht aufzuhalten vermochten. Schließlich verdient wohl hervorgehoben zu werden, daß die Beseitigung der Zölle nicht, wie es ihre Verteidiger als unvermeidlich in Aussicht stellten, den Ruin der Landwirtschaft zur Folge gehabt hat, vielmehr, wie allgemein anerkannt, trotz des gewaltigen Preisrückschlages sofort einen ganz außerordentlichen Aufschwung nahm, indem nun erst der natürliche Betrieb Platz griff und den Verhältnissen entsprechend die Viehzucht mehr als bisher in den Vordergrund trat, und auch die neusten für England überaus ungünstigen Konjunkturen haben

nur den Getreidebau weiter einschränken lassen und den Anbau von Futterkräutern erweitert, aber keineswegs einen Übergang zum extensivern Betrieb herbeigeführt." Man darf nämlich nicht etwa diesen heutigen Vorgang auf eine Stufe stellen mit der früher in England beliebten Verwandlung von Ackerland in Schafweide. Das war Übergang zu extensiver Wirtschaft. Dagegen ist die heutige englische Viehzucht, die mit kostspieliger Wiesenkultur und Stallfütterung betrieben wird, als höchst intensive Wirtschaft zu bezeichnen. Schon Rodbertus, der, allerdings nur in einem gewissen Sinne, der Vater unsrer Agrarier genannt werden kann, hat mit Beziehung auf die heutige englische Landwirtschaft und auf die italische in der römischen Kaiserzeit gesagt: wenn durch die Nähe großer Städte die Milchproduktion, die Geflügelzucht, der Gemüse- und Obstbau rentabel werden und den Körnerbau zurückdrängen, dann blüht gerade die Landwirtschaft.*)

Daß hohe Getreidepreise unsre heimische Landwirtschaft in den Stand setzen würden, durch erhöhte Produktion den inländischen Bedarf zu befriedigen, behaupten bekanntlich auch unsre deutschen Agrarier. Bei dieser Behauptung spielen jedoch mehrere Irrtümer in einander. Daß höhere Getreidepreise zur Ausdehnung des Körnerbaues verlocken, versteht sich; nur ist eine erhebliche Ausdehnung bei uns in Deutschland nicht mehr möglich; die Wiesenkultur und damit die zweifellos rentable Viehzucht noch mehr einzuschränken, als es ohnehin schon der Fall ist, daran wird doch kein verständiger Landwirt denken. Da-

*) Daß bei den kleinen Bauern, den Kuhbauern, der Getreideverkauf keine Rolle spielt, und daß ihre Geldeinnahmen hauptsächlich aus dem Verkauf von Milch, Butter, Geflügel, Eiern und Vieh fließen, ist eine der Ursachen, weshalb sie von der heutigen Krisis nicht berührt werden.

gegen kann allerdings durch gesteigerte Intensität der Kultur der Ertrag noch bedeutend gesteigert werden, denn einmal hat auch auf den Mustergütern die Intensität noch nicht ihren höchsten möglichen Grad erreicht, und dann ist, wie Kl. sagt, noch lange nicht die Hälfte des deutschen Bodens der heut schon erreichten Intensität des Anbaus teilhaft geworden.*) Die Steigerung der Intensität würde aber wahrscheinlich ausbleiben, wenn den Landwirten durch künstlich erzeugte hohe Getreidepreise ohne ihr Zuthun ein hoher Reinertrag gesichert würde. Gerade niedrige Getreidepreise zwingen dazu, durch Steigerung des Ertrags den Ausfall zu decken. Und das ist bis jetzt immer und überall gelungen, wo es auf die richtige Weise angefangen wurde; mit der Intensität ist, wie Kl. versichert, immer auch der Reingewinn gestiegen, und die Grenze, jenseits deren der Gewinn von den Kosten verschlungen oder gar überstiegen würde, ist noch nicht erreicht, geschweige denn überschritten. Also der deutsche Boden wird auch noch eine größere Einwohnerzahl als die heutige zu ernähren vermögen, aber niedrige Getreidepreise werden mehr dazu beitragen, eine solche Steigerung der Bebauungsintensität herbeizuführen, als hohe. Und ins unendliche läßt sich natürlich der Ertrag nicht steigern. Wo die Grenze liegen wird, kann man im voraus nicht wissen; sie kann z. B. nach zwanzig Jahren bei 60 Millionen Einwohnern erreicht sein. Dann wird die Einfuhr schlechterdings nicht mehr entbehrt werden

*) Ob der Bauernacker jemals den Ertrag der mit allen technischen Vorteilen arbeitenden Großwirtschaften wird liefern können, ist fraglich. Daß die kleine Wirtschaft mehr liefert wie die große, gilt nur für den gartenmäßigen Spatenbau. Von dem Anbau mit dem Pfluge gilt, wie Kl. sagt, vorläufig, daß in der kleinen Wirtschaft zwar der Reinertrag, der Rohertrag aber in der großen größer ist.

können, und bei schlechten Ernten versteht sich das auch vor dieser Zeit, wie bisher, von selbst. Darum darf der Auslandgetreidehandel nicht gehemmt, nicht gestört werden, sondern muß im Gange bleiben. Wollte man versuchen, über jene Grenze hinaus die Deckung des Bedarfs mit inländischem Getreide zu erzwingen, so würde der Fall eintreten, daß aller Gewinn von den Kosten verschlungen würde: der Staat müßte dann auch noch dazu einen Getreidepreis erzwingen, der hoch genug wäre, über die Kosten hinaus noch einen Gewinn abzuwerfen. Was eine so ungeheuerliche Politik für Folgen haben müßte, hat Brentano a. a. O. S. 59 geschildert. Da sich keine Regierung zu etwas so Unsinnigem entschließen wird, will ich lieber auf eine andre Seite der Sache hinweisen. Angenommen, es gelänge der heimischen Landwirtschaft ohne künstliche und Zwangsmittel, nur eben im natürlichen Verlauf ihrer fortschreitenden Vervollkommnung, den heimischen Bedarf eine Reihe von Jahren hindurch vollständig zu decken, dann würde doch ganz dasselbe eintreten, was jetzt dank der ausländischen Zufuhr, in den zwanziger Jahren aber dank ausreichenden Inlandsernten eingetreten ist: das Getreide würde wohlfeil sein; nach dem unabänderlichen Gesetze des freien Verkehrs sinkt der Preis so lange, als die Nachfrage durch das Angebot befriedigt wird, und hört erst auf zu sinken, wenn die Produzenten nicht mehr imstande sind, zum Marktpreise zu produzieren, ein Fall, der für Getreide sogar in den zwanziger Jahren in Deutschland noch nicht eingetreten ist. Das Agrarische Handbuch schreibt S. 376, als Ursache der niedrigen Preise habe man Überproduktion vorausgesetzt, Überproduktion sei jedoch thatsächlich nicht vorhanden. Überproduktion freilich nicht, aber eine Produktion, die hinreicht, den Hunger der überwiegenden Mehrzahl zu stillen, ins-

besondre den Hunger des deutschen Arbeiters, der es auf 600—1000 Mark Einkommen bringt; wer, wie viele italienische, spanische und russische Arbeiter, noch viel weniger verdient, der muß auch heute noch hungern; die Produktion hat also, weit entfernt davon, Überproduktion zu sein, noch nicht einmal die zur guten Ernährung der Bevölkerung Europas erforderliche Menge erreicht. Aber sie genügt, um noch den erträglich gestellten Teil der Arbeiterbevölkerung zu ernähren, darum ist ihr Preis so weit gefallen, daß ihn dieser Teil bequem zahlen kann. Das heißt mit andern Worten, die Weltproduktion und der Preis sind beide den deutschen Verhältnissen angemessen. Was das Agrarische Handbuch an der angegebnen Stelle weiter sagt, das gehört nicht mehr in eine ernsthafte Untersuchung, sondern ins Raritätenkabinett. „Es hat sich vielmehr ergeben, daß der dauernde Preisdruck im Getreide-Welthandel im wesentlichen die Folge von vier vereint wirkenden Ursachen ist: des börsenmäßigen Terminhandels, einer unwirtschaftlichen Tarifpolitik, ungenügender Organisation des Zwischenhandels, besonders mit Rücksicht auf die Ausgleichung der schwankenden Jahreserute, und einer fehlerhaften Währungspolitik der maßgebenden Kulturstaaten.“ Es ist einigermaßen beschämend für die deutsche Geisteskultur, daß ein Verein, der sich rühmt, 200000 Mitglieder zu haben, und dem vornehme Männer angehören, in einem seiner Organe solche Kindereien auftischen darf. Diese Erklärung des heutigen Weltpreises für Getreide steht auf einer Stufe mit der Zurückführung der Viehkrankheiten auf Verhexung.

Es ist also nichts mit dem stetigen Steigen der Getreidepreise bei fortschreitender Kultur. Sie schwanken auf und ab und werden nach jeder starken Abweichung von der Mitte zu dieser zurückgeführt, bei Abweichungen

nach oben durch Vermehrung, bei Abweichungen nach unten durch Verminderung des Anbaues.*) Nach einigen hundert Jahren wird man wahrscheinlich feststellen können, daß diese Mitte etwa vom Jahre 1860 ab zu sinken angefangen hat, weil seit dem Beginn unsers Jahrhunderts die Volksernährung so viel mannigfaltiger geworden ist, daß Roggen und Weizen einen kleinern Teil der Nahrungsmittelmenge bilden als ehedem, nicht mehr so unbedingt unentbehrlich sind und daher an Wert verloren haben.

Ist demnach das Streben des Bundes nach dieser Seite hin auf etwas Unmögliches**) gerichtet, so ist

*) Als normalen Mittelpreis kann man gegenwärtig den von 17 Mark für Weizen und von 14 Mark für Roggen annehmen; bei diesem Preise, sagt F., kann jeder Landwirt bestehn, auch der verschuldete; und bei diesem Preise, fügen wir hinzu, kann sich jeder Arbeiter satt essen, dessen Einkommen nicht tief unter dem normalen steht.

**) Auf dieses Unmögliche läuft auch die Weisheit des in allem übrigen so verständigen Stefan von Tisza hinaus. Er gelangt in der erwähnten Schrift zu folgendem Ergebnis. Das einzige Mittel, den Kornpreis zu heben, ist der Schutzzoll. Nun übt aber der Schutzzoll natürlich nur in solchen Ländern eine Wirkung aus, die Getreide einführen. Ungarn führt welches aus, der Getreidezoll wäre also für diesen Staat eine Lächerlichkeit. Wie ist da zu helfen? Ganz einfach dadurch, daß man Ungarn zu einem Getreide einführenden Lande macht — durch die Zollunion mit Cisleithanien. Die österreichische Gesamtmonarchie bedarf eines Zuschusses an Getreide. Bildet sie ein einziges Zollgebiet, so wird in diesem ein Getreidezoll den Preis erhöhen, und Ungarn wird als Teil dieses Gebietes auch dieser Preiserhöhung teilhaftig werden. Ungarn wird dann seinen ganzen Getreideüberschuß im Inlande abzusetzen imstande sein. Sehr schön drückt dieser Agrarier seine eigentliche Meinung in dem Satze auf Seite 63 aus: „Wir können daher mit Recht hoffen, daß auch das gemeinsame Zollgebiet in die Reihe der an Weizenmangel leidenden [warum nicht gleich lieber der Hunger leidenden?] Konsumtionsgebiete treten wird, und der Schutzzoll zu Gunsten unsrer Landwirte vollständig zur Geltung gelangt." Bei Gelegen-

dafür das andre Ziel, das er seiner Thätigkeit setzt, die Verminderung der Preisschwankungen, an sich vernünftig. Unvernünftig dagegen wiederum seine Wut gegen den Getreidehandel, da es ja gerade dieser ist, und dieser allein, der die Preisbewegung diesem Ziele schon so nahe gebracht hat. Während die Edelmetalle das wertbeständigste aller Güter sind, weil sie jahrhundertelang dauern, sodaß der jährliche Zuwachs nur einen kleinen Teil ihrer Gesamtmenge bildet,*) giebt es kein Gut, dessen Verkehrswert oder

heit des bevorstehenden Ausgleichs die Zollunion mit Cisleithanien zu befördern, scheint der Hauptzweck der Broschüre zu sein. — Ungarn hat übrigens Getreidezölle und will sie sogar erhöhen. Wekerle hat in der Zoll-Enquete-Kommission die bestehenden gebilligt, weil sie zwar nicht preiserhöhend wirkten, aber den Grenzverkehr regelten, die beabsichtigte Erhöhung jedoch widerraten. — Die preußischen Agrarier sind bekanntlich, so lange Preußen zu den Getreide ausführenden Staaten gehörte, fanatische Freihändler gewesen. Im Mai 1873 beantragten die Abgeordneten von Behr und Genossen (meistens ostpreußische Großgrundbesitzer) im Reichstage die Aufhebung fast aller Eisenzölle. Seine Begründungsrede leitete der Antragsteller mit den Worten ein: „Nehmen Sie vor allem die Versicherung entgegen, daß mir nichts ferner liegt, als Ihnen die Notwendigkeit der Aufhebung der Eisenzölle beweisen zu wollen; Axiome, meine Herren, beweist man nicht." (Die Ideen der deutschen Handelspolitik von 1860 bis 1891. Von Dr. Walter Lotz. Seite 105.)

*) Es ist dieses eine der Eigenschaften, die die Edelmetalle zu Wertmessern und Tauschmitteln geeignet machen, und seitdem die Silberproduktion so stark gestiegen ist, daß der jährliche Zuwachs einen bedeutenden Teil der vorhandenen Silbermenge ausmacht, daher das Silber rasch entwertet, taugt das Silber nur noch als Scheidemünze, aber nicht mehr als Währungsmetall. Sehr langsam, im Laufe der Jahrhunderte, hat sich auch der Wert des Währungsmetalls schon immer geändert. Die aus solchen Änderungen entspringenden Änderungen der Getreidepreise haben wir nicht zu berücksichtigen, weil jede solche Änderung nicht die Getreidepreise allein, sondern die gesamte Warenmenge sowie alle Dienste und Leistungen betrifft. Starke und

Marktpreis so rasch und stark schwankte, als das Getreide. Denn bei diesem ist die Ernte jedes Jahres größer als der vorjährige Bestand; Bestände aus frühern Jahren aber giebt es in nennenswerten Mengen überhaupt nicht, und die Ernteausfälle sind sehr ungleich. So steht denn einer immer gleichen und mit der Bevölkerung langsam steigenden Nachfrage ein stark wechselndes Angebot gegenüber; und da das Brotgetreide unbedingt gebraucht wird, so wird bei schwachem Vorrat, wo jeder eilen muß sich zu versorgen, die Nachfrage stürmisch und treibt den Preis zu einer nur den Wohlhabenden erschwingbaren Höhe, sodaß deren Ernährung gesichert wird, indem die Preishöhe den Wettbewerb der zum Hungern verurteilten Armen von vornherein ausschließt. Bei Überfluß dagegen bleiben große Massen unverkäuflich, weil niemand mehr kauft, als zum Sattessen erfordert wird, und das Angebot unverkäuflicher Ware drückt den Preis sehr tief. So schwankte denn im Mittelalter der Kornpreis zunächst in jedem Jahre so stark,

verhältnismäßig rasche Preisbewegungen des Währungsmetalls bilden Hauptabschnitte der Weltgeschichte. Nur drei davon kommen für unsre Kulturwelt in Betracht. In der Völkerwandrung verschwand der Edelmetallschatz des Römerreichs, und es dauerte lange, ehe er wieder ergänzt wurde; deshalb war das Mittelalter eine an Gold und Silber arme Zeit, dieses sehr teuer, alle Waren dem Nominalpreise nach spottbillig und die Gehälter, soweit solche in jener Zeit vorherrschender Naturalwirtschaft gezahlt wurden, lächerlich klein. Die Entdeckung der neuen Welt um das Jahr 1500 vermehrte die Edelmetallmenge rasch und hob die Preise auf das fünf- bis sechsfache, ungefähr auf den Stand der des römischen Reiches in der Kaiserzeit. Eine zweite kolossale Edelmetallflut begann sich mit der Entdeckung der kalifornischen Goldlager, der bis heute immer weitere Entdeckungen gefolgt sind, über Europa zu ergießen, doch wurde diesmal die preiserhöhende Wirkung der Goldvermehrung durch die gleichzeitig wachsende Produktivität der Arbeit ausgeglichen, da diese die Waren stetig verbilligt.

daß er vor der Ernte regelmäßig doppelt so hoch war wie nachher. Infolge der Mißernte von 850 war der Kornpreis dreißigmal so hoch, als er unter Karl dem Großen im Durchschnitt gewesen war. Selbstverständlich haben nur abgesperrte Produktionsgebiete so starke Schwankungen zu erdulden. Da niemals alle Länder Europas oder gar der Erde gleichzeitig Mißwachs oder überreiche Ernten haben, werden die Schwankungen in dem Maße vermindert, als ein sich stetig vervollkommnender Verkehr die verschiednen Produktionsgebiete in beständige Verbindung mit einander bringt und Mangel und Überfluß ausgleicht. Während im dreizehnten Jahrhundert der höchste Kornpreis das 64fache des niedrigsten gewesen war, im fünfzehnten sogar das 171fache, war er im sechzehnten nur noch das 26fache, in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts das vierfache. (Roscher, System II S. 553 bis 554.) Doch kommen in einzelnen Gegenden Deutschlands auch in unserm Jahrhundert noch sehr starke Schwankungen vor. In Witten galt an Martini 1823 der Scheffel Roggen 1 Mark 67 Pfennige; an Martini 1817 hatte er 12mal so viel gegolten. (L. Becker: Der alte Harkort, S. 149.) Wenn nun bei der stärksten Schwankung, die wir in der neusten Zeit zu verzeichnen haben, der Roggenpreis von 20,8 Mark im Jahre 1891 nur auf 11,7 im Jahre 1894, also nicht ganz auf die Hälfte gesunken ist, so muß man das als eine der großartigsten Leistungen des Welthandels bezeichnen, und diesen anfeinden, das heißt, uns aufs neue der Gefahr der frühern großen Schwankungen aussetzen.

Nun wäre es ja möglich, daß die vollendete Technik unsrer Zeit in der Hand einer außerordentlich weisen, starken und uneigennützigen Zentralinstanz den Schwingungsraum noch weiter zu verengern und etwa in die Grenzen 100 zu 75 einzuschließen vermöchte. Und es

wäre möglich, daß Kornhausgenossenschaften, über die ganze Welt ausgedehnt und mit einer Zentralinstanz in Verbindung gesetzt, diese Leistung vollbrächten. Ob es geschehen wird, das muß abgewartet werden. Über die Kornhausgenossenschaften urteilt ein intelligenter und erfolgreicher Rustikaler, den ich gesprochen habe, höchst ungünstig. Er glaubt nicht, daß eine Kornhausgenossenschaft die Landwirte so billig und reell bedienen werde wie der Getreidejude, mit dem sie vollkommen zufrieden seien; die Teilnehmer solcher Genossenschaften würden dabei viel Geld verlieren, ohne einen Nutzen davon zu haben. Kl. meint, nur in Produktionsgebieten, die an unentwickelten Verkehrsverhältnissen litten, könnten solche Genossenschaften Nutzen stiften, und zwar würden dort die kleinen Landwirte mehr davon haben als die großen.

Eine andre Frage ist, ob die Agrarier mit ihren beiden Behauptungen Recht haben, daß die Börsenspekulation den Getreidepreis gedrückt und die Schwankungen vermehrt habe. Die erste Behauptung würde, wenn sie wahr wäre, nicht einen Vorwurf, sondern das höchste Lob bedeuten. Der Handel, mag er börsenmäßig betrieben werden oder nicht, hat gar keine andre Aufgabe, als die Güter so rasch und so wohlfeil wie möglich aus den Händen des Produzenten*) in die des Konsumenten zu bringen, also sie zu verbilligen. Zu glauben, daß der Spekulant an der Wohlfeilheit ein persönliches Interesse habe, und daß eine internationale Verschwörung von Baissiers darauf ausgehe, den Getreidepreis dauernd niedrig zu halten, ist ein so toller Unsinn, daß es gar nicht lohnt, auf

*) Des Produzenten im engern Sinne; im weitern Sinne ist der Händler selbst Produzent, sofern ohne ihn die Ware für den Konsumenten nicht vorhanden sein würde. Wo er überflüssig ist, soll er natürlich ausgeschaltet werden.

die dafür vorgebrachten Beweise zu hören, auch wenn diese in unendlich langen Zahlenreihen bestehen und von Leuten beigebracht werden, die bekennen, selbst zu den Spekulanten von Beruf zu gehören. Es liegt im Wesen der Spekulation, daß sie weder bei gleichmäßig hohen noch bei gleichmäßig niedrigen Preisen, sondern nur bei Preisschwankungen möglich ist. Und während eine dauernde künstliche Verteuerung auf abgeschlossenen kleinen Produktionsgebieten schon oft herbeigeführt worden*) und im heutigen Welthandelsgebiet wenigstens theoretisch denkbar ist — die praktischen Versuche, wie der letzte Leitersche Weizencorner, haben immer nur für ein begrenztes Gebiet und für eine kurze Zeit Erfolg gehabt —, ist eine dauernde künstliche Verbilligung des Getreides an sich und schlechthin unmöglich. Getreide einzusperren und dadurch bei reichlichem Vorrat teuer zu machen, das ist wohl möglich, aber es bei mangelndem Vorrat wohlfeil zu machen, das ist unmöglich. Wenn der Bedarf nicht gedeckt ist, wenn also der vorhandne Vorrat den niedrigen Preis nicht rechtfertigt, dann kann keine Macht der Erde das Steigen des Preises hindern, denn die Nachfrage wird stärker werden als das Angebot, und wer Getreide hat, er sei Landwirt oder Händler, wird mehr fordern. Niemand könnte das ändern als ein Konsortium von Milliardären, die das, was Händler und Produzent mehr forderten, aus ihrer Tasche zuschössen,

*) Darauf spekulieren ja auch manche Landwirte bei der Empfehlung der Kornhäuser; die Kornhausverwaltung soll ihnen Vorschuß auf das eingelieferte Getreide zahlen und dann mit dem Verkauf zurückhalten, um den Preis hoch zu treiben. Auch die bekannten Klagen des Berliner Proviantamts darüber, daß ihm kein Getreide angeboten werde, beweisen, daß sich die Landwirte auf die künstliche Preissteigerung verstehen, woraus wir ihnen natürlich keinen Vorwurf machen.

und auch damit würde es nicht lange gehn, denn wenn die Konsumenten durch den niedrigen Preis in den Stand gesetzt würden, im alten Umfange weiter zu kaufen, würden sie alle Vorräte vor der nächsten Ernte aufzehren, und dann müßten die wohlthätigen Milliardäre ihr Geld in der Tasche behalten. Daß die Börse die Schwankungen der Getreidepreise nicht bloß ausgleicht, sondern zuweilen auch verstärkt, daß sie vorübergehend, auf einige Tage oder Wochen, den Preis über das durch die Vorräte gerechtfertigte Maß hinaustreibt oder darunter drückt, soll nicht bestritten werden. Ob aber diese ihre Verfehlungen die Unterdrückung des Terminhandels rechtfertigen, diese Frage ist, wenigstens für mich, heute noch nicht spruchreif; sie wird erst nach mehrjähriger Erfahrung mit Sicherheit beantwortet werden können. Heut bejahen sie die meisten Landwirte, weil zufällig mit dieser Maßregel eine Steigerung der Getreidepreise durch zwei schwache Welternten eingetreten ist. Kl. meint, unmittelbar schädige das Differenzspiel zwar nur die Spekulanten, die schlecht spekulieren, ziehe aber doch auch die reelle Geschäftswelt in Mitleidenschaft. Der oben erwähnte intelligente Rustikale dagegen ist überzeugt, daß das Differenzspiel den Landwirten, die nicht mit gespielt haben, nicht geschadet habe, und daß ihnen das Spielverbot nichts nütze; das Termingeschäft an sich zu verbieten sei unmöglich. Tisza beweist in der angeführten Schrift S. 45 bis 54, daß der Glaube an den Preisdruck, den der „Papierweizen" ausüben soll, Aberglaube sei. „Der Spekulant ist weder der Freund noch der Feind des Landwirts. Es ist ihm vollständig gleichgiltig, ob er seinen Gewinn bei steigender oder fallender Preisveränderung realisiert; er wird Haussier sein, wenn er die erstere für wahrscheinlicher hält, und Baissier, wenn er an die letztere glaubt. Die Masse der Spekulanten ist

thatsächlich je nach individueller Anschauung und Temperament in diese zwei Lager geteilt, den massenhaften Verkäufern des Papierweizens steht die Menge der Käufer gegenüber; bald wird die eine, bald die andre Tendenz das Übergewicht erlangen, aber im Endergebnis müssen die beiden zu einem Gleichgewicht gelangen und muß eine Preisgestaltung resultieren, die dem Verhältnisse des wirklichen Bedarfs und Vorrats entspricht." Irre die Spekulation, so irre sie zum Schaden der Spekulanten, nicht selten sogar zu Gunsten der Landwirte, wie in der Campagne 1891/92, wo die Spekulanten den Weltvorrat unterschätzten und die Preise höher als nötig trieben; „wir wurden dadurch in die Lage versetzt, vier Monate hindurch unsern Weizen zu einem um nahezu zwei Gulden höhern Preise abzusetzen, als das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage gerechtfertigt hätte." Das Termingeschäft setze den Landwirt in den Stand, seine eigne Ernte möglichst vorteilhaft zu verwerten; ohne ihn werde sie ihm oft unverkäuflich auf dem Halse bleiben; ein solider Getreidehandel sei ohne Termingeschäft auf die Dauer gar nicht möglich. Die Landwirte mögen den ausführlichen Nachweis bei Tisza selbst nachlesen. Man mag den ungarischen Magnaten nachsagen, was man will, aber daß sie sich auf ihren Vorteil nicht verstünden, hat ihnen noch niemand vorgeworfen. Die Feindschaft der Agrarier gegen die Börse führt Tisza S. 40 bis 41 auf zwei Ursachen zurück. Erstens hätten viele von ihnen ohne die genügende Sachkenntnis an der Börse gespielt und sich dabei die Finger verbrannt. Zweitens hätten sie sich daran gewöhnt, im Liberalismus und im mobilen Kapital, die ihnen zu einem Phantasiegebilde verschmelzen, ihren Feind und in der Börse eine Waffe dieses Feindes zu sehen.

Im einzelnen ist also in dieser Angelegenheit noch manches unentschieden; vollkommen gewiß jedoch

ist folgendes: das Börsenspiel ist sittlich verwerflich und schädigt die Teilnehmer. Kann es der Staat unterdrücken, ohne das reelle Geschäft zu lähmen, so soll er es thun; würde dagegen durch die Unterdrückung der Getreidehandel gelähmt, so wäre der Preis zu hoch für eine Einschränkung der Spielwut, die ohnehin schon Mittel und Wege finden würde, sich anderwärts Ersatz zu verschaffen.*) Und mag es sich damit verhalten, wie es will, jedenfalls sind die Schädigungen, die das Spiel der Landwirtschaft zugefügt hat, im großen und ganzen genommen so gering, daß sein Verbot weder ihre Lage im allgemeinen noch auch nur die Bewegung der Getreidepreise in einem bemerkbaren Grade zu ändern vermag.

Der Bund der Landwirte befindet sich also im Irrtum sowohl mit seiner Ansicht, daß die niedrigen Getreidepreise eine Krisis der Landwirtschaft und des landwirtschaftlichen Grundbesitzes verschuldet hätten, wie in Beziehung auf die Ursachen des Preisfalls und die Mittel dagegen. Seine übrigen Forderungen sind nebensächlich und können kurz abgefertigt werden. Seine Agitation gegen die Handelsverträge ist verwerflich; autonome Tarife kann auf die Dauer nur ein Staat behaupten, der so groß ist, daß er ein sich selbst genügendes Handelsgebiet bildete. Übrigens würde man sich täuschen, wenn man glaubte, die Agrarier durch eine nach ihren Wünschen eingerichtete Handelspolitik zufrieden stellen zu können. Jetzt thun sie so, als ob alles Unheil von Caprivi käme, sie haben aber

*) Die Cornerbildung ist nicht mehr gewöhnliche Spekulation, sondern Wucher alten Stils im großen. Natürlich wäre es sehr zu wünschen, daß sie für die Zukunft unmöglich gemacht würde. Der Leitersche Corner soll in Spanien stellenweise Hungersnot hervorgebracht haben.

unter Bismarck und beim Fünfmarkzoll gerade so gejammert, geschimpft und agitiert wie heut. Ob gemischte Transitläger und Zollkredite der Landwirtschaft schaden oder nicht, das ist eine technische Frage von untergeordneter Bedeutung; ihre Entscheidung in dem einen oder dem andern Sinne wird keine große Wirkung erzielen. Die Forderung, daß die Reichsbank den Landwirten durch eine ihren Bedürfnissen angemessene Kreditgewährung dienstbar gemacht werden soll, muß abgewiesen werden. Die Reichsbank ist kein Kreditinstitut, sondern hat nach § 12 des Reichsbankgesetzes die dreifache Aufgabe, „den Geldumlauf im gesamten Reichsgebiet zu regeln, die Zahlungsausgleichungen zu erleichtern und für die Nutzbarmachung verfügbaren Kapitals zu sorgen." Diese letzte Aufgabe lösen heut andre Geldinstitute; die ersten beiden aber hat sie bisher in befriedigender Weise gelöst. Für den Realkredit der Gutsbesitzer sind die Landschaften und Hypothekenbanken da, den Personalkredit haben Genossenschaften zu gewähren. Daß der Bund die Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften in raschern Fluß gebracht und zur Errichtung der Zentralgenossenschaftskasse durch seine Agitation beigetragen hat, sind seine einzigen beiden positiven Leistungen, für die er Dank verdient. Weit größern Dank würden die Ruprecht, Ploetz, Hahn u. s. w. verdienen, wenn sie es gemacht hätten wie die Raiffeisen, Schorlemer, Huene u. s. w., die viele Jahre vor Gründung des Bundes in aufopferungsvoller geräuschloser Thätigkeit Genossenschaften gegründet und geleitet und die Bauern über ihre wahren Interessen aufgeklärt haben ohne Geschrei und lärmende Reklame, ohne demagogische Agitation und Wühlerei, und ohne vom Staate auch nur einen Pfennig, auch nur ein Gesetz zu fordern. Die „schleunige internationale Regelung der Währungsverhältnisse zu Gunsten einer Remonetisierung des

Silbers" ist glücklicherweise eine unerfüllbare Forderung; würde sie erfüllt, so würde sie uns, und namentlich den ärmern, hart arbeitenden Teil der Bevölkerung: die Lohnarbeiter, Handwerker, kleinern Bauern, kleinen Beamten in das furchtbarste Unglück stürzen. Über die Nützlichkeit aller andern Gesetze, die im neuen Reich erlassen worden sind, mag man verschiedner Meinung sein, daß das Währungsgesetz ein großer Segen ist, daran hat noch nie ein Vernünftiger gezweifelt. Mag der arme hart arbeitende Mann noch so wenig haben, wenigstens weiß er heute genau, was er hat, und kein Schwindel kann ihm den Wert des Geldes, das er in der Hand hält, verkürzen. Wer die Zeit noch vor Augen hat, wo die arme Witwe, wenn sie in den Laden kam, an ihrem irgend einem kleinen Raubstaate entstammenden Papierthaler 5 Silbergroschen einbüßen oder hören mußte, daß ihr Viergroschenstück gar nichts gelte, der segnet Bismarck wenigstens dafür, daß er uns zu einer festen Währung verholfen hat, wenn er ihm auch sonst vielleicht gram ist. Die Silber- oder Doppelwährungsschwärmer bestehn aus zwei verschiednen Klassen von Menschen. Die einen sind unredliche Spekulanten, die ihre Gläubiger um die Hälfte ihres Guthabens betrügen und aus der wilden Agiotage, die bei schlechter und schwankender Währung einreißt, Gewinn ziehn wollen; die andern sind verbohrte Theoretiker und unklare Köpfe, die beim Grübeln über die allerdings nicht leichten Preis- und Währungsfragen verrückt geworden sind. Wenn die Agrarier ferner fürs Vieh wirksamen Seuchenschutz fordern, so hat dagegen selbstverständlich niemand etwas einzuwenden. Was zu einem wirksamen Seuchenschutz gehört, und ob der jetzt bestehende Grad von Absperrung notwendig ist, das sind veterinärtechnische Fragen, von denen ich nichts verstehe. Ebensowenig maße ich mir an, zu

entscheiden, ob der jetzige Fleischpreis unangemessen hoch ist (so hoch ist er jedenfalls, daß es schon Verschwendung genannt werden muß, wenn sich eine Familie von 1200 Mark Einkommen an allen Sonn- und Feiertagen gebratnes Fleisch gönnt), und ob eine gehörig „geschützte" deutsche Landwirtschaft imstande sein wird, den Fleischbedarf des Volkes zu decken. Die Frage ist schon deswegen schwer zu entscheiden, weil zwar angegeben werden kann, wie viel Brot und Kartoffeln ungefähr zur Sättigung von 52 Millionen Magen erfordert werden, aber nicht, wie viel Fleisch dazu kommen muß, um die Ernährung gesund zu machen. Erklären doch die Vegetarier das Fleisch für schädlich. Kl. steht in diesem Punkte auf seiten der Agrarier.*) Jedenfalls liegt die Gefahr nahe, daß, wo es sich um Grenzsperren handelt, die veterinärtechnischen Erwägungen einigermaßen durch den Gedanken an die von der Sperre zu erwartende Preissteigerung beeinflußt werden. Ein englischer Minister

*) Nur im oberschlesischen Industriebezirk, behauptet er, seien die Preise bedeutend gestiegen, dieser habe sich aber eben vor der Grenzsperre eines abnorm niedrigen Preises erfreut, auf den er keinen Anspruch habe. Soweit eine kleine Preiserhöhung eingetreten sei, sei sie verschuldet durch die Schlachthäuser, die den Fleischern den Gewerbebetrieb verteuerten, durch die übertriebne veterinärpolizeiliche Aufsicht (z. B. doppelte Untersuchungen, deren eine überflüssig sei) und ähnliche büreaukratische Maßregeln, die viel Kosten und nebenbei eine Unmasse von Schreiberei verursachten; jeder größere Gutsbesitzer habe einen halben Geheimrat durchzuschleppen. Von dieser Seite her betrachet sei auch an der Arbeiterversicherung, über die an sich kein Landwirt hiesiger Gegend klage, so manches bedenklich. Er selbst zahle für die Arbeiter seines Steinbruchs — er hat diesen mit den Überschüssen seiner Landwirtschaft erworben — 1000 Mark Unfallversicherungsbeiträge, so viel aber werde von der betreffenden Berufsgenossenschaft an Unfallsentschädigungen dem ganzen Kreise nicht gezahlt.

hat einmal geäußert: „'s ist merkwürdig; so oft bei uns das Rindfleisch abschlägt, bricht sofort auf dem Kontinent die Maul- und Klauenseuche aus.“ Wenn dann gesetzliche Maßregeln gegen Verfälschung aller Produkte der Landwirtschaft sowie der Düngemittel und „ein wirksames Margarinegesetz“ gefordert werden, so ist darauf zu erwidern, daß die Behörden ohnehin gegen jede Art von Verfälschung thun, was sie können, und daß es uns sehr lieb wäre, wenn Butter und Schweinefett so wohlfeil würden, daß kein Mensch nötig hätte, zu weniger appetitlichen Fetten seine Zuflucht zu nehmen; so lange dieses nicht der Fall ist, können wir ein „wirksames“ Margarinegesetz nicht billigen; denn damit ist doch wahrscheinlich ein Gesetz gemeint, das die Herstellung und den Verkauf von Margarine unmöglich macht; daß Margarine für Butter verkauft würde, konnte auch schon vor Erlaß des Margarinegesetzes, das uns die Agrarier beschert haben, nicht leicht vorkommen. Auf Vereinfachung der Arbeiterversicherung, die weiterhin verlangt wird, und auf „angemessenere Verteilung der Lasten“ ist die Regierung beständig bedacht; übrigens vernimmt man bei unsern schlesischen Bauern keine Klagen oder wenigstens keine besonders lebhaften Klagen weder über die Geldkosten der Versicherung noch über die Belästigung durch den Klebezwang. (Siehe jedoch die vorhergehende Anmerkung.) Ferner wird gefordert: „Angemessene Berücksichtigung der Eigenart der landwirtschaftlichen Nebengewerbe in der Gesetzgebung, um dieselben dem landwirtschaftlichen Betriebe als solche zu erhalten und sie der Loslösung von der Landwirtschaft und der einseitigen Ausbeutung durch das Großkapital zu entziehen.“ Eine sehr unverständliche Forderung! Ist etwa das Kapital, womit Magnaten ihre Zuckerfabriken, Brennereien, Brauereien, Ziegeleien u. s. w. gründen, kein Großkapital? Oder

hat jemals das Kaufmannskapital einem Rittergutsbesitzer seine Brennerei geraubt? oder werden die Bauern einer Rübengegend gehindert, eine Zuckerfabrik auf Aktien zu bauen? Daß aber jeder Bauer seine eigne Brennerei bekäme, vermöchte beim heutigen Stande der Technik wohl kein Gesetz zu ermöglichen. Zu der Zeit freilich, wo das ganze Braugerät in einem großen Topfe bestand, hat jede Bauersfrau das Bier der Familie selbst bereitet, aber bei der heutigen Brau- und Brennweise wird es wohl dabei bleiben, daß die Bauern froh sind, wenn das „Kapital" ihnen Brennereien und Brauereien darbietet, an die sie ihre Kartoffeln und ihre Gerste verkaufen können. „Angemessene Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen bei der Anlage und dem Betrieb öffentlicher Verkehrsanlagen" versteht sich von selbst; daß allerdings des eingebildeten Interesses einer Gruppe von Landwirten zuliebe ein für die Gesamtheit oder für eine ganze Provinz notwendiger Kanalbau unterbleibe, versteht sich schon weniger von selbst.

Wenn endlich gewünscht wird, daß alle die Landwirtschaft berührenden Rechtsverhältnisse zu einem besondern Agrarrecht zusammengefaßt werden, „das der Natur des ländlichen Grundbesitzes nach deutschrechtlicher Anschauung entspricht," so ist dagegen an sich gewiß nichts einzuwenden; nur wird es, selbst wenn eine Vertretung von Landwirten ohne die Mitwirkung von Juristen und von Vertretern der übrigen Berufsstände die Aufgabe zu lösen hätte, ziemlich schwer halten, die Meinungen über das, was „der Natur des ländlichen Grundbesitzes nach deutschrechtlicher Anschauung" entspreche, unter einen Hut zu bringen. Gleich bei einer der allerwichtigsten Fragen würde ein unversöhnlicher Zwiespalt hervortreten. Während der niedersächsische Bauer von jeher das Anerbenrecht selbstverständlich gefunden, den zu-

künftigen Anerben von Kindesbeinen an als „den Bauer“ und die übrigen Söhne als Knechte behandelt hat, dünkt sowohl den Süd- und Mitteldeutschen als auch den Schlesiern eine solche Härte gegen eigne Kinder, eine solche Behandlung des Gutes als der Hauptsache und der Menschen als bloßen Zubehörs ganz unerträglich; bei uns mag kein Bauer etwas wissen von Höferollen und andern ähnlichen Veranstaltungen zur Erhaltung eines „leistungsfähigen“ Bauernstandes. Die Erwähnung des Agrarrechts hätte nun die Bundesführer eigentlich mit der Nase auf die zwei Dinge stoßen müssen, die wir als die zwei Krisenerzeuger nachgewiesen haben: die Volksvermehrung und den Arbeitermangel. Aber diese beiden den Kern der heutigen Agrarfrage ausmachenden Dinge sind in das Programm nicht aufgenommen worden. Aus diesem ganzen Programm tritt die Natur unsrer Agrarierführer deutlich hervor; es sind beschränkte, kurzsichtige, kleinliche Profitchensucher, die, blind für den großen Zusammenhang der Dinge, wie toll drauf losstürzen, wo immer ein kleiner augenblicklicher Geldvorteil winkt oder auch nur zu winken scheint. Was uns anbetrifft, so sind wir so weit entfernt von kleinlicher Auffassung, daß wir die „Liebesgaben“*) und andre dergleichen Zugstücke der freisinnigen Polemik gar nicht der Erwähnung wert erachten. Jene beiden Dinge, die, wie gesagt, den Kern

*) Von dem den Brennern durch die ungleiche Besteuerung des kontingentierten und des nichtkontingentierten Spiritus zugewandten Vorteil urteilt Kl., das sei eine Liebesgabe an Brenner, die zufällig auch Landwirte seien; die Spiritussteuergesetzgebung als einen Vorteil für die Landwirtschaft darzustellen, so reiner Bauernfang. Er für seine Person würde gar nichts dagegen haben, wenn alle Brennereien eingingen; es würde dann keine betrunknen Arbeiter mehr geben.

der Agrarfrage ausmachen, kommen ja nun allerdings, wenn auch nicht im Programm, so doch wenigstens an andern Stellen des Handbuches vor, aber freilich nur nebenbei und in verhunzter Gestalt. In dem Artikel „Bevölkerungsbewegung," der nichts als Statistik enthält, sucht man vergebens einen Hinweis auf den Einfluß der Volkszunahme auf die Bodenverteilung und die Bodenverschuldung. Einen Artikel „Erbteilung" giebts nicht. Nur der Artikel „Anerbenrecht" kommt dem Gegenstande nahe, ohne ihn jedoch zu berühren. Der Arbeitermangel wird in dem Artikel „Arbeiter" zurückgeführt auf die „Anziehungskraft der Stadtluft, die Hoffnung auf ein ungebundnes, vergnügungsreicheres Leben," eine Erklärungsweise, die wir zur Genüge charakterisiert haben. Als einziges Mittel der Abhilfe wird empfohlen eine „nationale Wirtschaftspolitik," die die übermäßige Ausdehnung der Exportindustrie in „wohlthätigen" Schranken halten und die Landwirtschaft in den Stand setzen soll, höhere Löhne zu zahlen als die Industrie. Von den andern Hilfsmitteln, die vorgeschlagen zu werden pflegen, z. B. Seßhaftmachung von Landarbeitern, heißt es, sie seien „sekundärer Natur" und könnten „nur in geringem Umfange Nutzen schaffen." In dem Artikel „Entvölkerung" aber wird gesagt, die Ursache des Rückgangs der ländlichen Bevölkerung sei „zum großen Teil im Rückgang der landwirtschaftlichen Rentabilität zu suchen." Gerade umgekehrt verhält sich die Sache! Steigende Rentabilität der Landwirtschaft hat in England wie in Ostelbien zum Bauernlegen und zur Latifundienbildung verlockt, und diese ist es, die das Land entvölkert. Wenn heut auch den Bauerndörfern Entvölkerung droht, so ist auch dieses noch eine Nachwirkung der Begründung des Großgrundbesitzes, da diesem zu Gefallen zu viel kleine Stellen eingezogen und statt festgewurzelten

Ackerhäuslern flugsandartige Inlieger geschaffen worden sind.

Eine besondre Eigentümlichkeit der vom Bunde geleiteten Agraragitation bleibt uns noch zu beleuchten übrig: daß sie durch und durch sozialistisch ist. Damit soll ihr kein Vorwurf gemacht werden; Bismarck hat bekannt, daß er sich vor dem Worte Sozialismus nicht fürchte, und ein englischer Minister hat im Parlamente behauptet: wir sind alle mehr oder weniger Sozialisten; ist doch jeder Staat eine sozialistische Einrichtung. Aber zwischen diesem Sozialismus, der gleichbedeutend ist mit der menschlichen Gesellschaft, und dem Sozialismus im engern Sinne, den alle Staatsregierungen Europas bekämpfen, besteht doch ein Unterschied. Das Wesen der bestehenden Gesellschaftsordnung, die gegen den Sozialismus verteidigt werden soll, liegt darin, daß sie nur solche Thätigkeitszweige verstaatlicht, die zum Dienste des Staates im engern Sinne gehören, oder die von einem Privatmanne gar nicht betrieben werden können. Beides trifft bei den Eisenbahnen zu; denn ein Eisenbahnnetz von einigen tausend Kilometern kann höchstens einer Aktiengesellschaft, niemals einem einzelnen Manne gehören, und es bildet einen wichtigen Bestandteil der Landesverteidigung, die eine Staatsangelegenheit im engern Sinne ist. Die Produktion und Verteilung der Güter und die Verteilung des dabei erzielten Gewinnes bleibt in der heutigen Gesellschaftsordnung der freien Konkurrenz der Privatunternehmer überlassen. Wenn der Staat einen solchen Erwerbszweig aus fiskalischen Gründen monopolisieren will, so sucht er sich entweder eine auf einen kleinen Bezirk beschränkte Rohproduktion, etwa die Salzbergwerke aus, oder die Fabrikation von Genußmitteln, die im Notfall ganz entbehrt werden könnten, und die eine nicht sehr große Zahl von Personen beschäftigen, wie die Cigarren-

oder Schnapsbereitung. In dem Augenblick, wo der Staat auch ein notwendiges Produkt des Massenverbrauchs, dessen Erzeugung Millionen beschäftigt, an sich ziehen will, überschreitet er die Grenze und betritt er das Gebiet des Sozialismus im engern Sinne. Das Streben nach Erhöhung der Getreidepreise hat nun zum Antrag Kanitz geführt, und gerade Landwirte, namentlich rheinische, haben dargelegt, daß die Monopolisierung des Handels mit ausländischem Getreide notwendig zur Verstaatlichung des gesamten Getreidehandels, diese zur Regelung, d. h. wiederum Verstaatlichung des Anbaus führen müsse, und daß man auf diesem Wege schließlich bei der Bodenverstaatlichung anlangen werde. Wird aber der größte aller Produktions- und Handelszweige verstaatlicht, dann ist kein Grund vorhanden, warum irgend ein kleinerer Zweig unverstaatlicht bleiben sollte.

Ferner: die Agrarier wollen den Staat verpflichten, ihnen ihren gebührenden Arbeitslohn und die Verzinsung ihres Kapitals, das bedeutet, die rechtmäßige Entstehung ihres Kapitals vorausgesetzt, den Arbeitslohn für früher geleistete Arbeit zu sichern. Zugleich fordern sie auch, der Staat solle ihnen die Mittel zum standesgemäßen Leben verbürgen. Das ist nun genau die Forderung des Sozialismus nach seinen beiden Formeln: jedem nach seiner Leistung, jedem nach seinem Bedürfnis! während das Wesen der bestehenden Ordnung gerade darin liegt, daß es da jedem überlassen bleibt, ob und wie er per fas et nefas zu seinem Arbeitslohn und zur standesgemäßen Befriedigung seiner Bedürfnisse kommt. Andrerseits beklagen sich die Agrarier über den zu großen Gewinn der Müller, Bäcker und Fleischer; wiederum ganz sozialistisch; im System der freien Konkurrenz, und das ist eben die vom Staate mit Gesetzen, Justiz und Waffengewalt aufrecht erhaltne Ordnung, darf kein

Gewinn als zu groß bezeichnet werden, den einer macht, ohne dabei die Strafgesetze zu übertreten. Es ist niemand verboten, reich zu werden, weder dem Bäcker, noch dem Bauer, und niemand hat zu fordern, daß ihn der Staat vor Verarmung schütze. Sollten die Agrarier dagegen einwenden, daß die Landwirtschaft nicht ein Gewerbe sei wie alle übrigen Gewerbe, so würde ich persönlich ihnen zwar darin beipflichten, würde aber hinzufügen, daß nur Landwirte wie der angeführte Schmolitzer Freigutsbesitzer, die sich weder durch niedrige Einnahmen vom väterlichen Gute vertreiben noch durch hohe Käuferangebote hinweglocken lassen, ein Recht haben, sich zu dieser Auffassung zu bekennen, daß dagegen gerade unsre Agrarier, die trotz aller sozialistischen Ansprüche, die sie erheben, immer und überall nach Rentabilität und nach nichts als Rentabilität schreien, die Landwirtschaft zu einem Gewerbe erniedrigen, das gleich allen andern Gewerben bloß mit Rücksicht auf den Geldgewinn und auf sonst nichts betrieben wird.

Endlich reden die Agrarier immer davon, daß in der Volkswirtschaft gewisse überflüssige, schmarotzerhafte Existenzen „ausgeschaltet" werden sollen, nicht allein die Spekulanten, sondern alle „Zwischenhändler," daß der Produzent mit dem Konsumenten unmittelbar in Verbindung gesetzt werden soll, und sie haben nicht übel Lust, auch den Müller, den Bäcker und sogar den Fleischer „auszuschalten." Auch dies ist wiederum, soweit dafür die Mitwirkung des Staates erfordert wird, durchaus sozialistisch; die bestehende Gesellschaftsordnung überläßt es der Volkswirtschaft, sich für jede ihrer Funktionen die geeigneten Organe auf dem Wege der freien Konkurrenz zu schaffen, und diese Organe, wenn sie nichts mehr taugen oder nicht mehr nötig sind, auf demselben Wege wieder zu vernichten. Sind die Händler, die Bäcker, die Müller nicht mehr

nötig, dann werden sie schon von selbst bankrott werden. So spricht der korrekte Vertreter der bestehenden Ordnung. Nun werden ja viele Mitglieder der bezeichneten Berufsstände heute bankrott,*) und da ist es denn höchst merkwürdig, daß die Agrarier zwar die Getreidehändler und womöglich auch die Bäcker ausschalten wollen, dagegen, weil sie die Vertretung des „Mittelstandes" (aus parteitaktischen Gründen) in ihr Programm aufgenommen haben, die Krämer in ihrem Kampfe gegen die Konsumvereine und Großbazare unterstützen, obwohl diese neuen Organisationen handgreiflich darthun, wie überflüssig ein großer Teil der Krämer ist. Und dabei gründen die Agrarier selbst Konsumvereine, Ein- und Verkaufsgenossenschaften aller Art, was wir natürlich loben, da es eines der „kleinen Mittel" ist, mit denen den Landwirten wirklich gedient ist. Auch noch in einer andern Beziehung machen sich die Herren einer auffälligen Folgewidrigkeit schuldig, die noch dazu einen recht unrühmlichen Mangel an Ritterlichkeit bekundet. Während sie den Bäckern den Gewinn schmälern möchten, den diese aus der Differenz zwischen Brot- und Kornpreis oder Brot- und Mehlpreis ziehen, gönnen sie ihnen den weit verwerflichern Gewinn, den ihnen die Lehrjungenschinderei bringt, nicht allein, sondern unterstützen sie auch noch in ihrem Kampfe gegen die Bäckereiverordnung. Ritter stehn an der Spitze des Bundes der Landwirte, Ritterpflicht aber ist es, die Schwachen und Wehrlosen, insbesondre Witwen,

*) Auch die Agrarier klagen darüber, daß die großen Mühlen die kleinen zu Grunde richteten; es sind aber, wie Buchenberger bemerkt, die Bauern, die den Kundenmühlen das Lebenslicht ausblasen, indem sie ihr ganzes Getreide verkaufen und ihr Brot kaufen. In unsrer Gegend, wo die Landleute noch alle selbst backen, bleiben auch die Kundenmühlen lebensfähig.

Waisen, Kinder, Unterdrückte zu verteidigen, und die Ritterehre fordert das.

Ich sage nichts für und nichts gegen den Sozialismus. Er ist mir, als einen gebornen Individualisten, antipathisch, aber auf meine Zu- und Abneigungen kann die Entwicklung keine Rücksicht nehmen. Ich bin kein Prophet und weiß nicht, ob die jetzige Gesellschaftsordnung noch lange bestehen bleiben, ob und in welchem Grade sie einer sozialistischen weichen wird. Ich erfülle nur die Pflicht des Publizisten, zu sagen, was ist, und darauf hinzuweisen, welche Folgen gewisse Maßregeln unter gewissen Umständen nach sich ziehen müssen. Mögen sich die Regierungen und die Parlamente zu sozialistischen Maßregeln drängen lassen — ich maße mir nicht an, ihnen gegenüber den Ratgeber zu spielen, ich sage nur, daß das, was sie dann thun, sozialistisch ist, und daß es dem Vaterlande nicht zum Heile gereichen kann, wenn sie sich diese Thatsache zu verbergen suchen.

4

Die Landwirtschaft und die Volkswirtschaft

Die Landwirtschaft ist ein organisches Glied der Volks- oder Staatswirtschaft und mit dieser unlöslich verflochten; ihre Schicksale sind Wirkungen der Einflüsse, die die gesamte Staatswirtschaft gestalten und verändern. Zwei Vorgänge und eine zwar nicht unveränderliche aber beharrliche Macht sind es, die den Entwicklungsgang der Volkswirtschaft im ganzen bestimmen, und die eigentümlichen Wirkungen, die sie auf die Landwirtschaft ausüben, können nicht völlig verstanden werden, wenn man nicht das Ganze im Auge behält.

Der erste dieser Vorgänge ist die Volksvermehrung, das stete Wachstum des Menschengeschlechts. Ginge sie stoßweise vor sich, d. h. wären alle Männer gleich alt, zeugten zu derselben Zeit vier Kinder, und erfolgte die Erbteilung unter diese Kinder zu derselben Zeit, so würde man alle dreißig oder vierzig Jahre, bei der Ablösung jeder Generation durch die nächste, eine Art Revolution erleben durch die Halbierung sämtlicher Vermögen. Natürlich wachsen mit der Menschenzahl die Vermögen, denn jeder heranwachsende Mensch ist ein Arbeiter und hilft neue Güter schaffen, aber die Verteilung der Güter bleibt ungleichmäßig;

während sich das Vermögen der einen in dreißig Jahren verdoppelt, vervierfacht, verzehnfacht, die Erbteilung also leicht ist, besitzen tausend andre am Ende ihres Lebenswerkes nicht mehr als am Anfange; sodaß, jenes stoßweise Wachstum vorausgesetzt, jede Erbteilung erst recht eine Revolution bedeuten würde, indem sie massenhaft Arme schaffen und dadurch das Wachstum des Reichstums der Reichen befördern würde. Statt dieser periodischen Revolution haben wir nun eine allmähliche Umbildung der Vermögensverhältnisse, indem alle Tage Kinder geboren werden und Männer reifen, Väter sterben und Hinterlassenschaften geteilt werden. Außerdem wird die allmähliche Umbildung heute auch noch durch die jetzt schon vorhandne starke Schicht der Vermögenslosen verdeckt, die nichts zu teilen haben, und deren Kinder als Lohnarbeiter oder auf einer höhern Stufe als besoldete Beamte ihr Fortkommen finden, eine Schicht von Menschen, deren Arbeit unmittelbar in Einkommen umgesetzt wird, ohne sich vorher in Grundbesitz oder Geldkapital zu verdichten. Aber gerade in der Landwirtschaft ist eine solche Verdichtung die unerläßliche Vorbedingung der Arbeit, und außerdem kann der landwirtschaftliche Grundbesitz eines alten Kulturstaates zwar dem Werte nach, aber nicht der Fläche nach vermehrt werden, und daher treten gerade bei diesem Bestandteil des Volkes, und nur bei ihm allein, die Wirkungen der Erbteilung ganz deutlich hervor. Durch die ununterbrochne Allmählichkeit werden die Wirkungen zwar auch hier abgeschwächt und verdeckt, aber immer nur für einige Zeit; nach Ablauf von dreißig, von fünfzig Jahren tritt die Umwälzung, die stattgefunden hat, deutlich hervor. In den ersten Zeiten der Kulturentwicklung, wo andrer Erwerb als der in der Landwirtschaft gar nicht oder nur spärlich vorhanden ist, und der extensiv bewirtschaftete Boden geringen Er-

trag liefert, zwingt jede starke Volksvermehrung zur Auswanderung. Alle Völkerwanderungen sind solche Auswanderungen gewesen, und ohne diesen Zwang würden die rauhern Gegenden des Erdballs, würden die heutigen Heimstätten der höchsten Kultur, würden entfernte, namentlich überseeische Länder niemals besiedelt worden sein. Fortschreitende Kultur vermehrt die Bodenerzeugnisse und ermöglicht die Ernährung von Gewerbetreibenden, Kaufleuten, Gelehrten, Künstlern und Beamten, die dem Boden nicht selbst Früchte abgewinnen. Die Bevölkerung kann sich nun verdoppeln, vervierfachen, vielleicht verzehnfachen, ohne daß ein Teil des Volkes zur Auswanderung gezwungen würde. Aber nun, wo nicht mehr der jährliche Zuwachs in Kolonialgebiete abgeschoben wird, beginnt auch die Erbteilung auf den landwirtschaftlichen Grundbesitz zu wirken, in der Weise, die wir beschrieben haben: entweder die Vollbauern verwandeln sich durch fortgesetzte Naturalteilung in Zwergbauern: oder durch fideikommissarische Einrichtungen werden nicht allein die Hufen und die Großgüter ungeteilt, sondern auch die besitzenden Familien darauf erhalten, während die Nachkommenschaft zum Teil in andre Berufsstände gedrängt wird, zum Teil ins Proletariat versinkt; oder die Höfe werden zwar erhalten, aber die Besitzerfamilien müssen wechseln, weil die Erbteilung durch Verschuldung bewerkstelligt worden ist. Indes die Produktivität der Landwirtschaft hat ihre Grenzen, es kommt die Zeit, wo stete Getreidezufuhr notwendig wird, weil bequem zu erreichende Kolonisationsgebiete nicht mehr zur Verfügung stehn, und hier nun greift — erst in unserm Jahrhundert — der zweite Vorgang ein, der Fortschritt der Technik.

In Dunkel gehüllt liegt ihr erster gewaltiger Fortschritt, wo sie den Menschen mit dem Feuer, dem Hebel, dem Webstuhl, dem Pfluge und andern eisernen

Werkzeugen beschenkt hat; der erste Strahl des historischen Lichtes, das auf die Völker fällt, zeigt sie uns im Besitz dieser kostbaren Errungenschaften. Seitdem, d. h. ungefähr seit dem Jahre 2000 v. Chr., ist die Technik bis ins vorige Jahrhundert hinein zwar noch ein wenig fortgeschritten, aber so unbedeutend, daß man sagen kann, sie habe beinahe 4000 Jahre lang geschlummert; der Webstuhl, der Pflug, die Vorrichtungen zur Fortbewegung von Menschen und Waren hatten noch so ziemlich dieselbe Gestalt wie im Ägypten der Pharaonen, immer noch waren die Muskeln von Menschen und Zugtieren neben Wasser und Wind die einzigen mechanischen Triebkräfte, und noch unsre Großeltern, ja unsre Eltern*) haben mit Stahl und Stein Feuer gepinkt und keine andern Beleuchtungskörper gekannt als die alten Griechen. Der gewaltige technische Fortschritt der letzten 150 Jahre nun hat der gewerblichen Arbeit einen solchen Grad von Produktivität verliehen, daß England — vorläufig ohne Gefährdung seiner Existenz — ein reiner Industrie- und Handelsstaat werden konnte. Dergleichen Staaten hat es ja freilich auch schon in frühern Zeiten gegeben; aber Tyrus und Sidon, Genua, Venedig, Gent und Brügge sind doch nur kleine Stadtstaaten gewesen. Daß ein Volk von 39 Millionen drei Viertel seines Brotkorns und den größten Teil seiner übrigen Nahrungsmittel aus dem Auslande bezieht und teils mit seinen Gewerbeerzeugnissen, teils mit den Zinsen seines aufgehäuften Geldkapitals bezahlt, ist eine durchaus neue Erscheinung; das ganze Großbritannien und Irland steht den Ländern, die ihm Rohprodukte und Nahrungsmittel liefern, als eine einzige ungeheure Stadt gegenüber. Deutschland steht nun im Augenblick vor der Entscheidung, ob es denselben Weg be-

*) Wir Ältern sogar selbst noch als Knaben.

schreiten will. Oder vielleicht, da die Völker weit mehr Objekte als Herren ihrer Entwicklung sind und in diesem Falle es sich gar nicht um die Entwicklung eines einzelnen Volkes, sondern um die der Menschheit handelt — vielleicht ist von einer Entscheidung, die wir selbst treffen könnten, gar keine Rede, vielleicht ist über den Weg, den wir einzuschlagen haben, von einer höhern Macht schon entschieden, und unsre Aufgabe beschränkt sich darauf, die eingetretne Wendung zu erkennen und uns darauf einzurichten. Man hat Caprivi vorgeworfen, er wolle Deutschland zum Industriestaat machen. Ich habe darauf ein dutzendmal in den Grenzboten erwidert, das sei eine Verleumdung; Caprivi wolle gar nichts machen, er habe nur erkannt, daß Deutschland thatsächlich ein Industriestaat ist; das ist es — ohne irgend eines einzelnen Menschen Verschuldung oder Verdienst, von dem Augenblick an geworden, wo die gewerbliche Bevölkerung zahlreicher wurde als die landwirtschaftliche. Die Volkszunahme zwingt zu Gewerbe und Handel, und der Fortschritt der Technik macht dem Industriestaate das Dasein möglich. An eine ausschlaggebende Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist nicht mehr zu denken. Neue Bauernstellen könnten nur auf Kosten der Rittergüter und Domänen geschaffen werden; mehr als eine Million Menschen könnten auf diesem Wege wohl kaum versorgt werden, und soweit die Agrarpolitik die Versorgung der Gewerbebevölkerung mit inländischem Brotkorn im Auge behält, wird sie sich hüten, mit der Güterzertrümmerung gar zu stürmisch vorzugehen, weil ja die großen Güter auf derselben Fläche mehr Rohertrag liefern als die kleinen. Erinnern wir uns außerdem daran, daß die Entwicklung der letzten Jahre die Tendenz zur Auffaugung der Bauerngüter durch Großgüter erkennen läßt, daß auch die fideikommissarisch gebundne Bodenfläche lang-

sam aber stetig wächst (sie machte in Preußen 1896 6,12, im Jahre 1897 6,15 Prozent der Gesamtfläche des Staates aus), und daß die Vermehrung der kleinen Wirtschaften durch den sich vervollkommnenden Maschinenbetrieb der großen aufgewogen wird, der mehr und mehr Arbeiter erspart, so werden wir uns eingestehen müssen, daß wir auf eine starke Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht mehr zu rechnen haben und schon froh sein müssen, wenn sie sich nicht geradezu vermindert. Ihre stete relative Verminderung ist schlechterdings nicht abzuwenden, es läßt sich nicht ändern, daß sie einen immer kleinern Prozentsatz der Bevölkerung ausmacht, indem der gesamte jährliche Zuwachs in die Gewerbe, den Handel, die Verkehrsanstalten, die Beamtenschaft und die mancherlei Berufsarten gedrängt wird, deren Daseinsberechtigung mehr als zweifelhaft ist. Wenn wir es auf sechzig Millionen Einwohner gebracht haben werden, wird die landwirtschaftliche Bevölkerung vielleicht noch die Hälfte der gewerblichen und ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen; dann ist es vollkommen klar und unleugbar, daß wir ein Industrie- und Handelsstaat sind, und keine Regierung wird mehr imstande sein, die Interessen der Landwirtschaft zur Richtschnur ihrer Politik zu machen. Auch bei diesem Zustande kann die Landwirtschaft fortfahren zu blühen, wie sie in England blüht; wird nur immer rechtzeitig der verschuldete Besitzer durch einen andern, kapitalkräftigen oder der unfähige durch einen tüchtigen ersetzt, so wird die Landwirtschaft nicht zurückgehen, sondern technisch immer noch fortschreiten.

Der Wechsel der Besitzer wird nun noch beschleunigt durch eine zwar veränderliche aber beharrliche Macht: die bestehende Rechts- und Wirtschaftsordnung. Sie ist die kapitalistische und besteht darin, daß die Arbeitsmittel, aber nicht die Personen der Arbeiter, Eigentum

der Unternehmer sind, daß der Unternehmer nicht die Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse, sondern Waren für den Markt herstellen läßt, daß alle Tauschgeschäfte und Eigentumsübertragungen durch die Vermittlung von Geld bewerkstelligt werden, und daß die Vermögen teils in zinsenbringendem Geldkapital bestehen, teils in Grundstücken und Arbeitsmitteln, deren Wert nach ihrem Ertrage zum augenblicklichen Zinsfuß abgeschätzt wird. Zwei der Wirkungen, die diese Rechts- und Wirtschaftsordnung auf die Landwirtschaft ausübt, haben wir schon dargelegt. Die erste besteht darin, daß jede Ertragsteigerung der Landgüter zwar dem jetzigen Besitzer zu gute kommt, aber den Nachfolger gefährdet, weil dieser die kapitalisierte Ertragsteigerung bezahlen muß,*) und weil ihm eine weitere Steigerung des Rohertrags nichts nützt, wenn der Reinertrag im stärkern Maße durch Steigerung der Produktionskosten und Verwohlfeilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse vermindert wird. Die zweite Wirkung ist, daß, da der landwirtschaftliche Unternehmer keine Hörigen mehr hat, die Arbeiter ihm weglaufen, wenn er nicht imstande ist, ihnen höhern Lohn zu zahlen als die Gewerbe, der Handel, die Verkehrsanstalten, der Staat zahlen. Eine dritte verhängnisvolle Wirkung aber besteht darin, daß das Interesse der größern Grundbesitzer in einen unlösbaren Widerstreit gerät mit dem der gesamten nicht grundbesitzenden Bevölkerung. Der Kleinbauer wird in diesen Konflikt nicht hineingezogen; er lebt mit drei Vierteln seines Daseins

*) Es ist das in etwas andrer Form dieselbe Erscheinung, wie die Einheimsung aller Früchte der Produktionssteigerung durch die städtischen Grundrentner. Dem Geschäftsmann, der kein eignes Haus hat, bleibt sein Mehrverdienst nur in der ersten Miet- oder Pachtperiode; in der zweiten zieht ihn der Hausbesitzer durch Mietsteigerung ein.

in der Naturalwirtschaft und nur mit einem in der Geldwirtschaft. Denn seine Bedürfnisse gehen nur wenig über Nahrung, Wohnung und Kleidung hinaus, und das hauptsächlichste davon, Wohnung und Nahrung, hat er eigen; er erzeugt mehr Nahrung für den eignen Bedarf als für den Markt. Der größere Grundbesitzer dagegen ist darauf angewiesen, aus dem Verkauf des bei weitem größten Teils seiner Erzeugnisse eine bestimmte Summe Geldes zu lösen, und löst er die nicht, so kann er bei der reichsten Ernte zu Grunde gehen. In einem Börsenbericht hieß es einmal: leider träfen aus den und den Gegenden so gute Ernteberichte ein u. s. w. Das gab den agrarischen Zeitungen einen willkommnen Anlaß, die ruchlose Börse an den Pranger zu stellen. Darüber mußte jedoch jeder Kundige lachen; jeder Agrarier nicht bloß, sondern jeder Landwirt denkt ganz ebenso wie der Haussier an der Börse, muß in unsrer herrschenden Ordnung so denken, denn sein Wohlstand und nicht selten seine Existenz hängt davon ab, daß er bei hohen Preisen viel zu verkaufen habe; hohe Preise können aber schlechterdings durch nichts andres als durch Mißernten bewirkt werden. Innerhalb unsrer Wirtschaftsordnung muß also jeder Landwirt im allgemeinen eine schlechte, sich selber aber eine gute Ernte wünschen*); karge Ernten sind die Bedingung seines Gedeihens, Hungersnöte werden die Quelle seines Reichtums, lange andauernde wohlfeile Zeiten sein Untergang. Ja es kommt vor — in Italien haben wir diesen Zustand seit Jahren —, daß bei einem Preise, der die Grundbesitzer dem Bankrott nahe

*) Ein christlich gesinnter Landmann schließt natürlich seine Nachbarn, sein Dorf, vielleicht sein Vaterland in den Wunsch ein.

bringt, ein Teil des Volkes Hungers stirbt. Und während die Technik weit genug fortgeschritten ist, daß sie das ganze Menschengeschlecht reichlich mit Nahrungsmitteln versorgen kann, erlaubt der Zwang zur Erzielung der Grundrente nur so viel Nahrungsmittel zu erzeugen, daß deren Preis nicht unter die zur Rentabilität erforderliche Höhe falle.*) Dieses Produktionshindernis kann auf einem Großgute, das mit Sklaven bewirtschaftet wird und zwar nur zur Befriedigung der Bedürfnisse des Herrn, seiner Familie und seiner Sklaven, niemals eintreten. Nichts kann den Herrn hindern, soviel Lebensmittel erzeugen zu lassen, als er und seine Leute brauchen. Reichliche Ernten bedeuten für die Insassen eines solchen Gutes immer und unter allen Umständen wirklichen Reichtum, wirklichen Gewinn und niemals Verlust; und sollte die ganze Erde im Überfluß der Naturalgüter förmlich ersticken, es könnte jenem Grundbesitzer niemals der geringste Schaden daraus erwachsen.**)

---

*) Die Thatsache, daß innerhalb unsrer Gesellschaftsordnung die Güterproduktion denen nichts nutzt, die nicht in der Lage sind, sich den ihnen zukommenden Anteil anzueignen, hat vor zwanzig Jahren einmal der ungarische Magnat Esterhazy mit den Worten ausgedrückt: „Wir Ungarn verhungern auf unsern Weizenhaufen.“ Das „wir“ ist natürlich stark sylleptisch zu verstehn.

**) Letzten Herbst wurde hier in Neiße eine Gartenbauausstellung veranstaltet. Bei dieser Gelegenheit äußerte ein Gartenbaulehrer, das nächstemal werde man hoffentlich nicht Teller sehen mit ein paar Äpfeln und Birnen darauf, sondern zu Säulen aufgeschichtete Tönnchen voll Obst. Das wäre gewiß wünschenswert, denn es wird noch lange nicht genug Obst genossen, und abgesehen von der diätetischen Heilsamkeit des Obstgenusses an sich schränkt er auch den Alkoholkonsum ein. Aber durch starke Vermehrung der Obstvorräte würde natürlich der Preis gedrückt, die Obst bauenden Landwirte und die Gärtner würden jammern, daß

Der eben dargestellte Übelstand unsrer Volkswirtschaft, der an der Landwirtschaft greller hervortritt als an irgend einem andern Gewerbe, ist es, was Karl Marx den Umschlag der Produktionsformen in Hindernisse der Produktion genannt hat, und was Rodbertus bestimmt hat, das Privateigentum an Produktionsmitteln (sofern nicht auch die Arbeiter dem Produktionsleiter gehören) als einen Konstruktionsfehler unsrer Wirtschaftsordnung zu bezeichnen, der die Gesellschaft hindere, das Maß von Gütern zu erzeugen, dessen sie bedürfe, und das zu erzeugen sie auf der heute erreichten Stufe der Produktivität der Arbeit durchaus fähig sei. Beide haben gelehrt, daß der Übelstand gehoben werden könne, wenn ein ähnlicher Zustand wie der des mit Sklaven bewirtschafteten Großguts wieder hergestellt werde, d. h. wenn nicht für den Markt, sondern zur Befriedigung der Bedürfnisse der Produzenten produziert werde; nur daß an die Stelle des Herrn, dem die Arbeiter gehören, als Produktionsleiter eine Behörde treten soll, nach deren Anordnungen die Arbeiter nicht als Sklaven, sondern als persönlich freie Unterthanen zu arbeiten haben. Niemand kann leugnen, daß der oben dargestellte Zustand unvernünftig ist. Daraus folgt aber natürlich nicht, daß nun das Programm der Sozialisten durchgeführt werden müsse; das an sich Vernünftige kann undurchführbar sein, oder seine Verwirklichung kann andre nicht minder schwere und unvernünftige Übelstände zur Folge haben. Wohl aber ist es unbedingt notwendig, daß die Gesetzgeber den von den Sozialisten aufgedeckten Konstruktionsfehler erkennen und sich seine Wirkung dadurch verdeutlichen, daß sie die

---

der Reinertrag die Produktionskosten nicht decke, und jeder Obstbauer würde auf dem Apfel seines Nächsten nach der Schildlaus suchen, um ein Verbot gegen ihn zu erwirken.

wenigstens denkbare sozialistische Konstruktion, die diesen Fehler vermeidet, ins Auge fassen. Thun sie das nicht, dann verfallen sie auf solche Dummheiten wie die Agrarier, die das Übel von der Goldwährung herleiten, und die, wenn sie das Heft in die Hand bekämen, die verderblichsten Thorheiten begehen und unberechenbares Unheil anrichten würden.

Ich selbst habe niemals den Sozialismus empfohlen, sondern bin immer der Ansicht gewesen, daß man den Übeln auf dem Wege zu entgehen suchen müsse, den der Kleinbauer weist, der, wie gezeigt wurde, den Wirkungen des Kapitalismus nicht mit seiner ganzen Existenz ausgesetzt ist, sondern nur mit einem Viertel davon: nicht durch den Sozialismus sollen die Übel des Kapitalismus überwunden werden, sondern durch Einschränkung des Geltungsbereichs und Herrschaftsgebiets des Kapitalismus. Hier treffe ich nun mit den Theoretikern des Bundes der Landwirte zusammen, deren wirtschaftliches Ideal ganz und gar das meinige ist. Es ist das bekannte Careysche, auch eigentlich schon von Adam Smith empfohlene und in neuerer Zeit von Oppenheimer modifizierte. Die Landwirtschaft soll das vorherrschende Gewerbe bleiben: sie soll vorzugsweise von Bauern betrieben werden, die in erster Linie für den eignen Bedarf produzieren (nur daß ich nicht, wie Oppenheimer, den Großgrundbesitz ganz beseitigt wissen will). Die Industrie soll dezentralisiert, die Bevölkerung möglichst gleichmäßig über das Land verteilt, niemand vom Naturgenuß ausgeschlossen, das Gewerbe, soweit es seine Natur erlaubt, handwerksmäßig betrieben werden, der Großbetrieb auf die Zweige eingeschränkt bleiben, die ihm ihrer Natur nach gehören, Produzent und Konsument sollen Wand an Wand miteinander arbeiten und ihre Erzeugnisse ohne Vermittlung eines Zwischenhändlers austauschen, jeder soll seine feste Kundschaft in un-

mittelbarer Nähe haben, sodaß der innere Markt der Hauptabnehmer der heimischen Erzeugnisse ist, und der Auslandshandel nur den Austausch solcher Güter bewirkt, die jedem Lande eigentümlich sind und anderwärts nicht hergestellt werden können.*) Dieses Ideal wird ja nun freilich von rechts wie von links als rückständig und utopisch verlacht. Indes mache ich

*) Großstadt oder Industriebezirk und reine Agrarprovinz oder reines Agrarland fordern einander gegenseitig. Und zwar muß in einem solchen Agrarlande der Großgrundbesitz vorherrschen, denn Bauernwirtschaften liefern nicht so viel Überschuß, daß sie Millionenstädte füttern könnten; wie Bauer und kleinstädtischer Handwerker, so gehören Großstadt oder Industriebezirk und Latifundienwirtschaft zusammen. Entstehen Großstädte und Industriebezirke, so müssen dafür entweder Provinzen desselben Landes oder ganze Länder zu Gunsten der Latifundienwirtschaft entvölkert werden. Dem Oberpräsidenten von Goßler, der ohne Zweifel so wie meine Wenigkeit diese fortschreitende Differenzierung für unnatürlich und ungesund hält, wird angst, da er sieht, wie sich seine Provinz immer mehr entvölkert, und er will nun Industrie nach Westpreußen verpflanzen. Durch unmittelbare Unterhandlungen mit den Großindustriellen wird das schwerlich gelingen. Der natürliche Weg wäre: Vermehrung der Bauern, die Vermehrung der Handwerker, Vermehrung der kleinen Städte nach sich ziehen würde. Diese würden Eisenbahnen fordern, und mit denen zöge die Großindustrie ein. Daß diese bisher an Kohlenlager gebunden war, ist eine Hauptursache des Zerfalls der Gesellschaft in eine industrielle Bevölkerung und eine von ihr örtlich getrennte Agrarbevölkerung. Wenn man diesen Zerfall nicht als eine höhere Kulturstufe, sondern als eine Krankheitserscheinung am Gesellschaftskörper auffaßt, kann man jede Kohlengrube als einen Krankheitserreger bezeichnen, der die Säfte an sich zieht und in Eiter verwandelt, den übrigen Körper aber blutleer macht. Sollte es möglich sein, den Dampf durch die Elektrizität zu verdrängen und die Steinkohle durch die Wasserkraft entbehrlich zu machen, so wäre damit die Möglichkeit der Dezentralisation der Industrie gegeben, und es könnte auf unser Zeitalter fortschreitender Differenzierung ein Zeitalter der Redintegrierung folgen.

mich bei seiner Vertretung wenigstens nicht der beiden Fehler schuldig, die der Bund der Landwirte begeht. Dieser fordert von der Regierung, daß sie es verwirkliche; ich halte die Regierung nicht für mächtig genug, diese Forderung zu erfüllen; nur wenn die Gesamtheit die Richtung darauf einschlüge, könnte die Regierung als Führerin etwas ausrichten; ich halte es aber auch für möglich, daß mein Ideal Utopie sein könnte, und daß uns der Strom der Entwicklung mit unwiderstehlicher Gewalt in die Bahnen Englands hineinstößt, wir mögen wollen oder nicht. Zweitens aber, die Möglichkeit der Verwirklichung vorausgesetzt, übersehe ich nicht gleich dem Bunde der Landwirte die allererste Bedingung, die dazu gehören würde: die Vergrößerung des Deutschen Reiches nach Osten und Südosten hin. Die Verwirklichung eines Wirtschaftsideals, bei dem die Landwirtschaft die erste Stelle einnimmt, erfordert weite Räume. Die „nationale Wirtschaftspolitik" innerhalb der heutigen Grenzen des Deutschen Reiches durchzuführen ist nicht möglich, weil es zu klein ist, sich selbst zu genügen, namentlich aber zu klein, ein Zahlenverhältnis zwischen der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Bevölkerung aufrecht zu erhalten, das jener das Übergewicht sichert; innerhalb unsrer heutigen Grenzen muß, wie wir gesehen haben, die gewerbliche Bevölkerung fortwährend wachsen, während die landwirtschaftliche bestenfalls auf derselben Zahl stehen bleibt. Als zweiter workshop of the world ist das heutige Deutsche Reich groß genug,*) aber nicht als ein Wirtschaftsgebiet, das sich selbst genügen soll.

*) Freilich entsteht die Frage, wo denn die Staaten liegen, die einem zweiten, dann vielleicht einem dritten und vierten Stadtungeheuer als Land, als Brotlieferanten und Abnehmer von Gewerbeerzeugnissen dienen könnten; entwickeln sich doch auch sogar schon die riesigen Vereinigten Staaten immer mehr zur Stadt.

Nun wird mir ja allerdings eben dieser „Expansionsschrulle“ wegen ein zweitesmal der Vorwurf gemacht, daß ich Utopist und Phantast sei, und bei der Macht, zu der man nun einmal hat Rußland aufsteigen lassen, mögen die Kritiker ja auch in diesem Punkte Recht haben. Indes wird es wenigstens erlaubt sein, sich die Wirkungen zu vergegenwärtigen, die eine Masseneinwanderung von deutschen Bauernsöhnen in östliche Länder, wenn sie möglich wäre, zur Folge haben würde. Zunächst wäre sie wirtschaftlich leichter durchzuführen als die innere Kolonisation im preußischen Osten, weil diese kostspieliger ist, sowohl des teuren Bodens wegen, als wegen der Anforderungen, die unser hochzivilisierter Zustand in Beziehung auf Gebäude, Lebensführung, Schule, Kirche u. s. w. an die Ansiedler stellt. Da diese in Rußland oder Kleinasien mit einem kleinern Kapital auskommen würden, würde durch eine solche Versorgung des Nachwuchses der väterliche Hof weniger belastet und die Gefahr eines Zusammenbruchs durch Verschuldung weiter hinausgerückt. Die Nachfrage nach Land bei uns in der Heimat würde schwächer, das würde den Bodenpreis drücken und nun auch die innere Kolonisation des preußischen Ostens erleichternd fördern. Den Bauernkolonisten würden Handwerker nachziehn, den Dörfern würden sich kleine Städte zugesellen, und der übervölkerte Westen Deutschlands, sowie die Großstädte würden entlastet werden. Statt dessen hat die ausschließlich industrielle Entwicklung die entgegengesetzte Strömung erzeugt; aus den Agrarprovinzen und von den Dörfern fliehen die Besitzlosen mehr und mehr nach dem schon übervölkerten Westen und in die Großstädte des Ostens, und aus dem slawischen Osten rücken Wanderarbeiter nach, die Lücken zu füllen; schon sehen sich viele der konservativen Männer, die die Germanisierungspolitik Preußens unterstützt haben,

gezwungen, von der Regierung die Öffnung der östlichen Grenzen für Menscheneinwanderung zu fordern.*)

Wahrscheinlich werden sich die neu gewählten gesetzgebenden Körperschaften schon allernächstens gezwungen sehen, vom Streit um Kleinigkeiten abzulassen und die großen Hauptströmungen der merkwürdigen Entwicklung unsrer Tage ins Auge zu fassen. Man wird sich u. a. zu fragen haben, ob ein Preußen, dessen Bevölkerung zur größern Hälfte aus Industriearbeitern bestünde, noch das alte Preußen sein könnte: wo bliebe da, um nur eins von vielem zu erwähnen, die konservative Partei?**) Ferner, wie die allgemeine Dienstpflicht mit den Bedürfnissen der Landwirtschaft besser zu vereinigen wäre als jetzt. Ferner: ob nicht die Seßhaftmachung von Arbeitern das einzige Mittel ist, dem Arbeitermangel abzuhelfen, und ob uns die umfassende Anwendung dieses Mittels nicht einigermaßen zu der Agrarverfassung von vor 1806 zurückführen wird? Endlich, ob die Rittergutsbesitzer dauernd auf Wanderarbeiter rechnen können, ob andre als slawische in ausreichender Menge für die

*) Am 27. November hat sich die Generalversammlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins Ostpreußens mit großer Mehrheit für die Seßhaftmachung russisch-polnischer Arbeiter ausgesprochen.

**) Auch folgendes wäre zu bedenken. Ostpreußen ist die Provinz, von der 1813 die Wiedergeburt der Monarchie ausgegangen ist; die dortigen Stände haben auf eigne Faust die Volksbewaffnung beschlossen. Nun bedeutet das Geld heute mehr als jemals Macht, und die Rheinprovinz ist nicht allein jetzt schon sechs- bis siebenmal so reich als Ostpreußen, sondern ihr Reichtum nimmt noch zu, während der des Kern- oder Stammlandes abnimmt. Von dem steuerbaren Gesamtvermögen, dieses zu zweihundert angenommen, der Monarchie fielen 1895/96 auf die Rheinprovinz 34,95, auf Ostpreußen 6,26, nach der Schätzung für 1897/99 auf jene 35,22, auf dieses 5,93; Berlin besitzt ein reichliches Zehntel des preußischen Volksvermögens.

Seßhaftmachung zu haben sein werden, und ob nicht Germanisierung das beste Mittel sein würde, die kaum gewonnenen wieder zu verlieren?

Fassen wir die Ergebnisse unsrer Untersuchung zusammen! Die Landwirtschaft befindet sich mit der gesamten Volkswirtschaft von Uranfang an in einer immerwährenden Krisis, indem sich der gesellschaftliche Zustand, der Wirtschaftsbetrieb und die Vermögensverteilung (bei stetem Vermögenswachstum) beständig verändern. Infolge des raschen Fortschritts der Technik gehen heutigentags die Veränderungen weit rascher vor sich als früher. Die Lage der Landwirtschaft verändert sich nicht in dem Sinne, daß heute der Betrieb schlechter oder das Einkommen der Landwirte geringer wäre als in irgend einer frühern Zeit,*) oder daß eine beträchtliche Anzahl von Gutsbesitzern vorm Bankrott stünde; sondern sie ändert sich in dem Sinne, daß sich ihr altes Verhältnis zu Industrie und Handel umkehrt: aus dem ersten und wichtigsten Gewerbe ist sie das zweite und weniger wichtige**) geworden. Nicht die Landwirte, nicht die Gutsbesitzer sind zu beklagen, denn sie können heut noch sehr gute Geschäfte machen und werden es wahrscheinlich in hundert Jahren noch können, sondern die stets wachsenden Millionen sind zu beklagen, die landlos geboren werden, auf ungewissen Erwerb angewiesen, durch die Stürme der Konjunktur heimatlos von Stadt zu Stadt, von Land zu Land, von Erdteil zu Erdteil hin und her geweht werden; und wenn sich auch ganz gut situierte Landwirte unbehaglich fühlen, so mag es der Gedanke an dieses ihren Enkeln

*) Wofern man nur nicht die kurzen Perioden außerordentlicher Einnahmen, sondern längere Zeitabschnitte vergleicht.

**) Weniger wichtig nicht etwa in meinem Sinne, sondern im Sinne des Durchschnittspolitikers.

beschiedne Verhängnis sein, oder auch nur eine dunkle Ahnung davon, was sie mit Betrübnis erfüllt und unzufrieden macht. Nicht für ihre Personen haben die Landwirte Ursache, besorgt zu sein — ihre Existenz ist, wie in allen Jahrhunderten, auch heute noch die gesichertste und glücklichste —, sondern für das deutsche Volk und Reich, dessen Zukunft — auf dem Wasser liegt.

Anhang

Der mehrerwähnte Herr Kleinschmidt stellt mir den folgenden Aufsatz zur Verfügung, den er vor drei Jahren an eine landwirtschaftliche Zeitschrift eingesandt, und den diese abgelehnt hat. Ich bemerke ausdrücklich, daß wir vor drei Jahren noch nicht in Verkehr mit einander gestanden, und daß sich unsre beiderseitigen Ansichten, die in so vielen Stücken genau zusammen treffen, ganz unabhängig von einander entwickelt haben.

Audiatur et altera pars

Eine Beleuchtung der Anträge Kanitz, Paasche ꝛc.

Wenn ich, als ein einfacher Gutspächter, dem alles andre näher liegt als politischer Kampf und Streit um utopische Dinge, es heute unternehme, meine Stimme zu den Fragen unsrer Tage zu erheben, so kann man annehmen, daß diese Äußerung aus tiefster Überzeugung und eingehender Erwägung hervorgehe. Ich leite meine Berechtigung zu einer öffentlichen Stellungnahme zu der herrschenden Zeitströmung davon her, daß ich eine große Gruppe ausübender Landwirte vertrete, die nicht zu den schlechtesten unsers Berufes gehören, und die trotz innerlicher Mißbilligung über den Gang der Dinge sich nicht zu einem offnen Bekenntnis aufraffen wollen oder können. Sie fürchten, daß in dem zu erwartenden

Kampfe weniger mit Gründen und nach den Gesetzen der Logik gekämpft werden wird, als mit der Waffe der persönlichen Herabsetzung und Beleidigung.

Sie werden nach dieser Einleitung die Frage an mich richten: „Wo will das hinaus?“ Die nachstehenden Zeilen werden Ihnen die Antwort so kurz als möglich zu geben suchen. Wir sind auf dem besten Wege, unsern Stand, den wir doch hochhalten wollen, zu diskreditieren, wir untergraben alles Vertrauen in die Zukunft durch zweckloses Klagen, und wir kommen auf dem eingeschlagnen Wege mit Sicherheit zur sozialistischen Staats- und Produktionsform.

Es wird meine Pflicht und Schuldigkeit sein, diese schwerwiegenden Sätze zu beweisen, und ich will mich bemühen, dies nach besten Kräften zu thun.

Was zunächst die erste These anbetrifft, so ist es doch klar, daß das Ansehen eines Standes durch eine allgemeine Bankerotterklärung, wie eine solche vielfach beliebt wird, schwer geschädigt werden muß, und dies um so mehr, wenn der Bankerott kein ehrlicher, sondern nur ein fingierter ist. Thatsächlich reiche Leute, die einen großen Grundbesitz ihr eigen nennen, ja Besitzer, die ihre Güter zu guten Preisen verpachtet haben, schreien, um diesen beliebten, aber wenig sympathischen Ausdruck zu brauchen, nach Hilfe durch die Allgemeinheit, und wenn Sie wollen, nach Hilfe von Leuten, die viel ärmer sind als die Schreier. Pächter, die noch sehr wohl in der Lage sind, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, betteln um Pachtermäßigung, ohne zu bedenken, daß sie hiermit aus der Zahl der Männer von Wort ausscheiden; oder wie soll ich es anders bezeichnen, wenn jemand ein bindendes Versprechen mündlich und sogar schriftlich eingeht, ohne dasselbe bis zur letzten Möglichkeit zu halten? Die Kehrseite hiervon besteht darin, daß Elemente bei Neuverpachtungen auftreten, die in leicht-

sinniger Weise darauf los bieten in der Voraussetzung: Wenn es nicht mehr geht, drücke ich den Preis herunter. Der alte, gewissenhafte Pächter wird hierdurch aufs empfindlichste geschädigt.

In dieser Sucht nach Hilfe von oben oder von der Allgemeinheit, denn diese und niemand andres ist schließlich der zahlende Teil, werden Vorschläge gemacht, die aller Logik, allen volkswirtschaftlichen Grundsätzen und aller Billigkeit widersprechen. In dieser Richtung führe ich als geradezu typisch die Anträge Kanitz und das projektierte Zuckersteuergesetz an. Kanitz will aus der Landwirtschaft eine Sinekure machen, die dem Grundbesitzer ohne Rücksicht auf die Weltlage, ohne Rücksicht auf die Höhe der Produktionskosten und ohne Rücksicht auf die Kaufkraft der Landeswährung eine bestimmte Rente garantiert. Der Erfinder des neuen Zuckersteuergesetzes kann getrost nach Griechenland gehen und sich mit Delyannis und Trikupis verbinden, denn die Konsequenz seines Antrages ist dieselbe, wie die des berühmten Vorschlags, die Korinthen ins Meer zu werfen. Das neue Zuckersteuergesetz will nämlich den Zuckerexport nach England und Amerika durch hohe Ausfuhrvergütungen erzwingen, die schließlich der inländische Konsument durch Erhöhung der Konsumabgabe zu tragen hat. Der Effekt kann nur darin bestehen, daß der Amerikaner den Zucker weit unter den Produktionskosten erhält und nun durch einen entsprechenden Eingangszoll den wirklichen Wert wieder herstellt. Wir zahlen auf diesem Wege den Amerikanern einen großen Teil ihrer Steuern, was diesen ja ganz angenehm sein kann. Auf Grund einer derartigen Denkungsweise kann man ebensogut für die Millionen, die auf Zuckerausfuhrvergütigung verwandt werden sollen, Zucker ankaufen und zur Entlastung des Marktes ins Meer werfen. Der Preis

wird auch auf diese Weise zu heben sein, und uns kann es doch schließlich gleichgiltig sein, ob die Fische Zuckerwasser trinken oder die Amerikaner den Zucker unter seinem Wert erhalten. Durch die Möglichkeit der Zollerhebung stärken wir sogar direkt den amerikanischen Staat und somit auch die amerikanische Konkurrenz. Der geistige Vater des projektierten Zuckersteuergesetzes ist der Professor Paasche, und wenn derartige Vorschläge von einem Professor gemacht werden, der der Landwirtschaft nahesteht, so können wir uns nicht wundern, wenn wir bei dem einfachen Landwirt noch tollere Vorschläge und Ansichten finden. Der Herr Professor erreicht eins mit Sicherheit, das ist die Diskreditierung der Landwirtschaftswissenschaft, und indirekt hilft er redlich an der Diskreditierung unsers Berufs. Derselbe Professor Paasche ist uns Landwirten zur Genüge aus der Zeit bekannt, in der der Kampf um die Handelsverträge ausgefochten wurde. Er hat damals ein gut Teil dazu beigetragen, die Ansichten zu verwirren, und scheint heut das Bedürfnis zu fühlen, durch eine große That sein gesunknes Ansehen aufzufrischen.

Als der Bund der Landwirte begründet wurde, hatten viele unsrer Berufsgenossen die Hoffnung, daß dieser Bund dazu beitragen würde, das Bismarcksche Wort: quieta non movere endlich zur Wirklichkeit werden zu lassen. Man hoffte in dem Bunde einen rocher de bronce zu gewinnen, an dem die Sündflut neuer Gesetze und Verordnungen wirkungslos abprallen würde. Wir hatten gleich allen andern Produktionsarten einen Schutzzoll erhalten und wollten uns diesen Zollschutz nicht einseitig nehmen oder verkleinern lassen. Es ist hier nicht der Ort, über die Segnungen der Zölle, die ja die Grundlage und der Ausgangspunkt der Sozialreform mit ihren enormen Opfern waren, zu debattieren, sondern wir halten uns als kon-

servative Leute an das Bestehende. Die Zölle waren da, wir hatten auf Grund des Zollschutzes gekauft, geerbt und gepachtet und wollten uns nicht gefallen lassen, daß man diese wirtschaftliche Basis sprungweise zu Gunsten der Industrie veränderte. Wo war in diesem wirklich konservativen Kampf Herr Professor Paasche? — Sie alle wissen es leider zur Genüge. Wohin ist inzwischen unser Bund gekommen? Ist er auch heut noch ein konservativer Hort gegen neue Gesetze und wirtschaftliche Verschiebungen, bei denen schließlich der produzierende Teil des Volkes stets die Zeche bezahlt? — Ich muß die Frage leider verneinen, denn der Bund ist heut der Träger aller möglichen und unmöglichen Ideen und Projekte, die zwar niemals zur That werden, aber durch ihr Dasein allein einen gesunden Fortschritt verzögern. Indem man über alles klagt, und indem man alles umändern möchte, erreicht man nichts. Nur in der Beschränkung liegt die Macht, und diese weise Beschränkung ist es, was wir vermissen. Ich will in wenigen Worten die Punkte bezeichnen, durch die uns auf legale Weise geholfen werden kann und schließlich auch geholfen werden wird, wenn an Stelle der Schreier von Profession, die nicht identisch sind mit den wirklichen Landwirten, diese zu Worte kommen werden.

Der erste Punkt, der in Zukunft von hervorragender Wichtigkeit sein wird, ist das Herabgehen des Zinsfußes, das nur durch die beständige Klagerei aufgehalten wird. Ein Besitzer, der in legaler Weise konvertiert, verbessert seine wirtschaftliche Position; er kann nunmehr auch billiger verpachten und erleichtert hierdurch dem Pächter die Existenz. Alle Einwendungen gegen die allgemeine Konvertierung sind mit dem Satze zu widerlegen, daß wir nicht die Interessen des Kapitalismus, sondern die Interessen der Erwerbsgenossen zu vertreten haben. Durch die

Konvertierung der Staatspapiere auf 3 Prozent erspart der Staat eine enorme Summe, und würde diese Ersparnis es möglich machen, die Eisenbahnfrachten durchweg auf einen vernünftigen Fuß herabzusetzen. Die Eisenbahnen sind seit der Verstaatlichung geradezu versteinert, sie dienen heut viel mehr dem Fiskus als dem öffentlichen Interesse. Hierin muß unbedingt Wandel geschehen, wenn unser Osten konkurrenzfähig erhalten werden soll. Mit konzentrierten Kräften müßten wir auf eine durchgreifende Tarifreform drücken. Wir hätten hierin ein dankbares und erreichbares Ziel, an Stelle der vielen ebenso undankbaren als unerreichbaren Projekte. Ich könnte noch eine ganze Reihe ähnlicher, gesunder Ziele anführen, wie Übernahme der Schule durch den Staat, Abänderungen des Klebegesetzes unter Übertragung der Kosten auf die Allgemeinheit ꝛc., will jedoch an den schon angeführten Satz erinnern: In der Beschränkung liegt die Kraft.

Nachdem ich mich bemüht habe, in kurzen Worten nachzuweisen, wie wir durch die Vorschläge gewisser Parteiführer vor uns selbst und vor unsern Mitbürgern herabgesetzt werden, und nachdem wir die nachteiligen Folgen zweckloser Klagen beleuchtet haben, kommen wir zu der dritten These, die die Behauptung hinwarf, daß wir durch Kanitz und Genossen mit Sicherheit zur sozialistischen Staats- und Produktionsform geführt werden. Wenn ich heut sozialistischer Reichstagsabgeordneter wäre, wovor mich Gott behüten wolle, so würde ich meinen ganzen Einfluß zur Durchbringung des Antrag Kanitz aufwenden. Ich würde nach dem Prinzip: per aspera ad astra die hohe Dotation der Grundbesitzer mit in den Kauf nehmen, um später mit unwiderstehlicher Gewalt die Verstaatlichung des Ackerbaues durchzuzwingen. Hat der Staat die Preisbestimmung für landwirtschaftliche

Produkte erst in die Hand bekommen, ist der Getreidehandel erst verstaatlicht worden, so steht es dem Staat auch frei, von seiner Macht denjenigen Gebrauch zu machen, der ihm für das Allgemeinwohl am besten scheint. Er kann nunmehr den Preis nicht allein erhöhen, sondern auch herabsetzen, und es könnte ihm leicht gefallen, hierbei so weit zu gehen, daß die Herren Grundbesitzer nicht mehr mitgehen könnten. Käme dann der Staat an die ausübenden Landwirte heran und erklärte: Ich sehe, daß ihr so nicht mehr existieren könnt, und biete euch an, als Staatsdiener für die Allgemeinheit zu arbeiten, so wäre dies zwar ein verfehlter aber immerhin logischer Schritt. Daß hierbei die Großgrundbesitzer eigentlich ganz überflüssig werden würden, liegt wohl greifbar nahe. — Mit welchen Gründen in diesem Falle Graf Kanitz die Sozialisten bekämpfen will, ist mir nicht erfindlich. Letztere haben nur nötig, dem Herrn Grafen seine eignen Deduktionen von heut in wenig veränderter Form zurückzugeben. Ich glaube, daß es vielen von uns Landwirten nicht verlockend sein wird, Landwirte von Staats wegen zu werden, und daß wir es immer noch vorziehen, unsre Freiheit und Unabhängigkeit höher zu stellen als momentanen Vorteil. Wenn wir uns nicht irre machen lassen in der Treue gegen unsre ererbte Auffassung der Dinge und menschlichen Verhältnisse, so werden wir auch die Kraft haben, allen Umsturzbestrebungen, die heut mindestens in demselben Maße von oben wie von unten hereinzubrechen drohen, die Spitze zu bieten.

Der Staat, dessen Kraft und dessen Pflichten heut weit überschätzt werden, muß wieder auf ein gesundes Maß zurückgeschoben werden, und das Individuum muß sich mehr als bisher seiner Verantwortlichkeit, seiner Ehre und seiner Pflichten gegen die Gesamtheit bewußt werden. Nicht mit Mono-

polen, Begünstigungen und einem Generalakkord, als welchen ich das Streben nach der sogenannten Doppelwährung auffasse, sondern durch Einschränkung und verständige Berechnung, durch Verbilligung von Produktion, Transport und Verwertung wollen wir uns helfen. Auch das Ausland findet die Produkte nicht auf der Straße, und es ist daher mit Sicherheit anzunehmen, daß auf eine Zeit des Druckes wieder eine Zeit des Aufschwunges folgen wird. Die alte Sage von den sieben mageren und den sieben fetten Jahren ist eine welthistorische Thatsache, die auch in unsern Tagen an Wahrheit nichts eingebüßt hat.

Ernst Kleinschmidt,
Rittergutspächter zu Ritterwitz bei Ottmachau
in Schlesien.

Inhalt

Seite

Vorwort V
1. Hundert Jahre Landwirtschaft in Deutschland 1
2. Die gegenwärtige Lage 51
3. Der Bund der Landwirte und seine Agrarpolitik 112
4. Die Landwirtschaft und die Volkswirtschaft . 150
Anhang: Ein Rittergutspächter über die Agraragitation 167

Druck von Carl Marquart in Leipzig